

ENERGIEWENDE

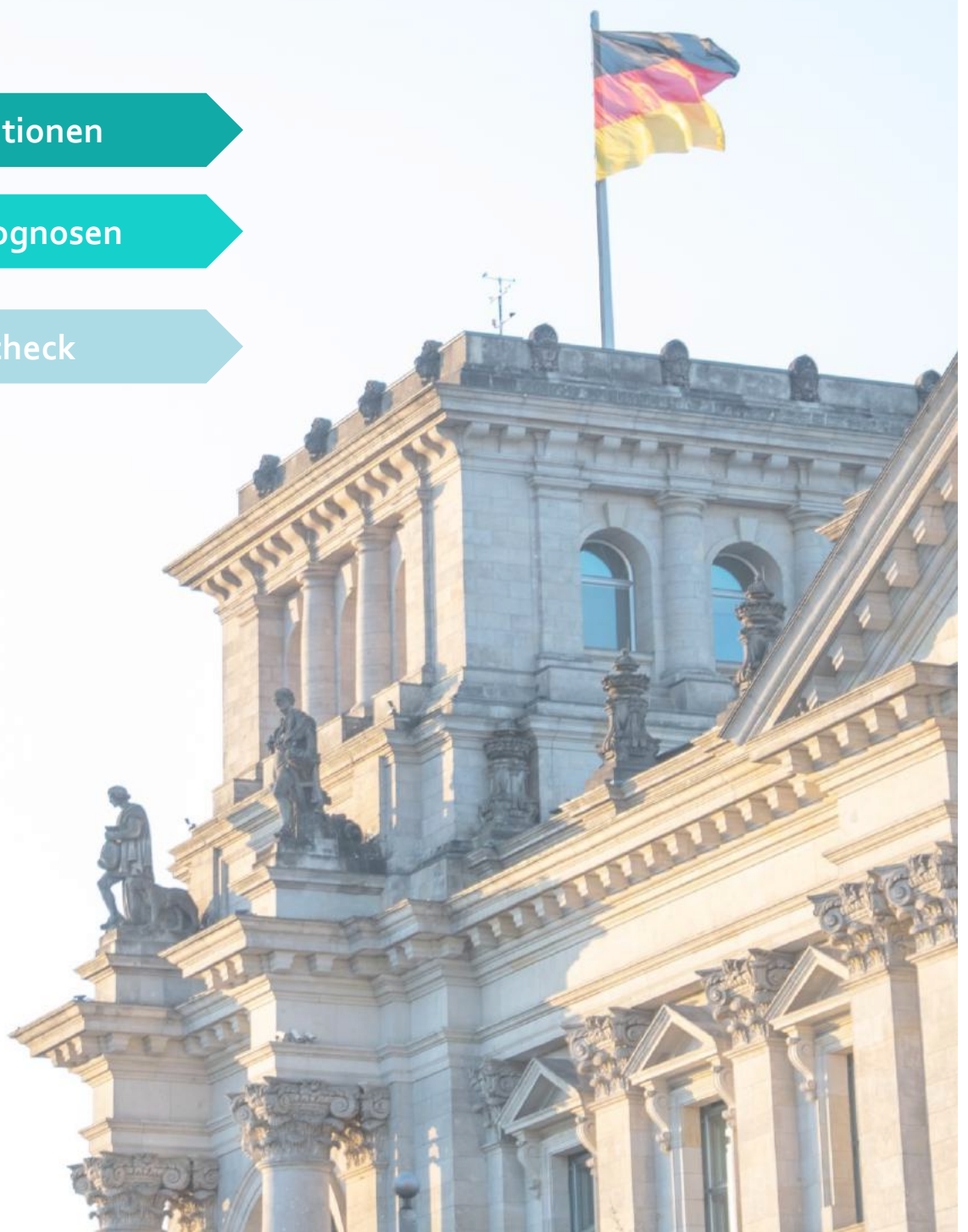
STAKEHOLDERMAPPING

zur Bundestagswahl 2021

Politische Positionen

Umfragen & Prognosen

Kandidatencheck



Impressum

V.i.S.d.P. Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE)
vertreten durch Wolfram Axthelm

EUREF-Campus 16
10829 Berlin
info@wind-energie.de

Tel. +49 (0)30 212341-210
Fax +49 (0)30 212341-410

Ansprechpartner



Wolfram Axthelm
Geschäftsführer BWE/BEE
w.axthelm@wind-energie.de



Ina Kietzmann
Leiterin Strategie und Medien, BWE
i.kietzmann@wind-energie.de

Fotos

Titelbild: unsplash/bram
Impressum: BWE/Silke Reents
Seite 21: Adobe Stock/Massimo Cavallo
Seite 23: unsplash/Christopher Burns
Seite 25: unsplash/Jessica Podraza
Seite 26: unsplash/Julia Solonina

Hinweis: BWE und BEE stehen für Responsible Lobbying. Alle hier zusammengetragenen Daten und Inhalte sind im Internet frei verfügbar. Sie sprechen keine Wahlempfehlung aus. **Stand: 14. Juli 2021**

ZUM INHALT

Am **26. September 2021** steht die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag an. Da die Bundestagswahl nicht in der Bundeshauptstadt Berlin, sondern in den Ländern entschieden wird, adressieren Wählerinnen und Wähler sowie Unternehmen und Verbände ihre Vorstellungen in politischen Gesprächen vor Ort, in den Wahlkreisen der Kandidatinnen und Kandidaten. Zur Unterstützung bietet der Bundesverband WindEnergie (im engen Austausch mit dem Bundesverband Erneuerbare Energie) seinen Landes- und Regionalverbänden sowie Mitgliedsunternehmen mit dem vorliegenden Stakeholdermapping eine politische Übersicht, die sie zu allen Programminhalten informiert und als Hilfe für energiepolitische Gespräche genutzt werden kann. BWE und BEE stehen für **Responsible Lobbying**, das heißt alle hier zusammengefassten Inhalte sind im Internet frei verfügbar. Eine Wahlempfehlung sprechen die Verbände nicht aus.

Was bietet Ihnen unser Stakeholdermapping zur Bundestagswahl 2021?

Inhalte	Seite
1. Gewichtung der Wahlthemen – An welcher Stelle und mit welchem Umfang finden sich Energie und Klima in den Wahlprogrammen?	4
2. Tabellarische Übersicht – Wie stehen sich die Parteien in Energiefragen gegenüber? Eine Einschätzung aus Sicht des BWE.	5
3. Synopse der Programme – Relevante energiepolitische Zitate aus allen Programmen	6
4. Blick auf einzelne Parteien – Wir fassen zusammen, welche Schwerpunkte die einzelnen Parteien in Sachen Energie und Klima setzen.	12
a. CDU	12
c. SPD	14
d. Grüne	15
e. FDP	16
f. DIE LINKE	17
5. Umfragen und Prognosen – Was bewegt die Wählerinnen und Wähler mit Blick auf die Bundestagswahl 2021? Das zeigen wir anhand von jüngsten Umfrageergebnissen auf.	18
6. Wahlkreisprognose – Mit einer aktuellen Prognose zeigen wir, welche Wahlkreise die Parteien für sich gewinnen könnten.	20
7. Wichtige politische Forderungen – Was wir von der kommenden Regierung fordern	22
8. Industriepolitische Positionen – Argumentationshilfe für politische Gespräche	23
9. Klimapolitische Positionen – Argumentationshilfe für politische Gespräche	25
10. Kandidatencheck – Welche Kandidatinnen und Kandidaten für den kommenden Bundestag positionieren sich zu den Themen Windenergie und Energiewende?	27

GEWICHTUNG DER WAHLTHEMEN

An welcher Stelle und mit welchem Umfang finden sich Energie und Klima in den Wahlprogrammen?

CDU

Kapitel und Umfang



SPD

Kapitel und Umfang



90 DIE GRÜNEN

Kapitel und Umfang



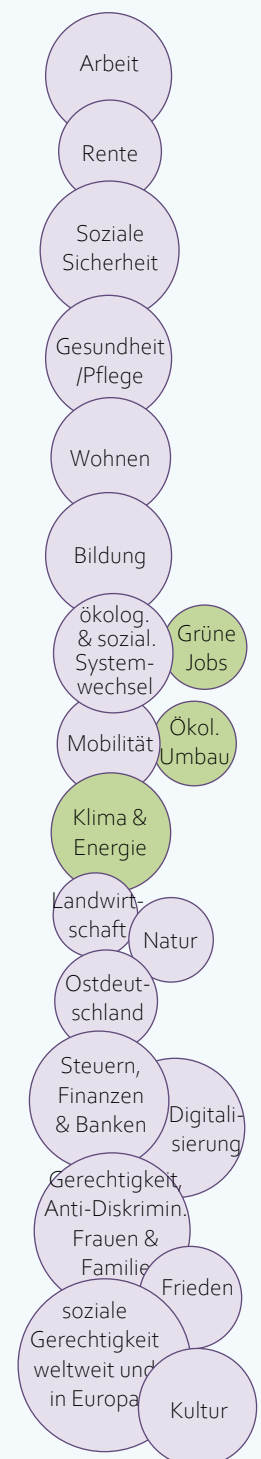
Freie Demokraten FDP

Kapitel und Umfang




DIE LINKE.

Kapitel und Umfang



TABELLARISCHE ÜBERSICHT

Wie stehen sich die Parteien in Energiefragen gegenüber? Eine Einschätzung aus Sicht des BWE.

					
Klimaschutz mit höchster Priorität angehen	✓✓□□	✓✓✓□	✓✓✓✓	✓□□□	✓✓□□
CO ₂ -Preis als Instrument im Klimaschutz ausweiten	✓✓✓□	✓✓✓□	✓✓□□	✓✓□□	□□□□
Sektorenkopplung mit hoher Priorität versehen	✓□□□	✓✓✓□	✓✓✓✓	✓□□□	□□□□
Speichertechnologien weiter fördern	✓✓✓□	✓✓□□	✓✓□□	✓✓□□	✓□□□
Die Verkehrswende zur Mobilitätswende machen	✓✓✓□	✓✓✓✓	✓✓✓✓	✓□□□	✓✓□□
Flexibilisierung des Energiemarktes voranbringen	□□□□	□□□□	✓✓□□	□□□□	□□□□
Ausbaupfade der Erneuerbaren erhöhen	✓✓□□	✓✓□□	✓✓✓✓	□□□□	✓✓✓□
Commitment pro Wind, Sonne und Co.	✓✓□□	✓✓□□	✓✓✓✓	✓□□□	✓✓✓□
Teilhabe an dezentralen Energieprojekten ausweiten	✓□□□	✓✓□□	✓✓✓□	✓□□□	✓✓✓✓
Korrektur/Abschaffung der EEG-Umlage	✓✓✓✓	✓✓✓✓	✓✓□□	✓✓✓✓	✓□□□
Ausbau und Optimierung der Stromnetze	✓□□□	✓□□□	✓✓□□	✓□□□	□□□□
Wasserstoff als Wahlkampfthema	✓✓✓✓	✓✓✓✓	✓✓✓✓	✓✓✓□	✓✓□□
Energieeffizienz fördern	✓□□□	✓✓□□	✓✓□□	✓□□□	✓✓□□

SYNOPSIS DER PROGRAMME

Relevante energiepolitische Zitate aus allen Programmen.

 CDU CSU	 SPD	 BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	 Freie Demokraten FDP	 DIE LINKE.
Stand vom 20.06.2021 (Link)	Stand vom 09.05.2021 (Link)	Stand vom 11. - 13. Juni 2021 (Link)	Stand vom 16.05.2021 (Link)	Stand vom 19. - 20.6.2021 (Link)
Klimaschutz				
<p>„Wir setzen verbindlich die Treibhausgasneutralität Deutschlands bis 2045 um. So schaffen wir unseren deutschen Beitrag, um international den 1,5 Grad-Pfad zu beschreiten“ (S. 40)</p> <p>„Internationaler Klimaschutz zur Bewahrung der Schöpfung: Überlebensfragen der gesamten Menschheit und deshalb Schwerpunkte unserer Klima-Außenpolitik sind das Erreichen der Klimaziele sowie die Bewahrung der Artenvielfalt und der Wälder.“ (S. 15)</p> <p>„Unser Ziel ist, die Treibhausgasemissionen Deutschlands bis 2030 um 65 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 zu reduzieren, um dann auf einem konkret beschriebenen Pfad im Jahr 2040 88 Prozent Minderung und im Jahr 2045 Treibhausgasneutralität zu erreichen.“ (S. 41)</p> <p>„Klimaneutralität wird ein Wettbewerbsvorteil unserer Wirtschaft werden.“ (S. 41)</p>	<p>„Darum haben wir uns zum Ziel gesetzt, in Deutschland bis spätestens 2045 komplett klimaneutral zu sein.“ (S. 8)</p> <p>„Dementsprechend werden wir im Einklang mit den europäischen Klimazielen unser Minderungsziel für 2030 deutlich (auf 65 %) anheben; auch für 2040 werden wir ein Minderungsziel festschreiben (88 %).“ (S. 8)</p> <p>„Um die Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen, kommt dem Energiesektor eine Schlüsselrolle zu. Wir müssen den Anteil erneuerbarer Energien enorm steigern, den Energie-Mix weiter ausweiten und bestehende Abhängigkeit von fossilen Energielieferungen abbauen. Wir werden Europa bis spätestens 2050 zum ersten nachhaltigen und treibhausgasneutralen Kontinent machen und eine Vorreiterrolle bei der Bekämpfung des Klimawandels einnehmen.“ (S. 56)</p>	<p>„Unser Ziel ist es, 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035 zu erreichen. So kann Deutschland in 20 Jahren klimaneutral werden.“ (S. 6)</p> <p>„Wir werden das noch immer ungenügende Klimaschutzgesetz generationen- und budgetgerecht nachschärfen, [...] und das deutsche Klimaziel 2030 auf mindestens -70 Prozent anheben.“ (S. 6)</p> <p>„Wir setzen uns dafür ein, den Kohleausstieg bis 2030 zu vollenden.“ (S. 8)</p> <p>„Wir wollen Klimaschutz systematisch in unserer Rechtsordnung aufnehmen. [...] Für Genehmigungsprozesse führen wir eine Klimaverträglichkeitsprüfung ein. Mit einer CO₂-Bremse machen wir Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe, indem wir Gesetze auf ihre Klimawirkung prüfen.“ (S. 7)</p> <p>„Eine ambitionierte Klimaschutzpolitik und der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft sind die beste Chance, um bestehende Arbeitsplätze in Deutschland und anderen Ländern zu erhalten und neue zu schaffen.“ (S. 5)</p>	<p>„Deutschland und Europa haben sich zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 verpflichtet.“ (S. 58)</p> <p>„Auch den Klimawandel bewältigen wir mit German Mut, nicht mit German Angst! [...] Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Packen wir es richtig an, kann er aber auch zu einer unserer größten Chancen werden. Wir brauchen Forschung, Wissenschaft, Innovationen und die vielen klugen Ideen der Menschen. Neue Technologien führen dazu, Energie bezahlbar umwandeln und gleichzeitig das Klima schützen zu können. Auch bei der Lösung für komplexe Umweltprobleme setzen wir auf die Kreativität der Vielen und den Wettbewerb der besten Ideen“ (S. 58)</p> <p>„Wir Freie Demokraten wollen deutsche Unternehmen vor Wettbewerbsverzerrungen durch klimapolitische Maßnahmen schützen.“ (S. 58)</p>	<p>„Wir wollen, dass die Bundesrepublik bis spätestens 2040 keine Treibhausgase mehr produziert. Die genannten Ziele müssen in einem Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden. Emissionshandel bietet keinen wirksamen Klimaschutz.“ (S. 65)</p> <p>„Wir stehen an der Seite der Klimabewegung und unterstützen Forderungen nach einer sozial gerechten Klimawende hin zu Klimaneutralität innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte.“ (S. 65)</p> <p>„Wir fordern, dass Klimaschutz als Erweiterung der Grundrechte in der Verfassung aufgenommen wird. Alle Entscheidungen der Politik und die Verfügung über Eigentum müssen am Gemeinwohl ausgerichtet werden, dazu gehören Klimaschutz und der Abbau von sozialer Ungleichheit. Verbindliche Klimaziele und Emissionsgrenzen müssen den Konzernen klare Vorgaben machen.“ (S. 65)</p>

CO₂-Preis und Emissionshandel

„Wir wollen den Aufwuchspfad der **CO₂-Bepreisung** straffen und so schnell wie möglich zu einem **Europäischen Emissionshandel** für Mobilität und Wärme übergehen.“ (S. 41)

„Die Einnahmen aus dem Emissionshandel werden wir in vollem Umfang an die **Bürgerinnen und Bürger** und an die Betriebe durch Stromverbilligung zurückgeben. Als erstes schaffen wir im Gegenzug die EEG-Umlage ab.“ (S. 43)

„Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz zur CO₂-Reduktion sollen künftig **steuerlich besser abgesetzt** werden können.“ (S. 41)

„Mit dem **Ansteigen des CO₂-Preises** werden wir für weitere sozial gerechte Ausgleichsmaßnahmen sorgen. [...]“

„Wir werden gesetzliche Regelungen schaffen, dass der CO₂-Preis von den Vermieter*innen getragen wird.“ (S. 10)

„Wir setzen uns dafür ein, die Finanzierung der EU dauerhaft gerechter und eigenständiger zu gestalten. Wir werden für diesen bedeutenden Integrationschritt die Besteuerung digitaler Großkonzerne, eine **CO₂-Grenzabgabe** sowie neue Einnahmen aus dem Emissionshandel heranziehen.“ (S. 55)

„Das europäische **Emissions-handelssystem** (ETS) ist im Lichte des neuen EU-Klimaziels für 2030 zu reformieren [...]. Mit einer deutlichen Reduktion von Emissionszertifikaten und der Löschung überschüssiger Zertifikate vom Markt erreichen wir einen CO₂-Preis im Bereich Strom, Industrie und europäischem Luftverkehr, der dafür sorgt, dass erneuerbare Energien statt Kohle und Kerosin zum Einsatz kommen [...] Wir wollen die **Erhöhung des CO₂-Preises auf 60 Euro** auf das Jahr 2023 vorziehen. Danach soll der CO₂-Preis so ansteigen, dass er im Konzert mit den Fördermaßnahmen und ordnungsrechtlichen Vorgaben die Erfüllung des neuen Klimaziels 2030 absichert.“ (S. 7)

„Wir Freie Demokraten wollen den EU-Emissionshandel (EU-ETS) schnellstmöglich **auf alle Sektoren** und geografisch ausweiten.“ (S. 58)

„Deutschland und Europa haben sich zur **Klimaneutralität bis zum Jahr 2050** verpflichtet. Dieses Ziel können wir durch ein striktes und jährlich sinkendes CO₂-Limit in einem umfassenden Emissionshandels-system zuverlässig erreichen.“ (S. 58)

„dem Klimaschutz ist nicht geholfen, wenn **CO₂-intensive Produktionsprozesse** in Regionen mit geringeren Auflagen außerhalb Deutschlands und Europas verlagert und die Produkte anschließend importiert werden.“ (S. 59)

„Emissionshandel bietet **keinen wirksamen Klimaschutz**“ (S. 65)

„Die Bundesregierung muss sich im Zusammenhang mit den Neufestlegungen der EU-Klimaschutz und -Energieziele für 2030 für eine Minderung der Treibhausgas-emissionen gegenüber dem Jahr 1990 um 70 Prozent einsetzen, für einen Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch von 45 Prozent. Auf EU-Ebene unterstützen wir eine **Reform des EU-Emissionshandels**, die zur Anhebung der Klimaschutz-ziele in den Emissionshandelssektoren auf die Paris-Ziele führt“ (S. 66)

„Die EZB darf nicht weiter **Anleihen** von Unternehmen mit hohen CO₂-Emissionen aufkaufen und dadurch den Klimaschutz unterlaufen.“ (S. 121)

Erneuerbare Energien

„Wir werden den Ausbau der Erneuerbaren Energien entscheidend voranbringen und daher **deutlich schneller** ausbauen, damit der stark steigende Energiebedarf gedeckt wird. Nur so wird die Energiewende in allen Bereichen gelingen, und nur so werden die Pariser Klimaziele erreicht werden. Wir setzen auf einen intelligenten und diversifizierten Energiemix, der nachhaltig und sicher

„Um in Deutschland bis spätestens 2045 treibhausgasneutral leben, arbeiten und wirtschaften zu können, werden wir dafür sorgen, dass wir unseren **Strom spätestens bis zum Jahr 2040** vollständig aus erneuerbaren Energien beziehen.“ (S. 9)

„Der **massive Ausbau** der erneuerbaren Energien und die Beteiligung der Bürger*innen vor Ort, beispielsweise durch Energiege-

„Unser Ziel ist es, **100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035** zu erreichen. So kann Deutschland in 20 Jahren klimaneutral werden.“ (S. 6)

„Unser Ziel ist ab sofort ein **jährlicher Zubau** von mindestens 5 bis 6 Gigawatt (GW) Wind an Land, ab Mitte der 20er Jahre von 7 bis 8 GW, bei Wind auf See wollen wir 35 GW bis 2035. Bei Solar werden wir den Ausbau von beginnend 10 bis 12 GW

„Wir Freie Demokraten wollen erneuerbare Energien vollständig in den Wettbewerb überführen und die **Förderung nach dem EEG** (Erneuerbare-Energien-Gesetz) beenden. Gesetzlich vorgegebene **Ausbaupfade** für einzelne Technologien und staatlich garantierte Abnahmepreise lehnen wir ab.“ (S. 79)

„Wir fordern die Energiewende mit **100% Erneuerbaren bis 2035**. Wir wollen den Kohlausstieg bis spätestens 2030. Wir wollen die **Energiekonzerne entmachten** und eine Energiewende in Bürgerhand, in öffentlichem oder genossenschaftlichem Eigentum.“ (S. 65)

„Wir wollen eine strukturelle Reform des EEG und den **Ökostromanteil** auf 80 Prozent bis zum Jahr 2030 und auf

ist. Dazu gehört die Energiegewinnung aus Sonne und Wind genauso wie nachhaltige Biomasse, Wasserkraft und Geothermie im ländlichen Raum. Hierbei wird die Akzeptanz der Bevölkerung ebenso entscheidend für den Ausbau der Erneuerbaren Energien sein wie Planungssicherheit und wenig Bürokratie. (S. 42)

nossenschaften, werden das Herzstück unserer Klimaschutz- und Energiepolitik. [...] Wir brauchen deshalb ein **Jahrzehnt des entschlossenen Ausbaus** der erneuerbaren Energien.“ (S. 9)

„In einem **Zukunftspakt** zwischen Bund, Ländern, Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden vereinbaren wir **verbindliche Ausbauziele** für erneuerbare Energien wie Sonne, Wind und Geothermie.“ (S. 9)

auf 18 bis 20 GW pro Jahr steigern ab Mitte der 2020er.“ (S. 4)

„Das **Energiemarktdesign** ändern wir, sodass erneuerbarer Strom nicht länger ausgebremst wird. Wir stellen Sonne und Wind ins Zentrum und ermöglichen es Industrie, Gewerbe und Handel über flexibleren Verbrauch besonders viel zur Integration der Erneuerbaren beizutragen. Erzeugungsspitzen machen wir nach dem Prinzip **„nutzen statt abschalten“** für Speicher und die Produktion von Wärme oder grünem Wasserstoff nutzbar.“ (S. 4)

„Auch die Eigenversorgung mit erneuerbarem Strom und die marktwirtschaftliche Nutzung von **Strom aus Altanlagen**, die aus der 20-jährigen EEG-Förderung fallen, wollen wir vereinfachen.“ (S. 79)

„Auch mit **Russland** sollte der Schwerpunkt unserer Zusammenarbeit in den Bereichen erneuerbare Energien, Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe liegen.“ (S. 64)

100 Prozent bis 2035 erhöhen. Ausschreibungssysteme sind für Bürgerenergieprojekte teuer, riskant und aufwändig, wir lehnen sie für Projekte bis 18 Megawatt bzw. fünf Anlagen ab.“ (S. 67)

„DIE LINKE unterstützt eine regional ausgerichtete und in der Bevölkerung verankerte Energiewende: **Energiegenossenschaften**, Bioenergiedörfer, Institutionen, Einrichtungen, Betriebe, Städte und Kommunen sollen das gesetzliche Recht zum Kauf der von ihnen für die Energieerzeugung und -eigenversorgung genutzten Netze erhalten.“ (S. 66)

Windenergie

„Wir fördern den **naturverträglichen** Ausbau von Wind onshore und offshore sowie das **Repowering** von Anlagen. [...] Dazu wollen wir prüfen, ob vermehrt Flächen entlang von Verkehrsstraßen im Rahmen von Vorrangflächen für die Nutzung durch Erneuerbare Energien ein gerichtet werden können.“ (S. 43)

„**Windkraft und Sonne** sind unsere Energiequellen, unterstützt durch eine saubere Wasserstoffwirtschaft“ (S. 4)

„In einem **Zukunftspakt** zwischen Bund, Ländern, Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden vereinbaren wir **verbindliche Ausbauziele** für erneuerbare Energien wie Sonne, Wind und Geothermie.“ (S. 9)

„Auch bei der Windkraft müssen wir schneller vorankommen, z.B. indem wir den **Ausbau außerhalb der Ausschreibungen** stärken. Beim Windausbau gilt es den Konflikt mit Natur- und Artenschutz zu minimieren, Anwohner*innen zu schützen und die Verfahren zur Genehmigung, auch durch den **Abbau bürokratischer Hürden** und klare Rahmenbedingungen, zu beschleunigen. In einem ersten Schritt wollen wir die erneuerbaren Energien als zwingend für die Versorgungssicherheit definieren und dafür **2 Prozent der Fläche** (**Anmerkung der Redaktion: hier heißt es „erneuerbare**

„Der volatile Strom aus Sonne und Wind wird durch die Erzeugung von Wasserstoff mittels Elektrolyse speicherbar und über weite Strecken transportierbar.“ (S. 80)

„Um die Produktion von Energieträgern zu vertretbaren Kosten sicherzustellen, muss weltweit in Anlagen investiert werden. **Photovoltaik- oder Windkraftanlagen** an geeigneten Standorten in Verbindung mit angeschlossener Infrastruktur zur Herstellung von gut speicher- und transportierbaren Energieträgern können dazu einen großen Beitrag liefern.“ (S. 80)

„Investoren müssen verpflichtet werden, den **Standortgemeinden** eine Beteiligung an neuen Windkraftanlagen, Photovoltaik-kraftwerken und Energiespeichern anzubieten.“ (S. 67)

Energien“, nicht „Windkraft“) bundesweit nutzen. Alle Bundesländer haben hierfür ihre entsprechenden Beiträge zu leisten. Verhinderungsplanungen, etwa über exzessive **Mindestabstände** zu Siedlungen, müssen der Vergangenheit angehören. [...] Wir werden die Planungs- und **Genehmigungsverfahren** durch vereinfachte Verfahren, mehr Personal und einheitliche Bewertungsmaßstäbe beschleunigen. **Repowering** wollen wir erleichtern, sodass alte Windenergieanlagen am gleichen Standort zügig durch leistungsstärkere ersetzt werden können. Über **20 Jahre alten Anlagen** werden wir einen Weiterbetrieb ermöglichen. Den Bau von Windenergieanlagen auch **in direkter Nähe zu Industrie und Gewerbe** wollen wir unterstützen, um Strom dort zu produzieren, wo er gebraucht wird.“ (S. 9)

(Anmerkung der Redaktion: der **Ausbau wird hier auf globaler Ebene angestrebt**)

„Wir bekennen uns außerdem nachdrücklich zum ‚**Multi-Use-Ansatz**‘ bei Windparks auf dem Meer, damit Fischerei zukünftig auch in ‚Offshore-Windparks‘ möglich ist.“ (S. 83)

„Kohle- und Atomausstieg und die zunehmende Einspeisung aus zeit- und wetterabhängig schwankender Wind- und Sonnenenergie stellen unser Energiesystem vor **enorme Herausforderungen**. Einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung dieser Herausforderungen können flexible Erzeugungs- und Speichertechnologien leisten.“ (S. 80)

Wasserstoff

„Wir werden die nationale Wasserstoff-Agentur stärken, um die **Wasserstoffstrategie** umzusetzen und internationale Kooperationen zum Import von Wasserstoff, den Infrastrukturausbau sowie die Umnutzung bestehender Systeme voranzutreiben.“ (S. 44)

„Wir werden Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien gewinnen.“

„Erneuerbarer Strom wird in allen Sektoren eingesetzt. Dort, wo eine direkte Elektrifizierung nicht sinnvoll ist, werden wir große Mengen Wasserstoff aus erneuerbaren Energien benötigen.“ (S. 9)

„Wir werden Deutschland **bis 2030 zum Leitmarkt** für Wasserstofftechnologien machen – für die klimaneutrale Erzeugung von Stahl,

„Auch wenn **grüner Wasserstoff** prioritär bei uns produziert werden sollte, werden wir zur Bedarfsdeckung Wasserstoff importieren müssen. Die Infrastruktur für Wasserstoffimporte müssen wir jetzt etablieren. Für die Importe werden wir faire **Kooperationen** mit wind- und sonnenreichen Ländern anstoßen und ausbauen und die Exportländer bei

„Wir Freie Demokraten wollen Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe neben Strom als **zweite Säule** des künftigen Energiesystems aufbauen und den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft schnellstmöglich vorantreiben. [...] Für den Hochlauf setzen wir neben grünem Wasserstoff aus erneuerbaren Energien auch **auf CO₂-neutralen**

„In den Bereichen, in denen es klimapolitisch sinnvoll ist, muss in Deutschland produzierter Wasserstoff gefördert werden. Wir wollen jährlich **1 Mrd. Euro** einsetzen zur Förderung der Entwicklung einer Wasserstoffwirtschaft (vor allem für Industrieanwendungen, wie bei Stahl- und Zementindustrie, sowie für den Flug- und Seeverkehr). Neue Anwendungen



Neben diesem sogenannten grünen Wasserstoff werden wir in der Übergangszeit auch den **blauen Wasserstoff** akzeptieren.“ (S. 45)

„Wir werden die **Gasnetze** in Deutschland schneller ausbauen und für die Einspeisung von Wasserstoff ertüchtigen.“ (S. 45)

für CO₂-arme PKWs, LKWs und den Schiffs- und Flugverkehr.“ (S. 10)

der Energiewende unterstützen. [...] Damit Wasserstoff zur Klimaneutralität beiträgt, muss er aus erneuerbaren Energien hergestellt werden. Das gilt auch für **Wasserstoffimporte**.“ (S. 10)

„**blauen**“ und „**türkisen**“ Wasserstoff aus Erdgas, bei dessen Herstellung der enthaltene Kohlenstoff gespeichert werden kann.“ (S. 80)
(Anmerkung der Redaktion: „blauer Wasserstoff“ ist grauer Wasserstoff, dessen CO₂ jedoch bei der Entstehung abgeschieden und verpresst wird durch CCS)

müssen über die gesamte Erzeugungs- und Anwendungsphase weniger Treibhausgase ausstoßen als fossile Alternativen und der Einsatz von Wasserstoff ist auf „grünen“ (also mittels Ökostroms hergestellten) Wasserstoff zu beschränken. Wir setzen uns für ein **Importverbot von nicht ökologischem Wasserstoff** ein.“ (S. 69)

Steuern und Abgaben

„Wir müssen für bezahlbaren Strom sorgen. Deshalb werden wir die **regulatorischen Kosten** senken. Mit Blick auf die Wettbewerbssituation unserer Industrie brauchen wir einen wettbewerbsfähigen Industriestrompreis.“ (S. 43)

„Wir brauchen **Energiespeicher**, um die Schwankungen der Erneuerbaren Energie in wind- und sonnen-schwachen Zeiten auszugleichen. Wir werden die dafür notwendige Technologieentwicklung und -umsetzung weiter fördern und prüfen, inwieweit wir den gespeicherten Strom von allen **Umlagen und Entgelten** befreien können.“ (S. 43)

„Die Einnahmen aus dem Emissionshandel werden wir in vollem Umfang an die Bürgerinnen und Bürger und an die Betriebe durch Stromverbilligung zurückgeben. Als erstes schaffen wir die **EEG-Umlage** ab.“ (S. 41)

„Um den Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehr und der Gebäudewärme zu unterstützen („Sektorenkopplung“), werden wir die **EEG-Umlage** in der bestehenden Form bis 2025 abschaffen und aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Dazu dienen auch die Einnahmen aus der **CO₂-Bepreisung**. Diese Maßnahme leistet auch einen Beitrag zur sozial gerechten Finanzierung der Energiewende, weil dadurch die Stromrechnung deutlich sinkt. Wir werden dafür sorgen, dass Bürger*innen mit niedrigen Einkommen nicht ins Hintertreffen geraten. Mit dem Ansteigen des CO₂-Preises werden wir für weitere sozial gerechte Ausgleichsmaßnahmen sorgen. Einen **Pro-Kopf-Bonus** werden wir prüfen.“ (S. 10)

„Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir die Einnahmen aus dem nationalen CO₂-Preis direkt an die Bürger*innen zurückgeben. Dazu streben wir neben der Senkung der **EEG-Umlage** ein Energiegeld an, das jede*r Bürger*in erhält. Über das Energiegeld geben wir alle zusätzlichen Einnahmen transparent an die Menschen zurück und entlasten sie direkt, indem sie **eine Rückerstattung pro Kopf** bekommen.“ (S. 7)

„Ebenso sollen Endkund*innen den Strom künftig besser direkt von Ökostromerzeugern kaufen können.“ (S. 10)

„Erzeugungsspitzen machen wir nach dem Prinzip „nutzen statt abschalten“ für Speicher und die Produktion von Wärme oder grünem Wasserstoff nutzbar. **Doppelte Belastungen** und andere Bremsklötze schaffen wir ab.“ (S. 4)

„Da die kontinuierliche Verknappung der Zertifikate auf der einen Seite zu steigenden Preisen und auf der anderen Seite zu höheren staatlichen Einnahmen führen wird, wollen wir die **EEG-Umlage** (Erneuerbare-Energien-Gesetz) abschaffen sowie die **Stromsteuer**, die unabhängig von der Erzeugungsart und damit der Umweltwirkung erhoben wird, auf den niedrigsten nach aktuellem EU-Recht möglichen Satz absenken und so schnell wie möglich komplett streichen. Darüber hinaus wollen wir Aufkommensneutralität durch die **Rückzahlung** eines jährlich zu berechnenden pauschalen Betrages, also einer Klimadividende, an jede Bürgerin und jeden Bürger gewährleisten.“ (S. 59)

„Die **Strompreise** müssen stärker überwacht und sozial gerechter ausgerichtet werden. Der zuständigen staatlichen Behörde soll daher ein Beirat zur Seite gestellt werden, in dem Verbraucher, Umwelt- und Sozialverbände sowie Gewerkschaften vertreten sind. [...] Wir wollen den Strompreis für Endkunden senken, indem wir die Förderung erneuerbarer Energien zu wesentlichen Teilen über den **Bundeshaushalt** statt über die jetzige Ökostromumlage (EEG-Umlage) finanzieren; die Stromsteuer für private Verbraucherinnen und Verbraucher senken. Für zusätzliche Entlastungen wollen wir einen **Energiewendefonds** auflegen, der die Zahlungsverpflichtungen der Stromkunden über die EEG-Umlage über einen längeren Zeitraum streckt.“ (S. 68)

Planungs- und Genehmigungsverfahren

„Planungs- und Genehmigungsverfahren ziehen sich oft über Jahre hin und sind ein Hindernis für neue Investitionen in Betrieben und Infrastrukturen. Wir werden sie beschleunigen und so für einen **Modernisierungsschub** sorgen.“ (S. 36)

„Wir werden eine neue **Beteiligungskultur** schaffen, die mehr Transparenz in die Planung großer Bauprojekte bringt und alle Akteure früh einbindet.“ (S. 36)

„Wir stellen die Bündelung der Planungsverfahren und derjenigen, die die Planverfahren tatsächlich durchführen, in den Mittelpunkt der Beschleunigungsanstrengungen eines neuen **Planungsmodernisierungsgesetzes**.“ (S. 97)

„Damit die Energiewende vor Ort zur Win-Win-Situation für alle wird, laden wir Bürger*innen und Gemeinden zum Mitmachen ein, indem wir Mieterstrom und gemeinschaftliche Eigenversorgung stärken, kommunale **Beteiligungsmodelle** ausweiten und nachhaltige Stromanleihen auflegen.“ (S. 9)

„Wir werden die Planungs- und Genehmigungsverfahren durch **vereinfachte Verfahren**, mehr Personal und einheitliche Bewertungsmaßstäbe beschleunigen.“ (S. 11)

„Wir wollen, dass von der Energiewende möglichst viele profitieren. Deshalb werden wir Bürger*innen-Projekte bei Wind- und Solarparks besonders fördern und alle europarechtlich garantierten Möglichkeiten für Bürger*innen-**Energiegemeinschaften** vollumfänglich ausschöpfen. Die Kommunen beteiligen wir verbindlich an den Einnahmen aus den Erneuerbaren-Anlagen, sodass gerade der ländliche Raum von den Gewinnen profitiert.“ (S. 11)

„Hohe Anforderungen an moderne Energie- und Mobilitätspolitik sowie die sich schnell entwickelnde Wirtschaft erfordern ein hohes Maß an Flexibilität. Daher wollen wir alle Planungsverfahren beschleunigen, indem wir Verfahren straffen und **Doppeluntersuchungen abschaffen**, die Möglichkeiten der **Digitalisierung** in allen Bereichen der Planung nutzen, die Planungs- und Genehmigungsbehörden gezielt mit ausreichend Fachkräften ausstatten und eine frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung sicherstellen.“ (S. 27)

„**Schnellere Verfahren** erleichtern den marktgetriebenen Ausbau erneuerbarer Energien und die schnelle Realisierung der dafür nötigen Strom-, Wärme- und Gasnetze.“ (S. 81)

„Wir Freie Demokraten wollen die Akzeptanz der Energiewende vor Ort durch eine **frühzeitige Bürgerbeteiligung**, einen klugen Ausgleich mit Anwohnerinnen und Anwohnern sowie transparente rechtsstaatliche Verfahren stärken.“ (S. 81)

„Wir wollen regionale Planungs- und **Beratungsstellen** in öffentlicher Hand schaffen, die Kommunen bei Projekten unterstützen oder diese gänzlich für sie durchführen.“ (S. 79)

„Wir wollen verbindliche Bürger*innenforen einrichten. Planfeststellungs- und Raumordnungsverfahren müssen so angelegt werden, dass allen ausreichend Zeit bleibt, sich zu informieren, zu überprüfen, ob ihre Interessen gewahrt bleiben und sich zu beteiligen. **Eine Beschleunigung** des Planfeststellungsverfahrens zulasten von Bürgerbeteiligung **lehnen wir ab**.“ (S. 136)

„Investoren müssen verpflichtet werden, den **Standortgemeinden** eine Beteiligung an neuen Windkraftanlagen, Photovoltaikkraftwerken und Energiespeichern anzubieten.“ (S. 67)



CDU/CSU

Titel: „Das Programm für Stabilität und Erneuerung“ ([Link](#))

Datum: 21. Juni 2021

Kanzlerkandidat: Armin Laschet

Nationale Alleingänge in der Klimapolitik lehnt die Union ab. Stattdessen wirbt sie für den European Green Deal und für **internationale Klimakooperationen** zur Erreichung der Pariser Klimaschutzziele. Versorgungssicherheit in der Zukunft sei aus Sicht der Union auch durch Importe und Energiepartnerschaften mit Drittstaaten zu gewährleisten. Eine Vollversorgung mittels heimischer Energien spielt im Wahlprogramm argumentativ keine Rolle. Dennoch bekennt sich die Union zum Ziel der Treibhausgasneutralität Deutschlands bis 2045 und zur Energiegewinnung aus Erneuerbaren Energien – unter Wahrung der örtlichen Akzeptanz und künftigem **Bürokratieabbau**. Wie genau Genehmigungsprozesse beschleunigt werden könnten, wird nicht weiter ausgeführt. Der EE-Ausbau solle laut Wahlprogramm „deutlich schneller“ erfolgen, wobei die Union in ihrem Wahlprogramm offenlässt, in welchem Zeitrahmen sie welche Ausbaumengen als notwendig erachtet, um dem steigenden Energiebedarf (siehe hierzu stattdessen das Pressestatement von Wirtschaftsminister Altmaier vom 13. Juli, [Link](#)) gerecht zu werden. Jedoch wolle die Union das **Repowering** von WEA fördern und Verkehrswege im Rahmen von Vorrangflächen für die Nutzung von Erneuerbaren Energien prüfen. Ebenfalls geprüft werden solle die **Befreiung von gespeichertem Strom** von allen Umlagen und

Entgelten. Zusätzlich solle ein wettbewerbsfähiger Industriestrompreis erzielt und das **Marktstammdatenregister** zu einem „digitalen, öffentlichen Echtzeit-Energiekataster weiterentwickelt“ werden. Dem Thema Wasserstoff widmet die Union ein eigenes Kapitel. Der Energieträger solle im großindustriellen Maßstab für die Stahl- und Zementindustrie sowie kurz- bis mittelfristig auch für den LKW- und Schiffsverkehr zum Einsatz kommen. Innerhalb einer zeitlich und inhaltlich nicht definierten „Übergangszeit“ akzeptiert die Union neben **grünem Wasserstoff auch den bei Umweltverbänden in der Kritik stehenden „blauen Wasserstoff“**. Ein weiterer Schwerpunkt: Die Entwicklung des CO₂-Preises, wobei der Fokus der Union vor allem auf dem **sektorenübergreifenden Emissionshandel** (europäisch/global) und der Technologieoffenheit für maximale Kosteneffizienz liegt. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel sollen „in vollem Umfang an die Bürgerinnen und Bürger und an die Betriebe durch Stromverbilligung zurückgegeben“ werden, so die Union weiter. Dafür solle die **EEG-Umlage** abgeschafft und die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß reduziert werden. Netzentgelte wolle man prüfen, Steuern und Abgaben begrenzen und stattdessen „wirksame Marktpreissignale“ in den Mittelpunkt stellen.



KLIMAUNION

Was es **nicht** in das Wahlprogramm der Union geschafft hat –

Zum Positionspapier der KlimaUnion ([Link](#))

Die so genannte KlimaUnion, ein u. a. von Heinrich Strößenreuther gegründeter Zusammenschluss von Parlamentariern der CDU/CSU und Aktivisten, veröffentlichte am 28. Juni eine Argumentationshilfe für die Themen Energie- und Klimapolitik. Das Wahlprogramm der Union war diesbezüglich vielfach als zu ambitionslos kritisiert worden. So bemängelt auch die parteiinterne Vereinigung, dass im Wahlprogramm von CDU/CSU „eine **Lücke zum Pariser Klimaabkommen**“ verbleibe. Auch die Positionen des CSU-Arbeitskreises Energie seien nicht in das Wahlprogramm eingeflossen, die das 65-Prozent-Ziel 2030 und das 100-Prozent-Ziel 2045 für unzureichend erklären. Zudem seien viele Formulierungen wie „Anstreben“, „so schnell wie möglich“ oder „Prüfen“ zu unkonkret, kritisieren die Vertreterinnen und Vertreter. Bianca Praetorius, stellvertretende Vorsitzende der KlimaUnion befindet etwa: „Machen statt Prüfen wäre das Statement, das wir gerne von den Spitzenpolitikern der Union im Klima-Wahlkampf mehr hören wollen.“ In ihrer Argumentationshilfe liefert die KlimaUnion daher konkrete Vorschläge, wie sich die von der Union unterstützte Treibhausgasneutralität sogar noch früher erreichen ließe. Mit ihren politischen Vorschlägen will die KlimaUnion dazu beitragen, „dass die nächste Legislaturperiode eine **1,5-Grad-wirksame Klima-Koalition** sein muss“. Im Detail fordert die Gruppierung einen ambitionierten

Ausbau der Erneuerbaren Energien: „Wir müssen in den nächsten 10 Jahren jährlich so viel Leistung zubauen, wie Stand heute installiert sind. Die Ausbautzahlen sind ambitioniert, technisch machbar, mit der richtigen Regulatorik umsetzbar“. Für die Photovoltaik benennt die KlimaUnion eine durchschnittliche Jahreszubauemenge von 85 GW. Windkraft müsse um 3,3 GW Offshore und **5 GW Onshore pro Jahr** zugebaut werden, jedoch aus Gründen des Netzausbaus „insbesondere im Süden Deutschlands“. Zur Absicherung der Netzleistung sollten Bioenergie- und Geothermie-Kraftwerke mit jährlich 4 GW beziehungsweise 1 GW ans Netz gehen und Speicher mit einer Kapazität von 20 TWh zur Versorgungssicherheit beitragen. In einem Maßnahmenkatalog schlägt die KlimaUnion darüber hinaus vor, **mehr Energiegemeinschaften** schaffen und mitverdienen lassen zu wollen, **EEG-Abgaben für Eigeninitiativen zu streichen**, **Netze stärker zu digitalisieren**, die Realisierung von **Windparks Kommunen** zu überlassen, den „Flickenteppich“ in Sachen Abstandsregelungen aufzulösen und das **Repowering in Deutschland genehmigungsfrei** machen zu wollen. Das Errichten und Betreiben von Speichern mit grünem Wasserstoff, Power2X, PowerToGas und Batteriespeichern solle laut KlimaUnion durch eine feste Vergütung für das netzdienliche Einspeisen und Speichern von Strom gefördert werden.



SPD

Titel: „Aus Respekt vor Deiner Zukunft – Das Zukunftsprogramm“ ([Link](#))

Datum: 9. Mai 2021

Kanzlerkandidat: Olaf Scholz

Das Hauptziel der SPD ist es laut Wahlprogramm, Wohlstand und Klimaschutz zu vereinen. Als Teilziel formuliert die SPD darin, eine nationale **Treibhausgasneutralität bis 2045** erreichen und die Energieversorgung Deutschlands bis dahin vollständig durch Erneuerbare Energien decken zu wollen, im Strombereich bereits bis 2040. Um dem damit einhergehenden Strombedarf in den Sektoren Verkehr und Wärme gerecht zu werden, kalkuliert die SPD mit **zusätzlichen Strommengen in Höhe von 10 tWh** Strom pro Jahr. Wie sich diese Strommengen konkret auf den Ausbau einzelner Erneuerbare Energien verteilen, bleibt offen. Während sich Umweltministerin Svenja Schulze noch im Frühjahr für höhere Ausbauziele sowie für eine Bereitstellung von 2 Prozent der Landesfläche für die Windenergie an Land aussprach, bleiben beide Aspekte im Wahlprogramm der Partei unberücksichtigt. **Verbindliche Ausbauziele** wolle die SPD erst in einem „Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern, Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden“ vereinbaren. Neben den erhöhten Strommengen aus Erneuerbaren Energien wird dem Aufbau einer wettbewerbsfähigen **Wasserstoffwirtschaft** eine wichtige Rolle zugeschrieben. Bis 2030 solle Deutschland ein Leitmarkt für Wasserstofftechnologien in großindustriellem Maßstab werden. Wie die SPD dies erreichen möchte,

lässt sie offen – auch ob dafür die Verwendung von so genanntem „blauen Wasserstoff“ infrage kommt, lässt sie unkommentiert. Auch bleibt die abgabenpolitische Behandlung von Elektrolyseuren unerwähnt. Den Umbau des Energiesystems möchte die SPD sozial-ökologisch gestalten, sprich zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen, Kosten nachvollziehbar und tragbar gestalten. Um die Belastungen für die BürgerInnen zu reduzieren, will die SPD die Stromkosten für Privathaushalte senken und die Möglichkeiten zur finanziellen Teilhabe an dezentralen Energieprojekten verbessern. Zudem plant die Partei, die **EEG-Umlage** bis 2025 abzuschaffen und aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren. Offen lässt sie derzeit noch, ob bzw. in welcher Höhe der **CO₂-Preis** steigen solle und wie die daraus resultierenden Einnahmen als Ausgleichsmaßnahme für einkommensschwache Haushalte genutzt werden könnten. Im Wahlprogramm heißt es dazu: „Einen Pro-Kopf-Bonus werden wir prüfen“, was dem Grundgedanken des Energiegelds, das die Grünen den Bürgerinnen und Bürgern aus den Einnahmen des CO₂-Preises zahlen wollen, entgegenkommt. Klar positioniert hat sich die Partei hingegen wieder bei der Aufteilung der Kosten für die CO₂-Bepreisung für Wärme. Diese sollen aus ihrer Sicht von den Vermietern getragen werden.



GRÜNE

Titel: „Deutschland. Alles ist drin.“ ([Link](#))

Datum: 09. Juli 2021

Kanzlerkandidatin: Annalena Baerbock

Bündnis 90/Die Grünen verleihen in ihrem Wahlprogramm den Themen Klimaschutz und klimagerechter Wohlstand höchste Priorität. Eine **Klimaneutralität in 20 Jahren** verbinden sie mit erhöhter Lebensqualität und wirtschaftlichen Chancen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für den Industriestandort Deutschland mit diesem Arbeitsmarkt. Wichtigster Schritt auf dem Weg zur Klimaneutralität: „eine massive **Ausbau-offensive für die Erneuerbaren**, die so schnell wie möglich umgesetzt wird“, um alle Energiesektoren auf Erneuerbare Energien umzustellen. Ausbauhemmnisse sollen naturverträglich und zugunsten der Bürgerinnen und Bürger beseitigt werden. Als Zielmarke formuliert die Partei einen jährlichen Zubau von mindestens 5 bis 6 Gigawatt Wind an Land, ab Mitte der 20er Jahre von 7 bis 8 GW, bei Wind auf See 35 GW bis 2035. In Folge solle auch das gesamte **Energiemarktssystem** auf Wind und Sonne ausgerichtet und Flexibilisierungsmaßnahmen ergriffen werden, etwa durch notstromfähige Solaranlagen, Nutzbarmachung von Erzeugungsspitzen und Digitalisierung der Verteilnetze. Dem Instrument der **CO₂-Bepreisung** bemessen die Grünen keine übergeordnete Rolle im Klimaschutz bei. Sie argumentieren: Klimaziele allein über die Bepreisung von CO₂ erreichen zu wollen, würde „unweigerlich zu erheblichen sozialen Unwuchten führen. Einige könnten sich rauskaufen, andere nicht

mehr teilhaben.“ Zugleich benennen sie klare Forderungen zur Erhöhung des CO₂-Preises auf 60 Euro bereits ab dem Jahr 2023 und Vorstellungen zur Reformierung des europäischen Emissionshandelssystems, um die Lenkungswirkung des CO₂-Preises für die Bereiche Verkehr und Wärme sozial gerecht zu verbessern. Durch die Einführung einer so genannten **CO₂-Bremsen** sollten künftig alle Genehmigungsprozesse einer **Klimaverträglichkeitsprüfung** unterzogen werden. Um Klimaschutz sozial gerecht zu gestalten, will die Partei die Einnahmen aus dem nationalen CO₂-Preis an Bürgerinnen und Bürger zurückgeben, die EEG-Umlage senken sowie ein **Energiegeld** an private Haushalte auszahlen. In Form einer Rückerstattung pro Kopf sollen klimafreundliche Verhaltensweisen belohnt und Geringverdiener entlastet werden. Für die Windenergie formulieren die Grünen das Ziel, den „Ausbau außerhalb der Ausschreibungen“ zu stärken, pauschale Mindestabstände zu Siedlungen zu vermeiden und Repowering zu erleichtern. Zugleich planen die Grünen „die erneuerbaren Energien als zwingend für die Versorgungssicherheit [zu] definieren und dafür **2 Prozent der Fläche** bundesweit [zu] nutzen“. Da das Programm den Flächenbedarf an dieser Stelle in den wörtlichen Zusammenhang aller Erneuerbaren stellt, ist offen, wie viel Fläche sie der Windenergie tatsächlich zusprechen möchten.



FDP

Titel: „Nie gab es mehr zu tun.“ ([Link](#))

Datum: 16. Mai 2021

Kanzlerkandidat: Christian Lindner

In ihrem Wahlprogramm bekennen sich die Freien Demokraten zu dem internationalen Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Gleichzeitig nennen sie keinen Beweggrund, eine nationale oder europäische Klimaneutralität früher als bis zum Jahr 2050 erreichen zu wollen und erklären gleichzeitig: „Den Weg dorthin überlassen wir dem Erfindergeist von Ingenieurinnen und Ingenieuren, Technikerinnen und Technikern sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.“ Zugleich sieht die Partei in klimapolitischen Maßnahmen die Gefahr, dass „deutsche Unternehmen unter **Wettbewerbsverzerrungen**“ leiden könnten. Um zu verhindern, dass „emissionsintensive Industrien ins Ausland abwandern“, fordert sie daher einen **globalen CO₂-Zertifikatehandel**. Statt auf Erhöhung der CO₂-Preise setzt die FDP auf einen jährlich sinkenden CO₂-Deckel und eine entsprechend reduzierte Zahl an Zertifikaten. Der Preis dafür solle sich am Markt bilden und nicht politisch vorgegeben werden. Die Freien Demokraten schließen sich zudem dem Vorschlag an, die **EEG-Umlage** abzuschaffen und schlagen ferner vor, die **Stromsteuer** „auf den niedrigsten nach aktuellem EU-Recht möglichen Satz abzusenken und so schnell wie möglich komplett zu streichen“. Darüber hinaus soll eine „Aufkommensneutralität durch die Rückzahlung eines jährlich zu berechnenden pauschalen Betrags, einer [so

genannten] **Klimadividende**, an jede Bürgerin und jeden Bürger“ gewährleistet werden. Wie sich die Berechnungsgrundlage dafür darstellt, wird nicht weiter ausgeführt. Den **Ausbau von Speichern** benennen die Freien Demokraten als „eine Voraussetzung für den Erfolg der Energiewende“. Sie sollten „daher als eigenständige Säule des Energiesystems neben Produzenten, Netzen sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern“ rechtlich definiert und für einen wirtschaftlichen Betrieb von Abgaben und Umlagen befreit werden. In den vielfach kritisierten Technologien „Carbon Capture and Storage“ und „Carbon Dioxide Removal“ (**CCS und CDR**) sieht die Partei „eine große Chance für den Klimaschutz“ und schlägt daher „ein eigenes Gesetz“ vor. Zusammenfassend hält die Partei fest, dass Energiepolitik stets „auch **Außen- und Sicherheitspolitik**“ sei – jedoch nicht in dem Sinne, dass sich die Bundesrepublik durch den Ausbau Erneuerbarer Energien eine geostrategische Unabhängigkeit verschaffe, sondern durch eine „Zusammenarbeit mit Russland“ **Versorgungssicherheit** erreiche. Des Weiteren setzen sich die Freien Demokraten – ohne konkrete Nennung geeigneter Maßnahmen – für eine europäische Wasserstoffunion, die verstärkte Digitalisierung der Energiewende, einen erhöhten Bürokratieabbau im Energierecht sowie eine frühe Bürgerbeteiligung an Energieprojekten ein.



DIE LINKE.

Titel: „Zeit zu handeln: Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit!“ ([Link](#))

Datum: 20. Juni 2021

Spitzenduo: Janine Wissler und Dietmar Bartsch

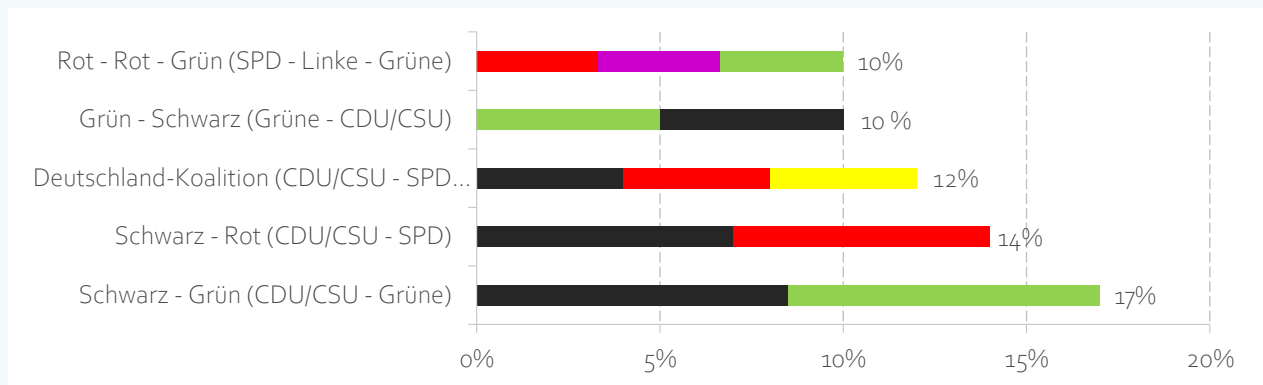
Die Partei DIE LINKE sieht in der Klimakrise nicht nur „die große Überlebensfrage des 21. Jahrhunderts“, sondern zugleich eine „**Klassenfrage**“, da sie einhergeht mit medizinischen und pflegerischen Notständen sowie mit einer Ungleichverteilung im Verursacherprinzip, wonach Industriestaaten für einen überdurchschnittlichen Anteil der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen verantwortlich und Entwicklungsländer von Umweltveränderung und Verschmutzung am stärksten betroffen sind. Die Partei benennt als Zielmarken für eine 100-prozentige Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien das Jahr 2030 sowie für eine Klimaneutralität das Jahr 2035. Dabei sollen „die großen Energiekonzerne entmachtet und Energieversorgung am Gemeinwohl ausgerichtet“ werden, was einen sozialökologischen Ansatz erfordert. Um eine frühere Klimaneutralität zu erlangen, schlägt DIE LINKE ein **Erdgasausstiegsgesetz** mit verbindlichem Ausstiegspfad und sozialer Absicherung betroffener Beschäftigter und Regionen vor (Verbot der unterirdischen Verpressung von CO₂) sowie einen früheren Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens 2030 statt 2038, wie von der Großen Koalition im Kohleausstiegsgesetz beschlossen. Darüber hinaus fordert die Partei einen **erhöhten Ausbau**

Erneuerbarer Energien, um den Import von fossil erzeugten Energien zu beenden. Dafür sieht sie es als notwendig an, bis zum Jahr 2025 jährlich mindestens 10 Gigawatt Photovoltaik zu installieren sowie 7 GW Windenergie an Land und 2 GW auf See. Den **Emissionshandel** als Leitinstrument im Klimaschutz lehnt die Partei hingegen ab. Auch lehnen sie eine Beteiligung von Bürgerenergieprojekten an Ausschreibungen bis zu einer Projektgröße von 18 MW bzw. fünf Anlagen ab. Um die Energiewende in Bürgerhand zurückzuführen, plant DIE LINKE „das gesetzliche Recht zum Kauf der von ihnen [Städte und Kommunen] für die Energieerzeugung und -eigenversorgung genutzten“ Strom- und Wärmenetze sowie eine verpflichtende Beteiligung von Standortgemeinden an neuen Windenergie- und PV-Anlagen. Mithilfe eines bundeseinheitlichen Netzentgeltes über alle Spannungsebenen sollen die **Netzentgelte** in Regionen mit vielen Ökostromanlagen nicht höher ausfallen als in Regionen mit wenigen Ökostromanlagen. Darüber hinaus solle **Wasserstoff** künftig ausschließlich auf Basis von Ökostrom gewonnen werden, jedoch aufgrund des hohen Energiebedarfs zur Bereitstellung nicht für Autos und Gebäudeheizungen zum Einsatz kommen, so die Partei weiter in ihrem Wahlprogramm.

UMFRAGEN UND PROGNOSEN

Welche Koalition (unabhängig davon, ob sie derzeit eine Mehrheit erreicht) würden Sie nach der Bundestagswahl 2021 präferieren?

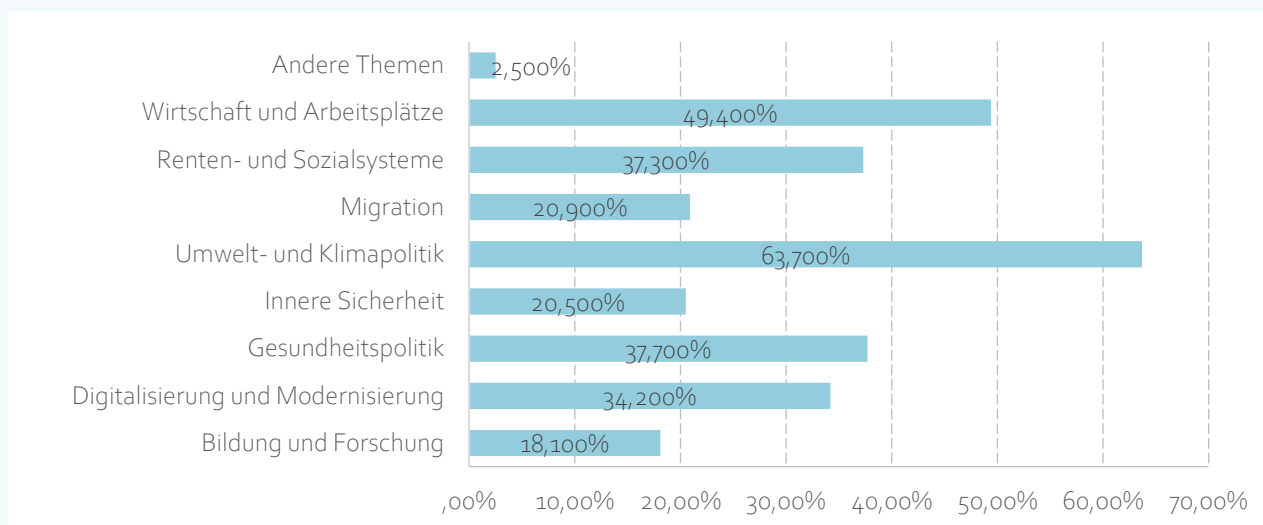
Statista Research Department, 07.07.2021, 1.003 Befragte ([Link](#))



Mehrheitlich begrüßen die Deutschen ein Bündnis aus CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen. Die Union als Juniorpartner können sich jedoch deutlich weniger Menschen vorstellen als ein Bündnis mit einer Mehrheitsführenden Union. Gleichwohl 48,2 Prozent der Deutschen einen politischen Neuanfang begrüßen (siehe Folgeseite 19), würden 14 Prozent eine Fortführung der jetzigen Regierungskoalition mittragen.

Welche drei Themen werden die Bundestagswahl 2021 bestimmen?

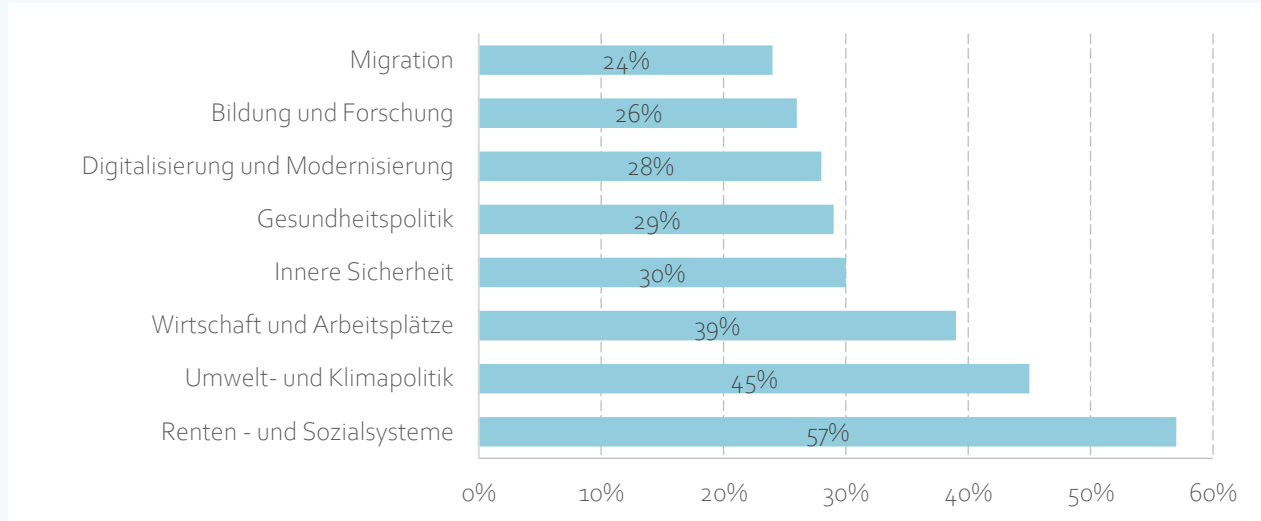
Civey, 03.06.2021, 10.047 Befragte ([Link](#))



Das Thema Umwelt- und Klimaschutz wird die Bundestagswahl 2021 hauptsächlich bestimmen, da sind sich zwei Drittel der Deutschen einig.

Welche drei politischen Themen werden Ihre Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2021 am meisten beeinflussen?

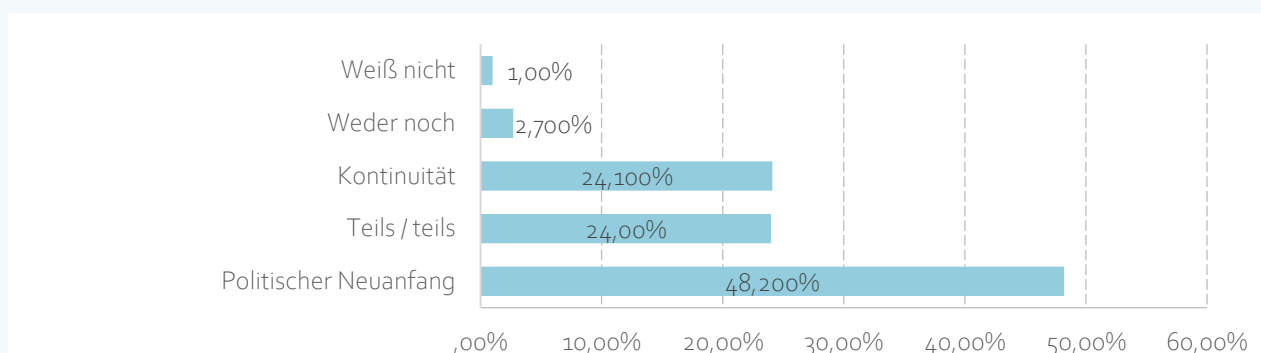
Civey-Umfrage für SPIEGEL, 30.06.2021, 10.024 Befragte ([Link](#)), Antwort mit „Richtig wichtig“



Die Bundestagswahl im Herbst dürfte noch im Zeichen der Coronapandemie stehen – aber auch andere Themen könnten mitentscheidend dafür sein, wie die kommende Regierung aussieht. So dürften Alter und soziale Sicherung eine wichtige Rolle spielen. Bei der Frage nach den drei für sie entscheidenden Themen nannten 57 Prozent die Renten- und Sozialsysteme. Ebenfalls wichtig sind Umwelt- und Klimapolitik, die von 45 Prozent der Bürgerinnen und Bürger genannt wurden, sowie Wirtschaft und Arbeitsplätze (39 Prozent).

Was ist Ihnen persönlich wichtiger bei der anstehenden Bundestagswahl: ein politischer Neuanfang oder Kontinuität in der Regierungsarbeit?

Civey-Umfrage, 17.06.2021, 5.046 Befragte ([Link](#))



Die Mehrheit der Menschen in Deutschland will einen politischen Wechsel. Das zeigt eine neue Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach. Danach haben sich mehr als 60 Prozent für einen umfassenden Regierungswechsel ausgesprochen. Und mehr als 67 Prozent wollen „in vielen Bereichen eine andere Politik“. Die Umfrage zeigt damit eine Bereitschaft zum politischen Kurswechsel, wie es das seit Beginn solcher Messungen in Allensbach nicht gegeben hat.

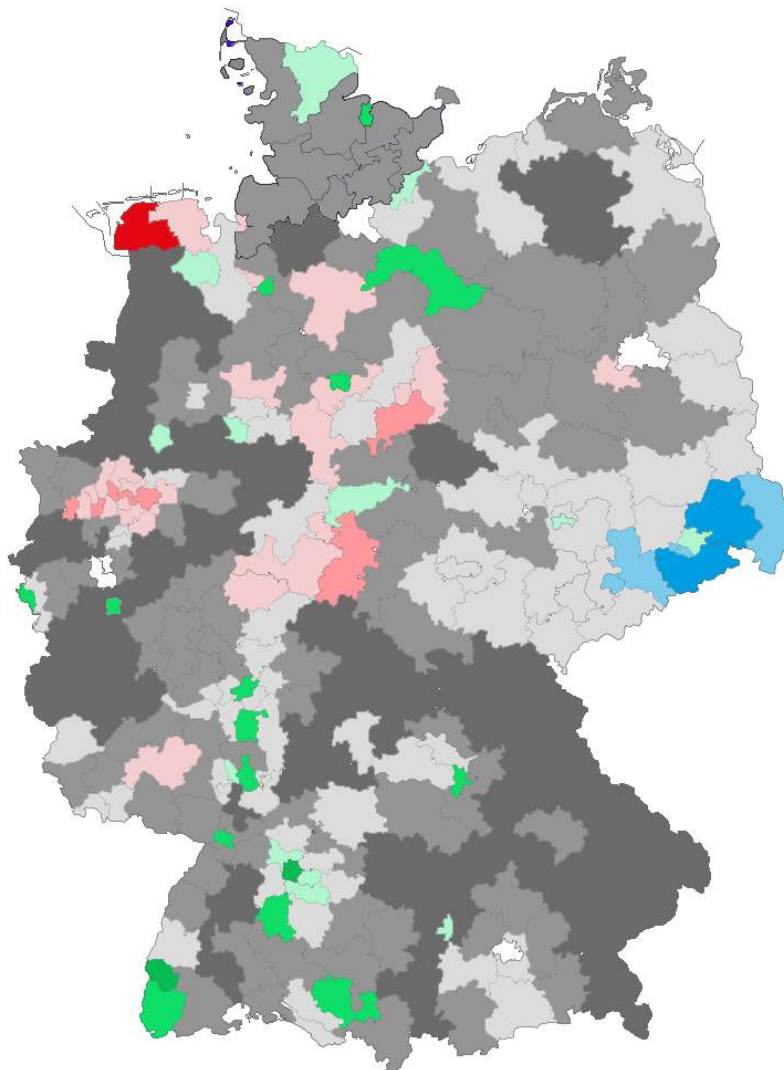
WAHLKREISPROGNOSE

Welche Wahlkreise könnten die Parteien bei der Bundestagswahl 2021 jeweils für sich gewinnen?

www.election.de, Stand: 30. Juni 2021

Die Wahlkreisprognose von election.de liefert Vorhersagen der Erststimmen und Zweitstimmen aller relevanten Parteien sowie nach Direktmandaten und Listensitzen in den Bundesländern. Die Prognose für die einzelnen Bundestagswahlkreise basiert auf einem laufend verbesserten Projektionsverfahren, das verschiedene wahlentscheidende Faktoren berücksichtigt. Dadurch ist die Prognose in der Regel präziser als einzelne Umfragen, die lediglich Momentaufnahmen mit zufälligen Schwankungen darstellen.

- CDU/CSU sicher
- SPD sicher
- Grüne sicher
- DIE LINKE sicher
- AfD sicher
- CDU/CSU wahrscheinlich
- SPD wahrscheinlich
- Grüne wahrscheinlich
- DIE LINKE wahrscheinlich
- AfD wahrscheinlich
- CDU/CSU Vorsprung
- SPD Vorsprung
- Grüne Vorsprung
- DIE LINKE Vorsprung
- AfD Vorsprung





WICHTIGE POLITISCHE
FORDERUNGEN

WICHTIGE POLITISCHE FORDERUNGEN

Auf Bundesebene – Erneuerbare (BEE)

1. Faire Wettbewerbsbedingungen für Erneuerbare Energien schaffen: Subventionen für fossile Energien abschaffen und die CO₂-Bepreisung sozial gerecht gestalten
2. Ausbau der Erneuerbaren Energien voranbringen: Internationale Klimaziele berücksichtigen und Anteil der Erneuerbaren Energien vergrößern
3. Strommarkt auf Erneuerbare Energien auslegen: Marktdesign überarbeiten und Flexibilitäten erhöhen
4. Dezentrale Energieversorgung fördern: Intelligente Sektorenkopplung stärken und Energiewende als Mitmachprojekt ermöglichen
5. Der Wärmewende Schwung verleihen: Erneuerbare Wärme zur Dekarbonisierung des Gebäude- und Industriebereichs voranbringen
6. Mobilität klimafreundlich umgestalten: Verkehrswende vollziehen und Infrastrukturen an künftige Systemanforderungen anpassen

Auf Bundesebene – speziell Windenergie (BWE)

7. Anpassung des Ausbaus Windenergie an Land an Klimaneutralität 2045, mindestens 4.500 MW Zubau netto pro Jahr
8. Verteilung der aususchreibenden Volumina: ab 2022 gleichmäßig bis 2030 und bis 2030 braucht es eine installierte Leistung von 95 GW
9. Kooperation mit den Ländern zu Erreichung der Klimaneutralität 2045 – verbindliche

Zielvorgaben für den Nettozubau durch den Bund-Länder-Kooperationsausschuss festlegen

10. Gemeinsam mit den Bundesländern Ausgleich finden, zwischen Natur- und Artenschutz und Energiewende durch die Etablierung von untergesetzlichen Maßstabsbildungen
11. Klare Mechanismen finden, um Zielerreichung zwischen Bund und Ländern zu finden

Auf Länderebene – speziell Windenergie (BWE)

1. Übernahme der anteiligen Zielerreichung der Klimaneutralität 2045 durch Ausweisung von mindestens 2 % für Windenergie nutzbare Fläche
2. Sicherung der Ausweisung von ausreichend Flächen für Windenergie an Land durch die Regionalplanung und die Kommunen – tatsächlich bebaubare Fläche muss der Maßstab sein
3. Mitverantwortung übernehmen zur Erreichung der eigenen Ziele - dafür braucht es eine neue Kommunikationsallianz, die Themen vorantreibt und quantifiziert
4. Landesflächen nach Winddargebot ausweisen
5. Repoweringflächen zusätzlich zur Verfügung stellen
6. Gemeinsam mit dem Bund das Baugesetz, Raumordnungs- und Bundesnaturschutzgesetz für die Energiewende weiterentwickeln



INDUSTRIEPOLITISCHE
ARGUMENTE

INDUSTRIEPOLITISCHE ARGUMENTE

Die Industrienation Deutschland steckt mitten in ihrer bedeutendsten Transformation. Das Ziel: die Dekarbonisierung der mittelständischen und industriellen Wertschöpfungsketten. Immer mehr Unternehmen setzen dabei auf grünen Strom aus lokalen, erneuerbaren Erzeugungskapazitäten. Windkraft gehört schon heute zu den preiswertesten Formen der Energiegewinnung, hat mit über 25 Prozent den höchsten Anteil am Strommix¹ – Tendenz weiter steigend – und wird zunehmend zum Standortfaktor für neue Fabriken und Produktionsanlagen.

Doch nicht nur die stromverbrauchende Industrie fordert den beschleunigten Ausbau der Windenergie ein. Auch die hochgesteckten Ziele beim Thema Wasserstoff und Sektorenkopplung machen weitere Windräder on- und offshore notwendig. Ihr Ausbau sichert die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie und gleichzeitig zehntausende vielfältige und zukunftsfähige Arbeitsplätze in ländlichen und vom Strukturwandel betroffenen Regionen. 2020 waren rund 100.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der deutschen Windindustrie beschäftigt,² und damit 45.000 weniger als noch im Jahr 2015. Zum Vergleich: Damit verloren mehr Menschen ihre Arbeit als Personen im vergangenen Jahr im Braunkohlenbergbau in Deutschland beschäftigt waren (19.500 Personen).³

Neben den zahlreichen beruflichen Möglichkeiten profitieren Bürgerinnen und Bürger in den Standortgemeinden durch neue Wertschöpfung und finanzielle Teilhabe. Im Corona-Jahr 2020 bot die

Windenergie nochmals einen wirtschaftlichen Standortvorteil für die unter sinkenden Gewerbesteuererinnahmen leidenden Gemeinden: Ihr Umsatz in Deutschland betrug über 15 Mrd. Euro überwiegend im Export.⁴ Die Windenergie liegt damit im Branchenvergleich unter anderem vor dem Textilgewerbe (rund. 12 Mrd. Euro).⁵

Im globalen Kontext wächst die Nachfrage nach Erzeugnissen der Windindustrie rasant.⁶ Davon profitiert auch die deutsche Windbranche, die jährlich Güter im Wert von mehreren Milliarden exportiert. Je nach weltweiter Ausbausituation und den politischen Rahmenbedingungen könnten die jährlichen Exporte in zehn Jahren schon bei über 10 Mrd. Euro liegen.⁷

Die Windenergie ist mit ihrer hohen Anzahl an Volllaststunden und ihrer guten Prognostizierbarkeit der Schlüssel, um eine stabile Versorgung der Großverbraucher sicherzustellen und gleichzeitig den CO₂-Ausstoß Deutschlands zu senken. Die Energiewende ermöglicht der Bundesrepublik ihre Vorreiterrolle im internationalen Vergleich auszubauen und Maschinen und Know-how in die Welt zu exportieren. Die deutsche Windindustrie steht bereit.

Wichtige Industriekennzahlen zur Windindustrie in Deutschland 2020:

- 1. Rund 100.000 Beschäftigte in der Windindustrie**
- 2. Rund 15 Mrd. Euro Umsatz**
- 3. Rund 25% Anteil am Strommix**

¹ Tagesschau: Wind ist wichtigste Stromquelle 2021 ([Link](#))

² BWE: Ausbautzahlen Wind an Land 2020 ([Link](#))


³ Statista: Braunkohlebergbau. Beschäftigte bis 2020 ([Link](#))

⁴ BWE: Ausbautzahlen Wind an Land 2020 ([Link](#))

⁵ Statista: Umsätze der wichtigsten Industriebranchen in Deutschland 2019 ([Link](#))

⁶ GWEC: Global Wind Report 2021 ([Link](#))

⁷ GWS Osnabrück: Gesamtwirtschaftliche Wirkungen der Exporttätigkeit der deutschen PV- und Windindustrie 2016 ([Link](#))

A young girl with blonde hair in a ponytail, wearing a teal quilted jacket and blue jeans, is seen from behind. She is holding a white sign with handwritten text. The sign reads: "we can be HEROES JUST FOR One day. DAVID BOWIE". The word "HEROES" is written in large, colorful block letters (purple, green, yellow, orange). "One day" is written in a cursive script. The background is a blurred crowd of people at what appears to be a public event or protest.

we can be
HEROES
JUST FOR
One day.
DAVID
BOWIE

KLIMAPOLITISCHE
ARGUMENTE

KLIMAPOLITISCHE ARGUMENTE

In diesem Frühjahr haben sich die EU-Staaten darauf geeinigt, dass die EU ihren CO₂-Ausstoß bis 2030 um 55 Prozent unter den Wert von 1990 senken wird. Vor der Einigung im April bestand das Ziel einer Senkung von 40 Prozent. Bis 2050 hat sich die EU das ambitionierte Ziel gesetzt, gänzlich klimaneutral zu werden.⁸ Doch bis zur Erreichung dieses Ziels liegt noch ein weiter Weg vor der EU und vor Deutschland. Obwohl die Treibhausgasemissionen im Bereich Energie im Jahr 2018 um über 22 Prozent gegenüber 1990 gesunken sind, wurden im selben Jahr durch die EU rund 3,764 Millionen Tonnen CO₂ ausgestoßen.⁹ Allein Deutschland erzeugte davon 23 Prozent. Zwar sparte die Bundesrepublik 2020 im Vergleich zum Vorjahr 70 Millionen Tonnen CO₂¹⁰ und im Vergleich zum Referenzjahr 1990 bereits 40,8 Prozent¹¹ ein, doch mit einem CO₂-Ausstoß von 858 Millionen Tonnen war Deutschland 2018 „trauriger Spitzenreiter“ des EU-Rankings in Punkto CO₂-Emissionen und ist es bis heute.

Den größten Emissionsrückgang haben wir dem Einsatz von Erneuerbaren Energien zu verdanken: Im Sektor Energiewirtschaft konnte ein Rückgang von 38 Millionen Tonnen CO₂ verzeichnet werden. Das ist im Vergleich zum Vorjahr eine Reduktion von 14,5 Prozent.¹² Dennoch bleibt der gesamte Energiesektor mit großem Abstand die größte Quelle anthropogener Treibhausgasemissionen.¹³ Wer es also mit dem Klimaschutz ernst meint, muss den Ersatz fossiler Energieträger durch Erneuerbare Energien im Stromsektor, aber auch in den Bereichen Wärme, Kälte und Verkehr vorantreiben.

Die Sektorkopplung leistet den wohl wichtigsten Beitrag zur Dekarbonisierung der Energieerzeugung sowie des Energieverbrauchs. Speicher- und Flexibilitätsoptionen, Batteriespeicher, Lastmanagement und Langzeitspeicher durch Power-to-X-Technologien stehen bereit. Lastspitzen bei der Produktion von Windenergie lassen sich dadurch sinnvoll in andere Sektoren verschieben.

Insbesondere die Windenergie spielt hierfür eine wichtige Rolle. Sie ermöglicht den nachhaltigen Umbau von Industrie und Mobilität, leistet den größten Beitrag zum Klimaschutz und zur Realisierung der Wasserstoffstrategie der Bundesregierung. Mit ihrer Treibhausgaseinsparung in Höhe von 100 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente stellt die Windenergie einen entscheidenden Faktor dar, um die Umwelt zu wahren und damit die Natur- und Artenvielfalt zu erhalten. Sie ermöglicht die direkte Teilhabe der BürgerInnen an der Energiewende, was die Erreichung der Klimaziele mitgestaltbar macht, und trägt nicht nur zu einem (auch in Zukunft) lebenswerten Planeten bei, sondern schafft eine faire, nachhaltige und soziale Gestaltung der Zukunft für jetzige und kommende Generationen.

Wichtige Klimaschutzkennzahlen 2020:

- 1. 100 Millionen Tonnen eingesparte Treibhausgase durch Windenergie**
- 2. 227 Millionen Tonnen eingesparte Treibhausgase durch Erneuerbare**

⁸ Tagesschau: Einigung auf EU-Klimaziel für 2030, 2021 ([Link](#))

⁹ Umweltbundesamt: Treibhausgas-Emissionen in der Europäischen Union, 2020 ([Link](#))

¹⁰ Umweltbundesamt: Treibhausgasemissionen sinken 2020 um 8,7 Prozent, 2021 ([Link](#))

¹¹ Umweltbundesamt: Treibhausgasemissionen sinken 2020 um 8,7 Prozent ([Link](#))

¹² Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: Treibhausgasemissionen sinken 2020 um 8,7 Prozent, 2021 ([Link](#))

¹³ Umweltbundesamt: Emissionsquellen, 2021 ([Link](#))



KANDIDATENCHECK

KANDIDATENCHECK

BADEN-WÜRTTEMBERG

Name	Brugger, Agnieszka
Partei	Bündnis 90/Die Grünen (Landesliste Baden-Württemberg, Platz 3)
Funktion	Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, stellv. Mitglied im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen
Wahlkreis	Ravensburg
Kontakt	Agnieszka.brugger@bundestag.de , 030 227 745 05



Zur Person: Die Sicherheitsexpertin gilt als Kandidatin für das Amt der Verteidigungsministerin im Rahmen einer möglichen schwarz-grünen Koalition.

Zur Position: „Leider sehen wir gerade in diesen Tagen, dass wir gleichzeitig überhaupt keinen Grund haben, uns auf den grünen Erfolgen der letzten Jahre auszuruhen. Mit jedem Tag, an dem uns die drastischen Folgen der Klimakrise mit brennenden Wäldern und schmelzenden Gletschern vor Augen geführt werden, wird es umso drängender, unseren CO₂-Ausstoß radikal zu verringern und die Energiewende endlich wieder voranzubringen.“ (01.10.2020, [Link](#)).

„Die größten Herausforderungen, aber auch Potentiale für eine nachhaltige Umweltpolitik liegen in der Energie- und Verkehrspolitik. Hier müssen wir die bundespolitischen und europapolitischen Weichen stellen, damit auf regionaler, kommunaler und privater Ebene der Wandel in eine nachhaltige Zukunft gelingen kann. [...] Der Sektor der erneuerbaren Energien war für die Region um Ravensburg ein entscheidender Wirtschaftsmotor in den vergangenen Jahren, der durch die Politik der schwarz-roten Bundesregierung gefährdet ist. Damit die notwendigen Energie- und Emissionseinsparungen im Verkehr erreicht werden können, müssen wir die Debatte über eine Privatisierung der Bahn beenden und diese endlich als das umweltpolitische Instrument wahrnehmen, dass sie uns bietet.“ ([Link](#))

Name	Dr. Detzer, Sandra
Partei	Bündnis 90 / Die Grünen (Landesliste Baden-Württemberg, Platz 5)
Funktion	Landesvorsitzende der Grünen Baden-Württemberg
Wahlkreis	Ludwigsburg
Kontakt	sandra.detzer@gruene-bw.de , https://twitter.com/detzer_sandra



Zur Person: Sandra Detzer studierte Politikwissenschaften und Volkswirtschaftslehre und ist seit 2016 Landesvorsitzende der Grünen in Baden-Württemberg.

Zur Position: „Ich bin als Ökonomin besonders stolz auf den Teil unseres Wahlprogramms, der sich mit der ökologischen Transformation beschäftigt. Ich will im Bundestag dazu beitragen, dass wir konsequent den Weg weitergehen von der linearen Wirtschaft hin zur Kreislaufwirtschaft. Ich kämpfe für eine echte Rohstoffwende.“ (10.04.2021, [Link](#))

„In Baden-Württemberg ist nicht nur das Fahrrad und das Auto erfunden worden, sondern wir wollen auch, dass das Auto der Zukunft und die Mobilität der Zukunft hier erfunden werden. Wir wollen das zum Erfolgsmodell global machen.“ (05.03.2021, [Link](#))

„Wir wollen Tempo machen und direkt nach der Wahl ein Sofortprogramm starten, dazu gehören etwa eine Ausdehnung der Photovoltaikpflicht auf neue Wohngebäude oder ein Klimacheck für alle Förderprogramme des Landes. So muss die Einhaltung klimafreundlicher Standards ein zentrales Kriterium für die Landeswohnraumförderung werden. [...] Deshalb werden wir ambitionierten Klimaschutz auch bei der Bundestagswahl im Herbst 2021 in den Fokus rücken.“ (20.11.2020, [Link](#))

Name	Esken, Saskia
Partei	SPD (Landesliste Baden-Württemberg, Platz 1)
Funktion	Bundvorsitzende der SPD
Wahlkreis	Calw/Freudenstadt
Kontakt	saskia.esken@bundestag.de , 030 22775205



Zur Person: Die Informatikerin Esken ist seit dem Jahr 2013 Mitglied des Bundestages. Bis Ende 2019 war sie stellv. digitalpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

Zur Position: Esken unterstützt eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Windenergieprojekten, „denn wir sollten alles tun, um die Bevölkerung mehr in den Ausbau der Windenergie einzubeziehen“. [...] Darüber hinaus kommentiert sie im ARD „Bericht aus Berlin“: „Gerade bei der Abstandsregel müsste man nochmal ran. Die vorgeschriebene Entfernung von Windrädern zu Wohnhäusern muss verringert werden, damit wir auch besser planen können.“ (10.05.2021, [Link](#))

Zusammen mit SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch setzt sie sich dafür ein, dass der von der SPD geplante »Zukunftspakt« eine stärkere Bürgerbeteiligung an der Wertschöpfung durch erneuerbare Energien sowie eine Solarpflicht für „alle geeigneten Dächer öffentlicher Gebäude und privater Neubauten“ enthalten werde. (29.10.2020, [Link](#))

Name	Föhr, Alexander
Partei	CDU (Landesliste Baden-Württemberg, Platz 6)
Funktion	Stadtrat im Heidelberger Gemeinderat
Wahlkreis	Heidelberg/Weinheim
Kontakt	kontakt@foehr2021.de , 06221 60800



Zur Person: Der 39-jährige Heidelberger Kreisvorsitzende und Stadtrat tritt erstmals zur Bundestagswahl an. Thematisch stellt er sich breit auf, nennt neben Klimaschutz auch die Themen Sicherheit, Digitalisierung und Wirtschaft.

Zur Position: „Die Grünen haben zum Glück keinen Bundes-Kretschmann. Die Wählerinnen und Wähler unterscheiden sehr klug, was gewählt wird. Das zeigen ja auch die unterschiedlichen Ergebnisse der Parteien in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Die Bundes-CDU steht besser da als die Landespartei.“ (16.03.2021, [Link](#))

Der Bundestagskandidat wirbt auf seiner Internetseite damit, im Klimaschutz für „kluge europäische Lösungen statt nationaler Alleingänge“ zu stehen. Er wolle „die Bürger und Unternehmen beim Klimaschutz mitnehmen und nicht als Gegner sehen“ sowie „Anreize für bewusste Verhaltensänderungen und kluge Ideen statt gesetzlicher Verbote“ liefern. Dabei sei ihm wichtig, „mehr Umweltbildung an den Schulen“ zu bieten, die „wissenschaftlich und nicht emotional“ agiere. ([Link](#))

Name	Dr. Kaufmann, Stefan
Partei	CDU (Landesliste Baden-Württemberg, Platz 7)
Funktion	Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, Innovationsbeauftragter „Grüner Wasserstoff“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Ständiger Gast des Staatssekretärsausschusses für Wasserstoff und des Nationalen Wasserstoffrates
Wahlkreis	Stuttgart I
Kontakt	stefan.kaufmann@bundestag.de , 030 227 72494



Zur Person: Der Rechtsanwalt Dr. Kaufmann wurde im Juni 2020 zum Innovationsbeauftragten „Grüner Wasserstoff“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung benannt, was ihm unter Parteikollegen den Beinamen „Mr. Wasserstoff“ einbrachte. Bundesforschungsministerin Anja Karliczek ernannte den CDU-Bundestagsabgeordneten im Rahmen der Umsetzung der Nationalen Wasserstoffstrategie der Bundesregierung. In dieser Rolle ist er verantwortlich für die Ausrichtung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten des BMBF.

Zur Position: „Wir wollen mit der Wasserstoffstrategie Wasserstofftechnologien als Kernelemente der Energiewende etablieren, um mit Hilfe erneuerbarer Energien Produktionsprozesse zu dekarbonisieren. Deutsche Unternehmen sollen ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken, indem Forschung und Entwicklung gefördert und der Technologieexport rund um innovative Wasserstofftechnologien forciert wird. Wir wollen die zukünftige nationale Versorgung mit CO₂-freiem Wasserstoff und dessen Folgeprodukte sichern und gestalten. Für die zahlreichen einzelnen Maßnahmen stellt der Bund über 10 Milliarden Euro zur Verfügung.“ (02.07.2020, [Link](#))

„Unter dem Pariser Klimaabkommen haben wir uns dazu verpflichtet, unsere CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2050 drastisch zu reduzieren. Wasserstoff ist derjenige Stoff, mit dem wir diese klimapolitischen Ziele auch tatsächlich erreichen können.“ (14.04.2021, [Link](#))

Name	Katzmarek, Gabriele
Partei	SPD (Landesliste Baden-Württemberg, Platz 11)
Funktion	Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Wahlkreis	Rastatt
Kontakt	gabriele.katzmarek@bundestag.de , 030 227 75110 sowie 07222 9333444



Zur Person: Die gelernte Chemielaborantin war viele Jahre hauptamtliche Gewerkschaftssekretärin der IG Bergbau. Sie ist seit 2013 Abgeordnete im Deutschen Bundestag und seit 2019 Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion. Gabriele Katzmarek bedient auch die Querschnittsthemen der Wirtschaftspolitik. Sie äußert sich zu Arbeits-, Gesundheits- und Klimathemen gleichermaßen und schlägt zugleich eine Brücke für die ökologisch-soziale Marktwirtschaft.

Zur Position: „Der Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, ob Kommune, Land oder Bund, alle müssen gemeinsam an einem Strang ziehen und ihren bestmöglichen Beitrag leisten.“ (05.03.2021, [Link](#))

„Wenn wir über nachhaltiges Wachstum reden, reicht es also nicht aus, allein über Energiepolitik oder die Transformation in der Automobilindustrie zu reden. Was ich vermisse, Herr Altmaier, ist eine intensive Beschäftigung mit weiteren Branchen [...]“ (17.09.2020, [Link](#))

„Mit den Investitionen zum Klimapakete gehen wir einen guten Schritt in die richtige Richtung. Neben der Klimapolitik müssen wir weitere Fragen beantworten und unser Handeln danach ausrichten. Wie sieht die Arbeitswelt der Zukunft aus? Können diejenigen, die jetzt in Arbeit sind, bei den anstehenden Veränderungen noch mitgehen? Gibt es in der Zukunft noch genug Arbeitsplätze? Und können die Menschen davon leben? Ich bin fest davon überzeugt, dass uns die Arbeit nicht ausgeht, wie einige Studien behaupten. [...] Investitionen in Zukunftsthemen sind von zentraler Bedeutung. Wir müssen dort fördern, wo wir stark sind.“ (26.11.2019, [Link](#))

Name	Kühn, Christian
Partei	Bündnis 90/Die Grünen (Landesliste Baden-Württemberg, Platz 6)
Funktion	Sprecher für Bau- und Wohnungspolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Landesgruppensprecher der Grünen Baden-Württemberg im Bundestag
Wahlkreis	Tübingen
Kontakt	christian.kuehn@bundestag.de , 030 22773097 sowie 07071 9997958



Zur Person: Chris Kühn studierte Politikwissenschaft und Soziologie in Tübingen und war von 2009 bis 2013 Landesvorsitzender der Grünen in Baden-Württemberg. Seit 2013 ist er Mitglied des Bundestags und Sprecher für Bau- und Wohnungspolitik der grünen Bundestagsfraktion.

Zur Position: „Bei der Windkraft tun Sie nichts anderes, als die Büchse der Pandora zu öffnen. 1 000 Meter Abstand zur Wohnbebauung mit einer Länderöffnungsklausel. Was Sie einführen, sind nichts anderes als Sperrzonen für Windräder in Deutschland. Das ist ein Flickenteppich an Regelungen, und das ist eben keine Investitionssicherheit für diese Branche in Deutschland, die wir dringend für den Ausbau der Windkraft bräuchten. Wir brauchen den Ausbau der Windkraft deswegen, weil wir eine urbane Energiewende brauchen. Mehr E-Autos oder die Umsetzung der Wasserstoffstrategie, das wird nur funktionieren, wenn wir den Windkraftausbau hinbekommen.“ (18.06.2020, [Link](#))

Name	Özdemir, Cem
Partei	Bündnis 90/Die Grünen (Landesliste Baden-Württemberg, Platz 2)
Funktion	Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur
Wahlkreis	Stuttgart I
Kontakt	cem.oezdemir@bundestag.de , 03



Zur Person: Der gelernte Sozialpädagoge Özdemir gilt als Kandidat für das Amt des Verkehrsministers im Rahmen einer möglichen schwarz-grünen Koalition.

Zur Position: „Um die Klimaziele zu erreichen, brauchen wir bis 2030 mindestens 15 Millionen E-Autos auf der Straße. Gleichzeitig gehen über 50 Prozent des Exports von deutschen Autos in Absatzmärkte, die den Ausstieg aus dem fossilen Verbrenner beschlossen oder zumindest geplant haben. Der Umstieg auf E-Autos ist also Klima- und Standortfrage zugleich.“ (04.06.2021 [Link](#))

„Synthetische Kraftstoffe, von denen die FDP und Teile der Union träumen, sind bisher nur in Reagenzglas Mengen vorhanden und nach wie vor viel zu teuer.“ Um 4,50 Euro pro Liter, vor Steuern, könne sich nur ein sehr kleiner Teil der Gesellschaft leisten. Daher wünscht sich Özdemir endlich ein klares politisches Signal zugunsten des Batterie-Antriebs – bei gleichzeitigem Kohleausstieg und einem massiven Ausbau der Ladeinfrastruktur.“ (10.03.2021, [Link](#))

„Wollen wir im Verkehr etwas ändern, kommt der Schiene als besonders energieeffizientem und umweltfreundlichem Verkehrsträger hierbei eine zentrale Rolle zu. [...] Während der Schienenverkehr Strom- und Ökosteuern zahlen muss, zahlen Fluggesellschaften in Deutschland keinen einzigen Cent Energiesteuern auf Kerosin. Wer faire Wettbewerbsbedingungen will, der muss die Subventionierung von Treibstoffen im europäischen Luftverkehr sowie von Regionalflughäfen schnellstmöglich beenden. Die Kosten für Klima und Umwelt gehören eingerechnet.“ (02.05.2019, [Link](#))

Name	Schwarzlühr-Sutter, Rita
Partei	SPD (Landesliste Baden-Württemberg, Platz 3)
Funktion	Stellv. Landesvorsitzende der SPD Baden-Württemberg, parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Wahlkreis	Waldshut
Kontakt	rita.schwarzluehr-sutter@bundestag.de , 030 227 73071



Zur Person: Rita Schwarzlühr-Sutter ist Mitglied beim Verein KLAR - Kein Leben mit atomaren Risiken und gibt selbst über sich Auskunft, als Teil der Anti-Atombewegung zur Politik gefunden zu haben. Darüber hinaus engagiert sie sich nach eigener Auskunft bei EUROSOLAR - Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien e.V.

Zur Position: „Die SPD bekennt sich ausdrücklich zum 1,5-Grad Ziel. Wir wollen deshalb einen Zukunftsfonds für die Dekarbonisierung unserer Industrie schaffen, der Arbeitsplätze sichert und neue schafft. Außerdem werden wir in den Verwaltungen CO₂-Schattenpreise einführen, damit ökologische Folgekosten schon heute berücksichtigt werden. Das Land soll wie der Bund ein wirksames Klimaschutzgesetz mit einem funktionierenden Kontrollsystem,

das die Landesregierung auf die Klimaziele verpflichtet und automatische Mechanismen bei Nichteinhaltung etabliert, bekommen." (04.03.2021, [Link](#))

„Gerade wir in Baden-Württemberg haben alle Voraussetzungen, um den Klimaschutz und die Energiewende voranzubringen, den Strukturwandel insbesondere in der Automobilindustrie und in unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft sozialverträglich zu gestalten und unsere hervorragend ausgebildeten Mitarbeiter bei der Digitalisierung mitzunehmen.“ (17.11.2020, [Link](#))

Name	Skudelny, Judith
Partei	FDP (Landesliste Baden-Württemberg, Platz 2)
Funktion	Generalsekretärin der FDP Baden-Württemberg
Wahlkreis	Stuttgart I
Kontakt	judith.skudelny@bundestag.de , 030 227 79535 sowie 0711 51 874 092



Zur Person: Judith Skudelny, Mitglied des Bundestags (2009-2013, seit 2017), ist eine aus Stuttgart stammende Rechtsanwältin mit Spezialisierung auf Insolvenz- und Sanierungsrecht. Seit 2015 ist sie Generalsekretärin der FDP Baden-Württemberg. In der FDP-Bundestagsfraktion fungiert sie als umweltpolitische Sprecherin.

Zur Position: Zuletzt war Judith Skudelny medial vertreten, indem sie die häufige Berichterstattung zum Thema Klimawandel kritisierte, solcher Aktivismus bringe nichts, kommentiert sie auf bild.de. „Alarmismus hilft niemandem weiter, Hysterie ist auch beim Klimaschutz kein guter Ratgeber.“ (18.06.2021, [Link](#))

Im Juni hatte Skudelny zusammen mit weiteren Parteikollegen einen Antrag im Deutschen Bundestag eingereicht, der die Bundesregierung dazu auffordern soll, die Anrechenbarkeit von synthetischen Kraftstoffen auf das Erneuerbare-Energien-Ziel gemäß der Erneuerbare-Energien-Richtlinie voranzutreiben. (11.06.2021, [Link](#))

„Ich glaube nicht, dass irgendein Politiker oder Wissenschaftler genau sagen kann, was die Auswirkungen des Klimawandels sein werden. Zu unterschiedlich sind die Szenarien. Allerdings sind sich (fast) alle Parteien einig, dass wir gar nicht erst herausfinden wollen, was passiert, sondern bereits vorher reagieren müssen. Manche Szenarien mag ich mir gar nicht ausmalen. Daher ist es vornehmste Aufgabe der Bundesregierung, die Klimapolitik rational und auf das eigentliche Ziel fokussiert zu gestalten: die CO₂-Emissionen zu senken. Leider wird dieses wichtige Thema politisch immer wieder missbraucht – aktuell von der SPD, die versucht, sich gegen die Union zu profilieren. Aber auch ganz generell, wenn unter dem Deckmantel des Klimaschutzes die Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft vorangetrieben wird. Der Versuch, den Klimawandel durch De-Industrialisierung und Verzicht auf Wohlstand und Wachstum aufzuhalten, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Denn selbst wenn die Menschen bei uns in Deutschland dazu bereit wären, ihr Leben radikal einzuschränken, würde uns der Rest der Welt auf diesem Weg ganz sicher nicht folgen. Deshalb müssen wir zeigen, wie Klimaschutz ökonomisch sinnvoll möglich ist.“ (06.03.2019, [Link](#))

Name	Theurer, Michael
Partei	FDP (Landesliste Bayern, Platz 4)
Funktion	Vorsitzender des FDP-Landesverbandes Baden-Württemberg, Mitglied im FDP-Präsidium, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Wahlkreis	Karlsruhe-Stadt
Kontakt	michael.theurer@bundestag.de , 030 227 79413



Zur Person: Seit 2013 ist Michael Theurer Vorsitzender des FDP-Landesverbands Baden-Württemberg sowie Mitglied im FDP-Präsidium. In der FDP-Bundestagsfraktion ist der Diplom-Volkswirt stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Er ist zuständig für die Themenbereiche Wirtschaft, Arbeit und Soziales, Energie und Gesundheit.

Zur Position: „Die Bundesregierung hat mit dem Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vor allem eine Quittung für handwerklich schlechte Klimapolitik bekommen, der vor allem die langfristige und internationale Ausrichtung fehlt. [...] Das ist der krasse Gegenentwurf zur Klimapolitik der Grünen, die auf tief in Grundrechte eingreifende Symbole wie etwa die enteignungsgleiche, gezielte Abschaltung von Kohlekraftwerken, eine nach politischem Gutdünken willkürlich festgelegte CO₂-Steuer und nationale Alleingänge setzt. Vielmehr ist dieser wesentliche Aspekt des Urteils eine ganz eindeutige Bestätigung von Konzepten und Vorschlägen, die die FDP seit Jahren macht. Der wichtigste: die Ausweitung des Europäischen Emissionshandels, mit dem sich ein verbindlicher Reduktionspfad für den Ausstoß von Treibhausgasen zielgenau festsetzen lässt, der dann zu den geringstmöglichen Kosten erreicht wird – nicht nur in Modellen und auf dem Papier, sondern in der Realität.“ ([Link](#), 04.05.2021)

„Die Bundesregierung verhindert nur mit einem massiven Zuschuss aus dem Bundeshaushalt eine Kostenexplosion bei der EEG-Umlage.“ ([Link](#), 15.10.2020)

„Das erste Element des Periodensystems ist vielseitig einsetzbar. Seine Qualitäten könnten es zum Schlüssel einer funktionierenden Energiewende machen: Sowohl das Transportproblem erneuerbarer Energien aus Nordafrika und dem arabischen Raum, das Speicherproblem in Deutschland hergestellter erneuerbarer Energien als auch das Problem einer klimaschonenden Mobilität könnte damit gelöst werden. [...] Deutschland kommt aktuell weder beim Ausbau der Netze noch beim Ausbau der Speicher hinterher. [...] Wenn wir hier wirklich etwas bewegen wollen, sollten wir das Thema auf europäischer Ebene regeln.“ ([Link](#), 17.02.2020)

BAYERN

Name	Badum, Lisa
Partei	Bündnis 90/Die Grünen (Landesliste Bayern, Platz 9)
Funktion	Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Wahlkreis
Kontakt

Wahlkreis Bamberg
lisa.badum@bundestag.de, 030 227 78008



Zur Person: Die studierte Politikwissenschaftlerin Badum ist seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestags und klimapolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Sie ist u.a. Mitglied bei Terre des femmes und dem Bund Naturschutz.

Zur Position: „Echte Klimapolitik und echte Veränderung brauchen breite Bündnisse, national wie international, und sie brauchen eine klare Strategie. Wenn ich noch kurz Al Gore zitieren darf, den alten Klimakämpfer aus den USA: Politischer Wille selbst ist eine erneuerbare Ressource. Geh raus und erneuere ihn! – Politik ist erneuerbar. Es geht anders; es geht besser. Und deswegen brauchen wir eine Regierungschefin, die Klimapolitik außen wie innen – zur Chefsache macht.“ (22.04.2021, [Link](#))

„Durch die 10-H-Regel in Bayern ist eine Energiewende kaum umsetzbar. [...] Bayern verlegt die Investitionen für neue Anlagen in andere Bundesländer und verhindert die Investition bei uns in Bayern.“ (03.11.2020, [Link](#))

Name	Durz, Hansjörg
Partei	CDU (Direktkandidat)
Funktion	Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Wahlkreis	Augsburg-Land
Kontakt	hansjoerg.durz@bundestag.de , 030 227 78505



Zur Person: Hansjörg Durz war in den Jahren 1996 bis 2008 als Stadtrat der Stadt Neusäß tätig sowie in den Jahren 2002 bis 2008 stellvertretender Bürgermeister der Stadt Neusäß. 2008 bis 2013 hatte er das Amt des 1. Bürgermeisters der Stadt Neusäß inne. Seit 2013 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages.

Zur Position: „Der Stromnetzausbau dient dazu, Windstrom aus dem Norden zu den Verbrauchszentren im Süden und Westen zu transportieren und somit die Stilllegung konventioneller Kraftwerke zu kompensieren. Allerdings – und das muss man ganz klar sagen – der Netzausbau hinkt massiv hinterher. Von den bisher geplanten 7 700 Kilometern Stromtrassen sind bislang nur rund 1 500 Kilometer fertiggebaut. Anhaltende Widerstände à la „not in my back-yard“, Hunderte Klagen und langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren mit mehrstufigen Anhörungen: All das lähmt den Netzausbau und gefährdet letztlich die Energieversorgung unseres Landes.“ (28.01.2021, [Link](#))

Name	Ernst, Klaus
Partei	DIE LINKE (Spitzenkandidat Landesliste Bayern, Platz 1)
Funktion	stellv. Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Leiter des Arbeitskreises Wirtschaft, Arbeit und Finanzen
Wahlkreis	Schweinfurt
Kontakt	klaus.ernst@bundestag.de , 030 227 70367 sowie 09721 730 98 11



Zur Person: Klaus Ernst war langjähriger Gewerkschaftsfunktionär bei der IG Metall und 30 Jahre lang Mitglied der SPD. Er ist Gründungsmitglied der WASG (Vorläuferpartei Die Linke) und seit 2005 Mitglied des Bundestags.

Zur Position: „Ich halte es für ein riesiges Problem, dass vor allem das Bundeswirtschaftsministerium die erneuerbaren Energien seit Jahren ausbremst. Zuletzt wurde die Abschaffung des Solardeckels absurd lange hinausgezögert, was die Branche in eine schwere Krise gestürzt hat. Der Ausbau der Windenergie an Land ist praktisch zum Erliegen gekommen. Auch die Biogasbranche fühlt sich weitgehend im Stich gelassen. Zudem fallen kommendes Jahr die ersten EE-Anlagen aus der Förderung. Für ihren Weiterbetrieb braucht es dringend praktikable Anschlusslösungen. Auf all diese Probleme brauchen wir Antworten, und das nicht erst seit gestern. [...] Die Herstellung und Verwendung grünen Wasserstoffs hat viel Potenzial für die deutsche Industrie und die Energiewende. Allerdings scheinen mir die anvisierten Mengen zu gering. Vor allem müssten mit größerem Nachdruck Energiepartnerschaften mit den Ländern angestrebt werden, die uns heute schon mit Energie beliefern.“ (28.9.2020, [Link](#))

„Wenn wir Export und Import paaren würden, zum Beispiel mit dem Import von grüner Energie, etwa von Grünem Wasserstoff, der dort produziert wird, wo mehr Sonne scheint, und mehr Wind weht, dann hätten wir auch die Möglichkeit, ausgeglichene Handelsbilanzen zu erreichen, obwohl wir in Sachen Umwelt weiterhin eine Exportnation sein würden.“ (17.9.2020, [Link](#))

Name	Hofreiter, Anton
Partei	Bündnis 90/Die Grünen (Landesliste Bayern, Platz 2)
Funktion	Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, stellv. Mitglied im Vermittlungsausschuss
Wahlkreis	München-Land
Kontakt	anton.hofreiter@bundestag.de , 030 227 74515



Zur Person: Hofreiter sitzt seit 2005 im Bundestag und ist seit Oktober 2013 Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Nach Medienberichten werden die Chancen Hofreiters, in einer möglichen schwarz-grünen Regierung einen Ministerposten besetzen zu können, zwar als gering eingeschätzt, in seiner Funktion des Fraktionsvorsitzenden dürfte er aber wesentlich an der Ausarbeitung von Regierungsinhalten mitwirken.

Zur Position: Beim jüngsten Grünen-Parteitag bekannte sich Hofreiter zum Ziel seiner Partei, „in 20 Jahren klimaneutral werden“ zu wollen – und damit vier bis fünf Jahre früher, als es die Bundesregierung vorhat. Das sei eine enorme Herausforderung, weil das Land beim Klimaschutz „wahnsinnig viel Zeit verloren“ habe, betonte der Fraktionschef. Hofreiter erklärte, dass seine Partei den Menschen mit einem sogenannten Energiegeld die Kosten für den CO₂-Preis zurückgeben wolle. Außerdem solle es Klimazuschüsse geben, damit sich die Menschen ein sauberes Auto leisten könnten und eine Entlastung von Mietern beim CO₂-Preis. (22.06.2021, [Link](#))

„Die Bundesregierung hat immer noch nicht begriffen, wie tief die Klimakrise ist und dass schnelles Handeln notwendig ist. Man denke nur an den Umgang mit dem Bereich Mobilität. Wir brauchen sowohl für die Rettung unserer Autoindustrie als auch aus Klimaschutzgründen

eine zügige Entscheidung, dass Elektromobilität die Zukunft in diesem Sektor ist. Dazu braucht es einen schnellen Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur und nicht ein verdruckstes Rumhantieren mit der Kraftstoffstrategie. Die Klimakrise ist so tief, dass wir alle Technologien brauchen, aber jede Technologie dort, wo sie am erfolgreichsten und effizientesten ist. Wir brauchen synthetische Kraftstoffe – aber für Flugzeuge. Und wenn die Umweltministerin sich dafür feiern lässt, dass sie in neun Jahren gerade mal zwei Prozent Kraftstoff aus Ökostrom für Flugzeuge als Erfolg darstellt, hat man den Eindruck, die Umweltministerin hat nicht begriffen, was die Stunde geschlagen hat.“ (03.02.2021, [Link](#))

Name	Kießling, Michael
Partei	CSU (Direktkandidat)
Funktion	Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, seit 2014 Mitglied des Landesvorstandes der KPV (Kommunalpolitische Vereinigung der CSU), seit 2014 Kreisrat und Mitglied im Kreisausschuss, seit 2019 Vorsitzender des CSU-Kreisverbandes Landsberg am Lech
Wahlkreis	Starnberg – Landsberg am Lech
Kontakt	michael.kiessling@bundestag.de , 030 227 75210



Zur Person: Der Diplom-Bauingenieur Kießling stammt gebürtig aus Rüti in der Schweiz. Zu Beginn der 1990er Jahre absolvierte er eine Ausbildung zum Krankenpflegehelfer und Reserveoffizier, Gebirgssanitätsbataillon, heute Major d.R, und schloss kurze Zeit später ein Studium des Bauingenieurwesen an. In den Jahren 2014 bis 2017 war er Erster Bürgermeister der Gemeinde Denklingen. Seit 2017 ist er Mitglied im Deutschen Bundestag.

Zur Position: „Sollte sich der Netzausbau noch weiter verzögern, müssen wir zur Beschleunigung auch im Stromleitungsbau auf Maßnahmengesetze zurückgreifen. Und deshalb fordern wir in unserem Entschließungsantrag die Bundesregierung auf, zu prüfen, ob Maßnahmengesetze ein geeignetes Mittel sind zur Beschleunigung des Netzausbaus. Damit würden Stromleitungen zügig per Gesetz anstatt durch langwierige behördliche Verwaltungsakte Baurecht erlangen. Zudem könnte ein Maßnahmengesetz nur durch das Bundesverfassungsgericht gekippt werden.“ (04.03.2021, [Link](#))

„Ein wesentlicher Baustein – das haben wir gehört – für die Energieeffizienz ist die Nutzung erneuerbarer Energien. Daher schaffen wir – das wurde auch schon erwähnt – den 52-Gigawatt-Solardeckel ab. Wir ermöglichen damit Investitionssicherheit und forcieren den Ausbau von erneuerbaren Energien.“ (18.06.2020, [Link](#))

Name	Dr. Köhler, Lukas
Partei	FDP (Landesliste Bayern, Platz 4)
Funktion	Generalsekretär FDP Bayern, Obmann Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Mitglied parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
Wahlkreis	München-West
Kontakt	lukas.koehler@bundestag.de , 030 227 79333



Zur Person: Lukas Köhler trat im Jahr 2011 der Freien Demokratischen Partei sowie den Jungen Liberalen bei. Seit 2014 ist er der Landesvorsitzende der JuLis Bayern und seit 2015 zählt er zu den Vorstandsmitgliedern der FDP Bayern. 2017 zog der promovierte Philosoph in den Bundestag ein und zwei Jahre später wurde er als Beisitzer des Bundesvorstands Teil der Parteileitung. Seit 2019 hat er die Funktion des Generalsekretärs der FDP Bayern inne.

Zur Position: „Regulierungen und Verbote bewirken so gut wie nichts, weil sie immer nur an einzelnen kleinen Punkten ansetzen, aber nie das große Ganze im Blick haben. Ganz am Anfang hatte das EEG sicher seine Berechtigung. Es ging darum, völlig neue Technologien in den Markt zu bringen, obwohl sie damals noch sehr teuer waren. Das kann manchmal sinnvoll sein, denn nur durch die breitangelegte Nutzung können Skaleneffekte entstehen, die zu drastisch sinkenden Preisen führen. Und das hat ja auch funktioniert. Aus dem Anschub-Instrument ist aber längst eine gigantische Dauersubvention geworden, in der sich zwischenzeitlich eine ganze Industrie bequem eingerichtet hat. Das verursacht Kosten von jährlich rund 25 Milliarden Euro – und zwar ohne dass dadurch nennenswert CO₂ eingespart wird. Denn für die Stromerzeugung und die Industrie gibt es bereits einen europaweiten Emissionshandel mit CO₂-Limit. Der CO₂-Preis führt dazu, dass Kohlestrom unwirtschaftlich und durch Erneuerbare ersetzt wird. Wenn durch das EEG zusätzlich CO₂ in Deutschland reduziert wird, werden die meisten Emissionsrechte anderswo genutzt. Für den Klimaschutz bringt das rein gar nichts. (28.03.2021, [Link](#))

Im Kern geht es um den Umstieg von günstiger fossiler zu günstiger nicht-fossiler Energie. Und das ist schon lange bekannt. Denn dass es zum Kohleausstieg kommen wird, steht ja im Grunde bereits seit dem Start des EU-Emissionshandels von 2005 fest. Und der Atomausstieg in seiner jetzigen Form wurde 2011 beschlossen. Zur Revolution der Stromerzeugung gehört aber zwingend die Revolution des Energiemarktes. Und da hält die politische mit der technologischen Entwicklung bislang leider nicht Schritt. [...] Wenn ich dann noch sehe, dass einige Akteure nun auch noch lieber heute als morgen alle Gaskraftwerke abschalten wollen, wird mit Angst und Bange. Denn Gas wird der Schlüssel für den Übergang sein, damit die Energiewende mit einer sicheren und bezahlbaren Stromversorgung möglich ist.“ (28.03.2021, [Link](#))

Name	Janecek, Dieter
Partei	Bündnis 90/Die Grünen (Landesliste Bayern, Platz 4)
Funktion	wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Schriftführer im Präsidium des Bundestages
Wahlkreis	München-West/Mitte
Kontakt	dieter.janecek@bundestag.de , 030 227 73140 sowie 089 1800 6080



Zur Person: Dieter Janecek war von 2008 bis 2014 Landesvorsitzender der Grünen in Bayern und ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestags. Er ist Sprecher für digitale Wirtschaft & Industriepolitik und Mitglied des Bund Naturschutz.

Zur Position: „Solarzellen, Windräder, das ist keine Rocket Science mehr, sondern das ist die Basistechnologie für die Zukunftsfähigkeit der Industrie in Deutschland; denn Strom aus Erneuerbaren ist die Voraussetzung für die Dekarbonisierung der Industrie. [...] Aber die

Industrie braucht nicht nur grünen Strom, sondern sie braucht auch Grünen Wasserstoff. Eine Dekarbonisierung bei der Luftfahrt, beim Stahl, in der Chemie, beim Schiffsverkehr, im Schwerlastverkehr werden wir ohne Grünen Wasserstoff nicht hinbekommen. Deswegen schlagen wir in unserem Antrag vor, dass wir das Ziel von 5 Gigawatt Elektrolyseleistung für Wasserstoff bis 2030 verdoppeln. Wir brauchen bessere Anstrengungen.“ (05.03.2021, [Link](#))

Name Dr. Lenz, Andreas

Partei CSU (Direktkandidat)

Funktion Seit 2008 Kreisrat im Kreistag des Landkreises Ebersberg, Mitglied im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Wahlkreis Erding – Ebersberg

Kontakt Andreas.lenz@bundestag.de, 030 22772244



Zur Person: Dr. Lenz hat eine Ausbildung zum Bankkaufmann sowie eine berufsbegleitende Weiterbildung zum Bankfachwirt absolviert. Anschließend studierte er Betriebswirtschaftslehre an der Hochschule Rosenheim und promovierte an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Zur Position: „Wir stehen bei annähernd 50 Prozent Erneuerbarer im Strombereich, und das ist immens. Das ist eine große Leistung; es ist aber auch eine große Herausforderung. Wir haben viele Menschen in unserem Land vom Stromkonsumenten zum Stromproduzenten gemacht. Diesen Weg wollen wir begleiten und auch forcieren. Ebenso werden wir allen Unkenrufen zum Trotz die Klimaschutzziele 2020 erreichen, und zwar nicht nur wegen Corona und den dadurch bedingten Rückgängen beim CO₂-Ausstoß.“ (30.10.2020, [Link](#))

„Zum Entwurf der EEG-Novelle 2021: Natürlich wollen wir, dass die ausfinanzierten Anlagen nach 20 Jahren dazu beitragen, das System insgesamt günstiger zu machen. Dazu müssen diese Anlagen zunächst einmal am Netz bleiben können, und dafür werden wir uns einsetzen. Wir wollen die Photovoltaik generell mit weniger Bürokratie belasten. Uns schwebt ein One-Stop-Shop vor, also nur eine Anlaufstelle, wenn jemand eine Photovoltaikanlage aufs Dach platziert. Und wir wollen die Photovoltaik in der Tat lieber auf dem Dach als auf dem Feld. [...] Wir wollen die grundlastfähigen erneuerbaren Energien stärken. Dazu zählt in erster Linie die Biomasse. Die Biomasse stellt momentan circa 45 Terrawattstunden für die Energie-, für die Stromversorgung bereit. Das sind fast 10 Prozent des Strombedarfs, und zwar erneuerbar und steuerbar. Diesen Vorteil möchten wir nutzen im Sinne von mehr Flexibilisierung dieser Anlagen. Wir wollen, dass die Anlagen, die jetzt am Markt sind, auch zukünftig wettbewerbsfähig am Markt bestehen können. Wir wollen eine Stärkung auch beispielsweise bei der Wasserkraft, ebenso in anderen Bereichen wie der Geothermie, die sehr innovativ ist. Hier wollen wir eine Aussetzung der Degression, aber wir wollen auch die kleinen Anlagen, insbesondere bei der Wasserkraft, zusätzlich fördern. Zudem wollen wir, dass Wasserstoff, vor allem Grüner Wasserstoff – Power-to-X insgesamt –, eine Erfolgsgeschichte wird. Deshalb müssen wir bei den Abgaben und Umlagen ansetzen. Schließlich wollen wir, dass Speicher zu einem normalen, integrativ genutzten Bestandteil der Energiewende werden. Auch hier müssen wir nachjustieren, wie es im Klimaschutzpaket bereits beschlossen wurde.“ (30.10.2020, [Link](#))

Name	Loos, Bernhard
Partei	CSU (Direktkandidat)
Funktion	Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Berichterstatter zum Thema Energieeffizienz und Rohstofffragen
Wahlkreis	München-Nord
Kontakt	bernhard.loos@bundestag.de , 030 227 77305



Zur Person: Der Unternehmer im Bildungsbereich, Bernhard Loos, wurde im Allgäu geboren und sitzt seit 2017 im Deutschen Bundestag. Als seine beruflichen Schwerpunktfelder benennt er Wirtschaft und Bildung. 1990 gründete er die gemeinnützige GBS Fachschule für Technik und Wirtschaft in Leipzig, die er ab 1993 leitete und ausbaute. Er ist bereits seit 1982 Mitglied der CSU München.

Zur Position: „Die Möglichkeiten der Geothermie-Technologie sind gewaltig. Denn die Erdwärme kann nicht nur zum Heizen und Kühlen, sondern auch zum Erzeugen von Strom genutzt werden.“ Aufgrund des Potentials setzt er sich schon seit Jahren für die Förderung solcher Anlagen ein: „Betrachtet man das Volumen der für uns zugänglichen Energie in der Erdkruste, könnte man theoretisch den weltweiten Bedarf für die nächsten 100.000 Jahre decken. Und das noch klimafreundlich, wetter-, tages- und jahreszeitlich unabhängig.“ Gerade für die Einhaltung der Klimaziele der Bundesregierung mit dem Ziel der 80-95%igen Reduktion der Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2050 kann die Geothermie ein zentraler Faktor sein.“ (05.08.2020, [Link](#))

„Es wird dem globalen Klima wenig helfen, wenn Deutschland beim Klimaschutz allein Sonderwege geht, dabei aber Gefahr läuft die Grundlagen seiner Industriebasis zu beschädigen. Kein anderer Staat der Welt würde solche Lösungen als Blaupausen übernehmen, die der eigenen Wirtschaft massive Schäden zufügen, egal wie umweltfreundlich diese auch sind. Das heißt natürlich nicht, dass Deutschland, weil es alleine wenig bewirken kann, nichts gegen den Klimawandel unternehmen sollte. Wir müssen vielmehr smarte technologische innovative Lösungen finden, die auch für andere Länder attraktiv sind.“ (26.02.2020, [Link](#))

Name	Schäfer, Jamila
Partei	Bündnis 90/Die Grünen (Landesliste Bayern, Platz 7)
Funktion	stellv. Bundesvorsitzende, Europäische und Internationale Koordinatorin
Wahlkreis	München-Stadt
Kontakt	buero.schaefer@gruene.de , 030 28442 151



Zur Person: Im Februar 2018 wurde Jamila Schäfer als jüngstes Mitglied in den Bundesvorstand ihrer Partei gewählt. Sie ist vor allem für europäische und internationale Politik zuständig, kommentiert das Thema Energiewende aber seit vielen Jahren, zunächst als Sprecherin der Grünen Jugend München, mittlerweile jedoch auch in ihrer Rolle als stellv. Bundesvorsitzende. Hier setzt sie ihre Schwerpunkte auf die Globale Gerechtigkeit von Klimaschutz und auf die Europäische Verantwortung.

Zur Position: „Mit der Energiewende zum Beispiel gehen Arbeitsplätze in der fossilen Energieversorgung verloren. Deshalb werden die negativen Effekte auch durch

Investitionsprogramme abgedeckt, sodass der Ausstieg aus der fossilen Energie nicht zu finanziellen Lasten von Arbeitnehmern umgesetzt wird. Andererseits entstehen durch die Energiewende neue, zukunftsfeste Arbeitsplätze. Auch in Zukunft brauchen wir Strom. Dazu müssen zum Beispiel die Solar- und Windkraftanlagen erst mal gebaut und dann auch gewartet werden." (20.03.2020, [Link](#))

„Wir sind ja zum Glück keine Expertokratie. Jede und jeder kann und soll sich einbringen. Und das ist auch gut so. Wer sich mit den Fakten des Klimawandels beschäftigt hat und in Sorge ist vor der akuten Klimakrise, wird nicht still bleiben. Die Experten sagen im Übrigen nichts anderes als die Jugendlichen auf der Straße. Der IPCC-Bericht des Weltklimarats ist eindeutig: Wir müssen die Emissionen in den nächsten zehn Jahren drastisch reduzieren, um den Klimawandel kontrollierbar zu halten. Und genau das kriegt die Politik aktuell nicht hin, während jenen, die das einfordern, die Kompetenz abgesprochen wird. Das ist doch verrückt!“ (09.07.2019, [Link](#))

Name	Schrodi, Michael
Partei	SPD (Landesliste Bayern, Platz 13)
Funktion	Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und digitale Sicherheit, Mitglied im Wirtschaftspolitischen Beirat der SPD, Sprecher der SPD Denkfabrik, Landesgruppensprecher für Umweltpolitik, Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Landesgruppe Bayern
Wahlkreis	Fürstfeldbruck
Kontakt	michael.schrodi@bundestag.de , 030 227 77542 sowie 08142 5010 589



Zur Person: Der ehemalige Gymnasiallehrer Michael Schrodi ist seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestags.

Zur Position: „Ich will eine Solarpflicht für alle öffentlichen Gebäude. Ich will, dass die überschüssige Energie unserer Müllverbrennungsanlagen in klimaneutrale Energie umgewandelt werden kann und ich will, dass die notwendige Windenergie auch hier produziert wird. Neben der bayerischen 10H-Abstandsregelung verhindern auch zu niedrige Flughöhen für den militärischen und zivilen Flugverkehr den Ausbau der Windkraft in unserer Region. Die CDU-geführten Wirtschafts- und Verteidigungsministerien stehen beim Klimaschutz leider wieder auf der Bremse.“ ([Link](#))

„Das größte Problem [in Bayern] ist und bleibt dabei die 10-H-Abstandsregelung, weil durch sie nur noch 0,05 Prozent der sonst nutzbaren Flächen für Windenergieprojekte in Frage kommen. Solange die bayerische Landesregierung daran festhält, bremst sie die Energiewende in unserem Land massiv aus.“ Ein zweites großes Problem [...] stellen die Flughöhen in der militärischen und zivilen Luftfahrt dar. „Die Wiederanhebung der Mindestflughöhen würde allein in Oberbayern 18 Standorte für leistungsstarke Windenergieanlagen eröffnen. [...] [Doch die verantwortlichen Ministerien] sind nicht bereit, sich mit dieser Frage eingehend auseinanderzusetzen und eine Lösung für das Problem zu finden. Gut die Hälfte der möglichen aus Windkraft zu gewinnenden Energie wird damit verhindert.“ (15.06.21, [Link](#))

Name	Stracke, Stephan
Partei	CSU (Direktkandidat)
Funktion	Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, stellv. Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, stellv. Mitglied im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen.
Wahlkreis	Ostallgäu
Kontakt	Stephan.stracke@bundestag.de , 030 227 72451



Zur Person: Stephan Stracke ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestags. Der gelernte Jurist war von 2002 bis 2005 als Rechtsanwalt tätig, bevor er 2006 in den staatlichen Dienst wechselte, unter anderem in der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern. Zudem ist er seit 2002 Stadtrat in Kaufbeuren. Als stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion äußert er sich auch mehrfach zum Thema Klimapolitik.

Zur Position: „Die Koalition steckt den Kurs in Richtung Klimaneutralität 2045 ab. Der Weg für das neue Klimaschutzgesetz ist frei. Deutschland setzt sich überaus ambitionierte Klimaziele. Diese sind fortlaufend mit den europäischen Klimaschutzinstrumenten abzugleichen und wenn erforderlich darauf anzupassen. [...] Ein großer Erfolg ist die Neuregelung für das Repowering von Windkraftanlagen. Beim Ersetzen alter Windkraftanlagen ist künftig im Genehmigungsverfahren maßgeblich, ob durch die neue Anlage zusätzliche Belastungen entstehen. Bislang wurde die Vorbelastung durch die bereits bestehende Windenergieanlage nicht berücksichtigt und viele Projekte wurden dadurch unnötig verhindert. Wir bringen so das Ziel einer erfolgreichen Energiewende für mehr Klimaschutz sowie den Lärm- und den Artenschutz zu einem pragmatischen Ausgleich. Uns ist wichtig, dass bereits vorhandene Windstandorte mit modernster Anlagentechnik genutzt werden können, denn auf diese Weise kann deutlich mehr Strom auf gleicher Fläche erzeugt werden.“ (21.06.2021, [Link](#))

Name	Träger, Carsten
Partei	SPD (Landesliste Bayern, Platz 3)
Funktion	Umweltpolitischer Sprecher SPD-Bundestagsfraktion, Obmann im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und digitale Sicherheit, Mitglied im Landwirtschaftsausschuss, Vorsitzender SPD Mittelfranken
Wahlkreis	Fürth
Kontakt	carsten.traeger@bundestag.de , 030 227 77801



Zur Person: Der studierte Politik- und Medienwissenschaftler war lange als Werbeberater tätig und über 10 Jahre Stadtrat und stellv. Fraktionsvorsitzender der SPD in Fürth. Seit 2013 ist er Mitglied im Bundestag und konzentriert sich seit 2018 als Umweltpolitischer Sprecher seiner Fraktion auf die Themen Klima, Ernährung und Landwirtschaft sowie Nukleare Sicherheit.

Zur Position: „Die SPD hat den Plan dafür: In einem Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern, Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden wollen wir verbindliche Ausbauziele für erneuerbare Energien wie Sonne, Wind und Geothermie vereinbaren; die 10-H-Regel in Bayern, die den Windkraftausbau zum Erliegen gebracht hat, abschaffen.“ (12.05.2021, [Link](#))

„Der Flaschenhals [beim Ausbau der Erneuerbaren] sind die Flächen. [...] Regelungen wie die 10H-Regel in Bayern sind natürlich absolut kontraproduktiv für unsere Ziele und müssen weg.“ (24.02.2021, [Link](#))

Name	Dr. Weisgerber, Anja
Partei	CSU (Landesliste Bayern, Platz 8)
Funktion	Obfrau im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Beauftragte für Klimaschutz der CDU/CSU-Fraktion, stellvertretende Vorsitzende der CSU im Bundestag, Sprecherin für Umwelt- und Klimapolitik der CSU im Bundestag
Wahlkreis	Schweinfurt-Kitzingen
Kontakt	anja.weisgerber@bundestag.de , 030 227 79344



Zur Person: Die gebürtige Schweinfurterin ist 1997 der CSU beigetreten. Dr. Weisgerber war in den Jahren 2004 bis 2013 Mitglied des Europäischen Parlaments, wo sie als Sprecherin für Umwelt, Gesundheit, Verbraucherschutz und Sport der CSU-Europagruppe fungierte. Die Rechtsanwältin ist seit 2013 Mitglied im Deutschen Bundestag. Hier ist sie seit 2019 stellv. Vorsitzende der CSU sowie Sprecherin für Umwelt- und Klimapolitik der CSU. Die ehemalige Leistungssportlerin war mehrfache Bayerische Meisterin im Tennis.

Zur Position: „Klimaschutz funktioniert nur mit Akzeptanz in der Bevölkerung. Deshalb wollen wir die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen bei unserer Klimapolitik mitnehmen. Mit dem Klimaschutzprogramm 2030 und dem Konjunkturprogramm investieren wir bereits rund 80 Mrd. Euro und unterstützen die Menschen zum Beispiel beim Heizungsaustausch oder beim Umstieg auf klimafreundliche Mobilität.“ (24.06.2021, [Link](#))

„In Zukunft wird es vor allem darum gehen, wie wir die Industrie klimafreundlicher gestalten, wie wir heizen und uns fortbewegen. Deshalb soll es einen Investitionspakt mit der Industrie für ‚klimafreundliche Produktion in Deutschland‘ geben. Im Gebäudesektor wollen wir eine stärkere Einbindung von erneuerbaren Energien und eine weitere Sanierungsoffensive mit der Fortführung der attraktiven Fördermaßnahmen. Im Verkehrsbereich ist eine konzertierte Aktion klimafreundliche Mobilität geplant. Dafür brauchen wir Zukunftstechnologien – beispielsweise die Wasserstofftechnologie für eine umwelt- und klimaschonende Energiegewinnung. Klimaneutralität geht nur mit CO₂-Senken wie Wäldern und Mooren. Deshalb müssen diese Ökosystemleistungen honoriert werden.“ (12.05.2021, [Link](#))

BERLIN / BRANDENBURG

Name	Baerbock, Annalena
Partei	Bündnis 90/Die Grünen (Spitzenkandidatin Landesliste Brandenburg, Platz 1)
Funktion	Klimapolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Sprecherin der Landesgruppe Ost der Bundestagsfraktion, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, stellv. Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Mitglied im Parlamentarischen Beirat des BEE
Wahlkreis	Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II

Kontakt

annalena.baerbock@gruene.de, 030 28442 114



Zur Person: Baerbock studierte Politikwissenschaft und öffentliches Recht und war von 2009 bis 2013 Landesvorsitzende der Grünen in Brandenburg. Seit 2013 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestags und war bis 2017 Sprecherin für Klimapolitik ihrer Bundestagsfraktion. Seit 2018 ist Sie zusammen mit Robert Habeck Parteivorsitzende und tritt zur Bundestagswahl 2021 als Kanzlerkandidatin an.

Zur Position: „Daher schlagen wir Ihnen hier vor, jetzt gemeinsam ein Klimaschutzsofortprogramm auf den Weg zu bringen, ein Klimaschutzgesetz mit einem Klimaziel, das sich an Paris orientiert: minus 70 Prozent bis 2030, eine deutliche Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien, den Abbau von umweltschädlichen Subventionen, den Kohleausstieg vorziehen, ab 2030 nur noch emissionsfreie Autos zulassen und vor allen Dingen ein Klimapakt zum Umbau unserer Industrie.“ (07.05.2021, [Link](#))

„Diese Bundesregierung – das muss man hier jetzt deutlich beim Namen nennen –, Union und SPD machen jetzt gerade wieder eine Novelle der EEGs, also der erneuerbaren Energien, wo sie so Absurditäten reinschreiben, dass man auf großen Dachanlagen – also Krankenhäusern, Industrieanlagen, Schulen, wo wirklich prädestiniert diese Dächer sind für große Solaranlagen, die im Preis ja massiv gefallen sind –, da wird jetzt gedeckelt und gesagt nee, aber ganz große und ganz viel dürfen wir nicht draufpacken. Wir hatten das bei den Ausschreibungen zu Windkraftanlagen, wo gesagt wurde, nee, nicht jeder kann bauen, sondern wir deckeln das. Ja, das ist fatal, aber das ist kein Zufall, sondern das ist bewusst so gewollt von dieser Bundesregierung, weil man eben den anderen fossilen Stromerzeugern immer noch auch einen Markt geben will. Deswegen sag ich auch so klar und deutlich, das wird der Markt nicht alleine regeln, oder eine Politik, die beides will, weiterhin Kohle, Öl und Gas und erneuerbare Energien, die wird nicht klimaneutral werden, sondern wir müssen komplett umstellen auf 100 Prozent Erneuerbare und dafür die Gesetze entsprechend ändern.“ (12.12.2020, [Link](#))

Name	Chialo, Joe
Partei	CDU (Direktkandidat)
Funktion	Bundestagskandidat und Gründungspate der KlimaUnion
Wahlkreis	Berlin – Spandau/Charlottenburg Nord
Kontakt	info@joe-chialo.de , 030 30875944



Zur Person: Der 51-jährige Musikmanager Chialo wurde 1970 als Sohn einer tansanischen Diplomatenfamilie in Bonn geboren. Im Herbst 2020 präsentierte ihn die CDU überraschend als Bundestagskandidat für den Wahlkreis Spandau/Charlottenburg Nord. Als politischer Newcomer bedient er vor der Wahl derzeit noch mehrere Themen, darunter Kulturpolitik, Soziales, aber auch Klimapolitik. Er zählt zu den Gründungspaten der KlimaUnion.

Zur Position: „Der Klimawandel etwa ist eine unserer aktuell größten politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Der Komplex hat aber nicht nur eine umweltbezogene, sondern auch eine soziale, technologische und wirtschaftliche Komponente. Wer erfolgreich Klimapolitik betreiben will, kann nicht gegen, sondern nur mit

den Menschen erfolgreich sein. Deshalb brauchen wir auch nicht nur eine, sondern ganz viele Antworten auf die Frage, wie wir zum Beispiel unseren CO₂-Ausstoß senken werden.

Umweltschutzaktivisten haben sich schon immer aus jungen Generationen rekrutiert. Und damit ist es ganz klar ein Pop-Thema. Das sieht man etwa beim Greentech-Festival, beim Green-Camping auf Musikfestivals bis hin zur Kompensation der CO₂-Emissionen in Unternehmen. Da wurde bereits eine Menge unternommen. Genauso klar ist aber auch: Das Einsparungspotenzial der Kultur- und Kreativwirtschaft ist im Vergleich zu anderen Branchen doch eher bescheiden. Wo wir hingegen einen großen Beitrag leisten können, das ist bei der Vorbildfunktion und bei der Aktivierung der Menschen. Und das findet ja auch immer vermehrter statt." (20.11.2020, [Link](#))

Name	Feiler, Uwe
Partei	CDU (Landesliste Brandenburg, Platz 2)
Funktion	Parlamentarischer Staatssekretär für Ernährung und Landwirtschaft
Wahlkreis	Oberhavel – Havelland II
Kontakt	sprichmit@uwe-feiler.de , 030 227 79210



Zur Person: Im Jahr 2005 trat der Diplom-Finanzwirt der CDU bei. Zwei Jahre später wurde er zum Mitglied des Vorstandes der CDU-Havelland. Seit 2013 ist Feiler Mitglied im Deutschen Bundestag und seit 2019 fungiert er als Parlamentarischer Staatssekretär für Ernährung und Landwirtschaft.

Zur Position: „Die Bundesregierung hat sich im Klimaschutzprogramm 2030 auf einen Zielkorridor für erneuerbare Energien verständigt, um deren Anteil von 65 Prozent am Stromverbrauch im Jahr 2030 zu erreichen. Der Ausbau der Erneuerbaren kann jedoch mittel- und langfristig nur erfolgreich sein, wenn das energiepolitische Zieldreieck – Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit – weiterhin eingehalten wird. Die Bioenergie wird in der Energiewende eine wichtige Rolle spielen, denn sie ist nachhaltig, dezentral und krisensicher. Das gut speicherbare Biogas eignet sich hervorragend, um schwankende Stromerzeugung aus Wind und Sonne auszugleichen. Daher sorgt die Biogasverstromung durch die permanente Verfügbarkeit für mehr Netzstabilität. Außerdem bietet sie den Landwirten ein wichtiges Zusatzeinkommen. [...]

Wasserstoff ist ein weiterer wichtiger Erfolgsfaktor für die Energiewende und einen erfolgreichen Klimaschutz, da es sich als Energieträger, Speichermedium und Verbindung der Sektoren Wärme, Mobilität, Strom und Industrie eignet. Mit der Nationalen Wasserstoffstrategie wurde daher eine zentrale Maßnahme des vom Koalitionsausschusses beschlossenen Zukunftspaketes umgesetzt. Beim Thema Energieinnovation steht die Union aber für Technologieoffenheit und Stärkung von Wettbewerb der Technologien. Die Politik muss die richtigen Rahmenbedingungen dafür liefern. [...] Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Um diese meistern zu können, ist eine gute Zusammenarbeit und Kooperation von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft notwendig. [...]“ (30.06.2021, [Link](#))

Name	Koeppen, Jens
Partei	CDU (Spitzenkandidat Landesliste Brandenburg, Platz 1)
Funktion	Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Wahlkreis	Uckermark-Barnim
Kontakt	jens.koeppen@bundestag.de , 030 227 70163 oder 03332 835483



Zur Person: Der ehemalige selbstständige Unternehmer im Bereich Antennen- und Elektrotechnik ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages und war 13 Jahre lang Vorsitzender des Landesfachausschuss Wirtschaft, Arbeit, Energie, Digitale Agenda. Koeppen ist zugleich Berichterstatter seiner Fraktion im Deutschen Bundestag für das EEG.

Zur Position: „Weitere [Windenergie]Anlagen an Land lösen das Energieproblem nicht, denn der Wind an Land liefert nur 1500 bis 2000 Stunden Strom. Benötigt werden aber 8760 Stunden. Speicher in diesen Größenordnungen stehen zudem nicht zur Verfügung. Schon jetzt müssen Anlagen regelmäßig abgeschaltet werden, wobei der Ausfall trotzdem vergütet wird. Bezahlen muss dies der Stromkunde. Ein Fehler beim EEG, das ihm sozusagen mit in die Wiege gelegt wurde. Jede weitere Anlage in der Nähe der Wohnbebauungen gefährdet die Gesundheit der Menschen und lässt in den betroffenen Regionen die Akzeptanz für die Energiewende massiv schwinden. Quasi mit dem Kopf durch die Wand und an den Bürgern vorbei, kann und wird die Energiewende nicht gelingen. Kürzlich hatten sich die Ministerpräsidenten einstimmig dafür ausgesprochen, dass sie das für die Akzeptanz der Energiewende immens wichtige Thema "Mindestabstände" in ihren jeweiligen Ländern regeln wollen und keine bundeseinheitlichen Regelungen mehr einfordern. Die unterschiedlichen Siedlungsstrukturen — so die Argumentation der Ministerpräsidenten — mache eine einheitliche Festlegung in der Umsetzung zu schwierig. Die brandenburgische Landesregierung hat klare Mindestabstände bereits im Koalitionsvertrag vereinbart. Dazu muss der Ministerpräsident jetzt stehen!" (20.07.2020, [Link](#))

Name	Krumrey, Henning
Partei	FDP (Landesliste Berlin, Platz 4)
Funktion	Kooptiertes Mitglied Bezirksvorstand Steglitz-Zehlendorf, Direktkandidat für die Bundestagswahl 2021
Wahlkreis	Steglitz-Zehlendorf
Kontakt	henning@krumrey.berlin



Zur Person: Nach seinem Studium in Politik und Volkswirtschaft sowie seiner Ausbildung an der Kölner Journalistenschule für Politik und Wirtschaft arbeitete Krumrey als Redakteur und Bundestagskorrespondent der Wirtschaftswoche. Zuletzt war der geborene Berliner als Leiter der Abteilung Unternehmenskommunikation und politische Beziehungen bei Alba Group tätig, wo er neben seinem Wahlkampf auch halbtags weiterarbeitet. Bis heute ist er Mitglied des Vorstandes der Kölner Journalistenschule und Mitglied des Hochschulrats der HMKW, Fachhochschule für Medien, Kommunikation und Management. Im Jahr 2016 trat der Diplom-Volkswirt und Buchautor den Freien Demokraten bei.

Zur Position: „Das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das EEG, muss abgeschafft werden. Es hat sein Ziel erreicht und mit einem dreistelligen Milliardenbetrag den erneuerbaren Energien einen Anteil an der Stromerzeugung in Deutschland von gut 50 Prozent beschert.

Die Anlagenhersteller und die Betreiber weisen darauf hin, dass der Ökostrom schon jetzt zu gleichen oder sogar niedrigeren Kosten als aus fossilen Quellen erzeugt werden kann. Damit gibt es keinen Grund mehr, neue Anlagen zu subventionieren. Deshalb bin ich für einen möglichst baldigen Stichtag, von dem an die Förderung künftiger Wind- und Solarkraftwerke eingestellt wird. Anlagen, die in der Vergangenheit eine Förderzusage erhalten haben, müssen diese natürlich für die gesamte Laufzeit bezahlt werden – der Staat muss ein verlässlicher Vertragspartner bleiben. Netzzugang muss gewährleistet sein. Gleichzeitig muss die Stromsteuer schrittweise weg, die ja ursprünglich den Strom aus fossilen Quellen verteuern sollte, längst aber den grünen Strom mitbestraft." (02.03.2021, [Link](#))

„Wenn die Nachfrage da ist und es genügend Wettbewerb gibt, werden sie die benötigten Kapazitäten aufbauen. Allerdings bin ich dafür, die Genehmigungsverfahren zu vereinfachen, um die Übertragungsnetze insbesondere für den Offshore-Windstrom schneller auszubauen, da dieser wegen der Akzeptanzprobleme von Windrädern an Land einen großen Teil der künftigen Versorgung wird tragen müssen.“ (02.03.2021, [Link](#))

Name	Mindrup, Klaus
Partei	SPD (Berlin, Direktkandidatur)
Funktion	Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und digitale Sicherheit, Vorsitzender Begleitgruppe Klimaschutz SPD-Bundestagsfraktion
Wahlkreis	Berlin-Pankow
Kontakt	Klaus.mindrup@bundestag.de , 030 96511403



Zur Person: Der Diplom-Biologe setzt sich neben seinen Schwerpunkten Wohnungs- und Mietpolitik vor allem für eine sozial gerechte Energiewende ein. Vor seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter war Mindrup unter anderem gewähltes BWE-Vorstandsmitglied. Er gründete 2017 gemeinsam mit Bernd Westphal die AG Klimaschutz der SPD-Bundestagsfraktion.

Zur Position: „Was für die Bekämpfung der Pandemie der Impfstoff ist, sind für den Kampf gegen den Klimawandel die erneuerbaren Energien, vor allem Windkraft und Photovoltaik. Ihr Ausbau muss deutlich beschleunigt werden und die sinkenden Erzeugungskosten müssen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern und bei den Unternehmen auch ankommen.“ (18.05.21, [Link](#))

„Wir brauchen eine Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energien und das Ende aller fossilen Emissionen, je schneller, desto besser.“ (12.12.20, [Link](#))

Name	Schimke, Jana
Partei	CDU (Landesliste Brandenburg, Platz 3)
Funktion	Stellv. Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales
Wahlkreis	Dahme-Spreewald – Teltow-Fläming III – Oberspreewald-Lausitz I
Kontakt	jana.schimke@bundestag.de , 030 22773550 sowie 03546 2789000



Zur Person: Jana Schimke bezeichnet sich selbst als „Stimme für den Osten“ und beschreibt sich als konservativ im besten Sinne. Netzentgelte, Bundesverkehrswegeplan, seien klassische Themen für die neuen Länder. Arbeitsmarkt und Soziales sind Jana Schimkes Fachgebiet der studierten Politikwissenschaftlerin. Seit Februar 2016 leitet sie die Kommission für modernes Arbeits- und Sozialrecht im Parlamentskreis Mittelstand. Sie galt als Kandidatin der CDU-Generalsekretärin unter dem Kanzlerkandidaten Friedrich Merz.

Zur Position: „Als Botschafterin des Naturparks Dahme-Heideseen bin ich regelmäßig unterwegs, um mich über umweltpolitische Fragen zum Erhalt der Kulturlandschaft oder über Möglichkeiten der Förderung des Tourismus zu informieren. Nur durch ein Wachstum, welches die Aspekte Umwelt und Wirtschaft gleichermaßen berücksichtigt, können wir unsere Lebensqualität nachhaltig sichern. Erneuerbare Energien werden langfristig unser größter wirtschaftlicher Faktor beim Schutz der Natur sein, trotzdem werde ich den Braunkohlestandort Oberlausitz weiterhin als wichtiges Standbein unserer Region unterstützen.“ ([Link](#))

„Ich setze große Hoffnungen auf das Vorhaben. Dies ist ein Beispiel dafür, wie die Lausitz den Strukturwandel bewerkstelligen kann. Die finanziellen Anreize, die wir mit dem Strukturstärkungsgesetz geschaffen haben, sind ein wichtiger Eckpfeiler. Doch letztlich braucht es Menschen, die mit Ihren Ideen und ihrem Engagement den Boden für eine erfolgreiche Zukunft der Lausitz legen“, so Jana Schimke. Geplant ist ein Zentrum für Elektromobilität und andere zukunftsweisende Technologien. Auf dem ehemaligen Flugplatzgelände sollen künftig Busse auf Elektroantrieb umgerüstet werden. So sollen an dem Standort beispielsweise Produktionshallen zur Umrüstung von Nutzfahrzeugen und zur Herstellung von ökologischen Batterien entstehen. (11.08.2020, [Link](#))

BREMEN

Name	Labetzke, Michael
Partei	Bündnis 90/Die Grünen (Landesliste Bremen, Platz 2)
Funktion	Leiter des Ermittlungsdienstes der Bundespolizeiinspektion Bremen
Wahlkreis	Bremen II - Bremerhaven
Kontakt	michael.labetzke@gruene-bremerhaven.de



Zur Person: Er studierte an der FH des Bundes für öffentliche Verwaltung und ist seit über 30 Jahren bei der Bundespolizei beschäftigt. Seit 2015 ist er Mitglied der Grünen und wurde mit 85 von 100 Stimmen auf Platz 2 der Landesliste nominiert.

Zur Position: „Wir brauchen neben der Energiewende eine Agrarwende, um unsere Klimaschutzziele zu erreichen. Stadt und Land haben sich entfremdet, wir brauchen wieder eine Verbindung zwischen uns Verbraucherinnen und unseren Bäuerinnen und Bauern. Dafür will ich mich einsetzen.“ (15.04.2021, [Link](#))

„Ich glaube daran, dass sich Ökologie und Ökonomie auch so verbinden lassen, dass alle davon profitieren. Ein Gegenmodell zum Alles zerstörenden Turbokapitalismus, wie wir ihn jetzt gerade erleben.“ ([Link](#))

Name	Winter, Wiebke
Partei	CDU (Direktkandidatin)
Funktion	Bundestagskandidatin, Mitglied im CDU-Bundesvorstand, Landesvorsitzende der JU Bremen
Wahlkreis	Bremen II - Bremerhaven
Kontakt	winter@cdu-bremen.de



Zur Person: Seit ihrem 16. Lebensjahr engagiert sich Wiebke Winter in der Jungen Union und in der CDU. Die Juristin, geboren in Kiel, zählt zu den Gründern der KlimaUnion.

Zur Position: „Ich möchte, dass die CDU eine ehrgeizigere Klimapolitik auf Bundesebene vertritt. Das heißt für mich: keine höhere Erderwärmung als 1,5 Grad, und das bis spätestens 2040. Dafür möchte ich mich einsetzen. [...] Als Politikerin ist es meine Aufgabe, meine Meinung zu sagen. Und meine Meinung ist, dass wir den Klimawandel stoppen müssen. Mir geht es nicht darum, Menschen das Fleischessen oder das Autofahren zu verbieten. Mir geht es darum, dass wir die größte Katastrophe des Jahrhunderts abwenden können. [...] Ich würde mich freuen, wenn wir in Bremerhaven das Lune-Delta-Gebiet nutzen würden, um Wasserstofftechnologien weiter auszubauen. Und wenn wir uns beim Thema Offshore noch mehr engagieren.“ (09.04.2021, [Link](#))

HAMBURG

Name	Beck, Katharina
Partei	Bündnis 90/Die Grünen (Landesliste Hamburg, Platz 1)
Funktion	Mitglied des Wirtschaftsbeirats der Bundestagsfraktion, Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Finanzen
Wahlkreis	Hamburg-Nord
Kontakt	kontakt@katharina-beck.de



Zur Person: Die Wirtschaftsexpertin aus dem Bezirk Hamburg-Nord verfügt bisher über keine parlamentarische Erfahrung, ist aber seit Jahren in Beiräten und Parteigremien aktiv. Sie wurde mit 89 Prozent der Stimmen auf Platz 1 der Landesliste gewählt, ihre Themen sind Klimaschutz und Wirtschaftspolitik.

Zur Position: „In Hamburg zeigen wir GRÜNEN, dass wir uns nicht nur Klimaneutralität 2035 in unser Regierungsprogramm vor der Wahl schreiben, sondern dann auch nach der Wahl z.B. mit dem 1,5 Grad Ziel im Koalitionsvertrag und der geplanten Überarbeitung des Klimaplans nach Klimabudget nötige Maßgaben erkämpfen. Das macht mich stolz und das gibt mir Mut, wie durch Kollaboration das Klimaneutralitätsziel damals und dessen Umsetzung bis heute erarbeitet werden.“ ([Link](#))

Name	Fester, Emilia
Partei	Bündnis 90/Die Grünen (Landesliste Hamburg, Platz 3)
Funktion	Frauenpolitische Sprecherin der Grünen Hamburg und Mitglied des Landesvorstandes

Wahlkreis

Hamburg

Kontakt

Emiliafester.com, www.instagram.com/emiliafester



Zur Person: Emilia Fester ist die Kandidatin der Grünen Jugend, die für die Landesliste der Grünen traditionell ein*e Kandidat*In entsenden dürfen. Ihre Schwerpunkte sind Frauenrechte, Jugendpolitik und Klimagerechtigkeit.

Zur Position: „Die Klimakatastrophe stellt das Versprechen eines guten, gerechten Lebens für alle als Unmöglichkeit dar. Die Zukunft junger Menschen ist aufgrund falscher Kompromisse und Tatenlosigkeit noch immer in höchster Gefahr. Die Erde, ihre Ressourcen und Lebewesen fallen der katastrophalen Ausbeutung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zum Opfer - aber vor allem die Menschen und Tiere, die sie bewohnen. Die Menschheit schafft sich ab und die Ersten, die untergehen, sind die Ärmsten, die Diskriminierten und die Zukünftigen, also die folgenden Generationen. Die Begrenzung der Erderhitzung auf nicht mehr als 1,5 Grad gegenüber vorindustriellem Niveau ist genau deshalb die größte soziale Frage unserer Zeit.“ (04.05.2021, [Link](#))

Name

Prof. Dr. Moring, Andreas

Partei

FDP (Landesliste Hamburg, Platz 3)

Funktion

Stellv. Landesvorsitzender FDP Hamburg, Bundestagskandidat 2021

Wahlkreis

Barmbek – Uhlenhorst – Dulsberg

Kontakt

andreas.moring@fdp.de



Zur Person: Der Professor für Digitale Wirtschaft und Innovation hat u. a. als Journalist und Unternehmensberater gearbeitet, bevor er 2010 zwei Unternehmen im Digitalgeschäft gründete. 2019 war er Hamburger Kandidat für die Wahlen zum Europäischen Parlament sowie Kandidat der FDP für die Hamburgische Bürgerschaft zur Wahl am 23.02.2020.

Zur Position: „Hören wir auch auf Soziologen, wenn es um die gesellschaftlichen Folgen von Energiewende, Verkehrswende und CO₂ Bepreisung geht. Hören wir auch auf die Ökonomen, wenn es darum geht, die wirtschaftlichen Auswirkungen auf Wohlstand, Arbeitsplätze und Finanzen von politischen Entscheidungen zu erkennen. Es gibt keine Wissenschaft, die exklusiv den Vorrang vor anderen hat. Alles Wissen und alle Wissenschaftler sind gleich wichtig und bedeutend. Gehen wir offen und pragmatisch ran, wägen wir ab und bilden uns eine Meinung und entscheiden und handeln wir dann mit gesundem Menschenverstand.“ (21.01.2020, [Link](#))

„Norddeutschland kann zu einem neuen Dubai 2.0 werden. Wie das gehen soll? Indem wir im Norden auf Digitale Innovationen und Erneuerbare Energien setzen. Das ist unser Öl, der Treibstoff für morgen. Wenn sich Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Bremen zusammenschließen, können wir Bayern und Baden-Württemberg als „Power House“ in Deutschland überholen. Und das wörtlich: Mit Windenergie, Gezeitenkraftwerken und Wasserstoff machen wir die Energie und die Geschäftsmodelle von morgen. Hier im Norden, gemeinsam. Das verbinden wir mit Digitalisierung und neuen Technologien [...]. Das ist die neue Industrie, das ist der neue Wohlstand, das sind die neuen Jobs. Und nicht alte Strukturen wie Kohle, Stahl, Autos oder Schwerindustrie. Und das alles bei uns. In Hamburg und im Norden.“ (15.01.2020, [Link](#))

Name	Dr. Steffen, Till
Partei	Bündnis 90/Die Grünen (Landesliste Hamburg, Platz 2)
Funktion	Mitglied der Grünen Bürgerschaftsfraktion, Sprecher für Verfassung und Verfassungsschutz
Wahlkreis	Eimsbüttel
Kontakt	till.steffen@gruene-eimsbuettel.de , 040 4014245



Zur Person: Till Steffen gehört zu den Gründungsmitgliedern der Grünen Jugend in Hamburg, ist promovierter Jurist und war in der Vergangenheit Justizsenator in Hamburg.

Zur Position: „Viele Bereiche unseres Rechtssystems spiegeln den dringenden ökologischen Handlungsbedarf nicht hinreichend oder gar nicht wider. In einer starken grünen Bundestagsfraktion möchte ich mit meiner langjährigen Erfahrung als Rechtspolitiker und Landesregierungsmitglied meinen Teil dazu leisten, dass wir unser Recht modernisieren und fit machen für eine sozial-ökologische Wirtschaft.“ ([Link](#))

HESSEN

Name	Dr. Hoffmann, Bettina
Partei	Bündnis 90/Die Grünen (Spitzenkandidatin Landesliste Hessen, Platz 1)
Funktion	Sprecherin für Umweltpolitik und Umweltgesundheit, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Mitglied und Obfrau im parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung
Wahlkreis	Schwalm - Eder
Kontakt	bettina.hoffmann@bundestag.de , 030 227 79144



Zur Person: Bettina Hoffmann ist Diplom Biologin und leitete von 1999 bis 2017 eine Agentur für Planung und Kommunikation im Bereich Umwelt, Tourismus und Regionalentwicklung in Niedenstein. Seit 2017 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestags und wurde für 2021 erneut auf Platz 1 der Landesliste gewählt.

Zur Position: „Die klaffende Lücke zwischen Rhetorik und Handeln der Bundesregierung bei der Umsetzung der Agenda 2030 bleibt bestehen. Die Bundesregierung droht deshalb fast die Hälfte der selbstgesteckten Nachhaltigkeitsziele zu verfehlen. Auch strukturelle Fehler der Nachhaltigkeitsstrategie werden nicht angegangen. Es ist bitter, dass selbst der fraktionsübergreifend erarbeitete Vorschlag des Parlamentarischen Beirats für Nachhaltige Entwicklung für die Einführung eines Nachhaltigkeits-TÜVs für Gesetze völlig ignoriert wurde. In dieser Form ist die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie so gut wie nutzlos. Die nächste Bundesregierung muss die Nachhaltigkeitsstrategie grundlegend überarbeiten.“ (21.03.2021, [Link](#))

Name	Gremmels, Timon
Partei	SPD (Landesliste Hessen, Platz 25)
Funktion	Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, stellv. Landesvorsitzender SPD Hessen, Mitglied des Parlamentarischen Beirats des Bundesverbands Erneuerbare Energie e.V.
Wahlkreis	Kassel

Kontakt

timon.gremmels@bundestag.de, 030 227 78306



Zur Person: Timon Gremmels ist seit 1999 in verschiedenen Rollen in der hessischen SPD tätig gewesen. Im November 2009 zog er in den Hessischen Landtag ein und wurde Umwelt- und Energiepolitischer Sprecher seiner Fraktion. Seit 2017 ist er Mitglied des Bundestags.

Zur Position: „Ohne [den] deutlichen Ausbau, ohne einen beschleunigten Umstieg von Kohle, Öl und Gas auf Wind- und Solarenergie werden wir die im Klimaschutzgesetz gesetzlich verankerten Klimaziele nicht erreichen.“ (14.06.2021, [Link](#))

„Der Klimaschutz hat Verfassungsrang! Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen nach Artikel 20a des Grundgesetzes duldet keinen Aufschub!“ (29.04.2021, [Link](#))

„Nur, wenn in den Ländern hinreichend geeignete Flächen für den Ausbau der Windenergie zur Verfügung gestellt werden, kann der Ausbau der Windenergie wieder Fahrt aufnehmen. Deshalb wollen wir mit einem wirksamen Bund-Länder-Koordinierungsmechanismus sicherstellen, dass alle Bundesländer einen angemessenen Beitrag zum Ausbau der Erneuerbaren Energien leisten“, erläutert Gremmels. Daneben gelte es weiterhin, auf bereits genehmigten Flächen das sog. Repowering, den Austausch älterer Windenergie-Anlagen gegen moderne und leistungsfähigere Anlagen, zu erleichtern.“ (12.11.2020, [Link](#))

Name

Koob, Martin

Partei

CDU (Landesliste Hessen, Platz 10)

Funktion

Mitglied im Auswärtigen Ausschuss

Wahlkreis

Hochtaunus

Kontakt

markus.koob@bundestag.de, 030 227 755 49



Zur Person: Koob ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages und politisch vorwiegend Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung tätig. Dennoch positioniert er sich konstruktiv zum Thema Klimapolitik und wirbt für eine Energiepolitik auf Basis von Erneuerbaren Energien bei kontrollierbaren Energiewendekosten. Er erinnert daran, dass die Bewahrung der Schöpfung, die Erhaltung der Lebensgrundlagen für künftige Generationen, ein vorrangiges Anliegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist.

Zur Position: „Ich sehe in der Energiewende Chance und Herausforderung zugleich. Deutschland ist führend bei der Entwicklung modernster Technik, um regenerative Energiequellen zu nutzen. Mit den ehrgeizigen Zielen des Ausbaus und der deutlichen Erhöhung der Versorgungsquote in den kommenden Jahren bestehen für Deutschland sowohl in der Forschung als auch in der Entwicklung enorme Chancen. Diese Chancen gilt es konsequent zu nutzen, um den internationalen Beweis zu erbringen, dass ein Hochtechnologieland in der Lage ist, eine Energiewende zu vollziehen und weite Teile seines Energiebedarfs mit erneuerbaren Energieformen zu decken. Deutschland wird in diesem Bereich seine Führungsposition ausbauen, wenn wir entschlossen handeln. Es ist meines Erachtens auch heute noch ein hehres Ziel den eigenen Stromverbrauch größtenteils über erneuerbare Energien decken zu wollen. Als rohstoffarmes Land, das sich durch Rohstoffimporte von zweifelhaften Demokratien abhängig macht, um im Winter nicht frieren zu müssen, gibt es neben großen umwelt- und klimapolitischen Vorzügen auch schlicht außenpolitische Vorteile einer Reduktion der Rohstoffimporte.“ (15.06.2021, [Link](#))

Name	Müller, Alexander
Partei	FDP (Landesliste Hessen, Platz 4)
Funktion	Mitglied im Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises, Schatzmeister FDP Rheingau-Taunus
Wahlkreis	Rheinhau-Taunus-Limburg
Kontakt	alexander.mueller@bundestag.de , 0611 9101662



Zur Person: Seit 1991 gehört der 1969 in Bendorf am Rhein Geborene zur Freien Demokratischen Partei. Im Jahr 2016 wurde der Diplom-Informatiker in den Kreistag Rheinhau-Taunus gewählt. Seit 2017 ist Müller Mitglied des Deutschen Bundestags.

Zur Position: „Nach dem Ausstieg aus der Atomkraft und den fossilen Energien, benötigen wir dringend ausreichend Strom aus erneuerbaren Energien.“ ([Link](#), 25.02.2021)

„Die Freien Demokraten im Deutschen Bundestag begrüßen die Investitionen von Bürgern und Unternehmen in Photovoltaik-Anlagen und Stromspeicher. Speziell für die Eigenversorgung mit erneuerbarem Strom muss das Energierecht aus unserer Sicht vereinfacht werden. Bürokratische Hürden etwa für Speichertechnologien müssen abgebaut werden. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Erneuerbare-Energien-Gesetz 2021 wird dem leider nicht gerecht. Es ist zu bezweifeln, dass viele Unternehmen an Ausschreibungen für größere PV-Dachanlagen teilnehmen, wenn sie den erzeugten Strom vollständig einspeisen müssen und nicht selbst nutzen können.“ ([Link](#), 04.11.2020)

Name	Willsch, Klaus-Peter
Partei	CDU (Landesliste Hessen, Platz 9)
Funktion	Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Wahlkreis	Rheingau-Taunus – Limburg
Kontakt	klaus-peter.willsch@bundestag.de , 030 227 73124 sowie 06120 910051



Zur Person: Klaus-Peter Willsch hat sich in jüngster Zeit kaum merklich zu den Themen Energiewende und Klimapolitik geäußert und wird auch nach energiepolitischen Podiumsdiskussionen nicht medial zitiert. Seine Argumente scheinen seit 2010 unverändert. Er warb politisch früh mit der Aussage: „Ich habe nie einen Hehl aus meiner Abneigung gegen die „Windkraftmonster“ gemacht. Für mich bedeuten Windkraftanlagen in unserer herrlichen Mittelgebirgslandschaft ein Höchstmaß an Naturzerstörung und Verschandelung mit einem geringen Ertrag an Energie.“ (12.11.2010, [Link](#))

Zur Position: „Also am schnellsten könnten wir Zukunftsbelastungen bei einem sofortigen Ausstieg aus dem EEG vermeiden, also keine neuen Förderzusagen mehr. Es gibt dafür auch keinen technologischen Grund mehr. Die aggressivsten Lobbyisten, die mir in den letzten Jahren begegnet sind, das waren und sind diejenigen, die zur Unterstützung der Wind- und Sonnenenergie unterwegs sind. Wir haben uns einen Dschungel an Fördermaßnahmen zugelegt, den man nur für die Zukunft bereinigen kann. Das, was da ist, steht. Dafür gibt es rechtsbeständige Zusagen. Das müssen wir jetzt aushalten. Beim Thema Erhöhung der Stabilität sind wir natürlich sofort beim Netzausbau, ohne den wir das nicht hinkriegen. Wir haben auch dort irrsinnige Disparitäten zugelassen, beispielsweise Offshore-Windanlagen, die in Betrieb gehen, für dies es aber keine Netzanschlüsse gibt. Die Betreiber erhalten gleichwohl eine Vergütung, die auf die Stromkunden umgelegt wird.“ (29.05.2017, [Link](#))

Name	Wissler, Janine
Partei	DIE LINKE. (Spitzenkandidatin Landesliste Hessen, Platz 1)
Funktion	Parteivorsitzende und Spitzenkandidatin DIE LINKE, Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen im Hessischen Landtag
Wahlkreis	Frankfurt am Main
Kontakt	info@janine-wissler.de , 0611 350 60 73



Zur Person: Janine Wissler ist seit 2008 Abgeordnete des Hessischen Landtags, gilt dort als eine der besten Rednerinnen und ist seit 2019 Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen. 2021 wurde Sie zur Parteivorsitzenden und Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl gewählt.

Zur Position: „Um die Klimaerwärmung auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen, müssen wir Deutschland bis 2035 klimaneutral machen. Für einen seriösen Weg zum 1,5-Grad-Ziel muss die Reduktion der CO₂-Emissionen mit konkreten Maßnahmen unterlegt werden. Die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung setzt auf die Hoffnung, dass es profitabel wird, das Klima zu schützen. Das wird nicht funktionieren. Die CO₂-Bepreisung gehört seit jeher zu den schwächeren und sozial weniger gerechten Maßnahmen.“ (7.5.2021, [Link](#))

„Die Klimakrise schreitet nahezu ungebremst voran. Der Ausbau der Erneuerbaren geht in Hessen viel langsamer als geplant voran, und vor allem als notwendig wäre. Der hessische Klimaschutzplan 2025 war bereits bei seiner Verabschiedung nicht auf das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens ausgelegt und während auf europäischer und nationaler Ebene die CO₂-Minderungsziele verschärft werden, glaubt die hessische Landesregierung offenbar noch Jahre Zeit zu haben.“ (23.4.2021, [Link](#))

„Vor allem muss der Strom für die Elektrolyse aus Erneuerbaren Quellen kommen. Wenn hier fossile Quellen im Spiel sind, dann hilft das dem Klima nicht. [...] Wenn wir die Klimaziele erreichen wollen, dann brauchen wir den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien, ohne gegen jedes Windrad zu kämpfen.“ (18.02.2021, [Link](#))

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Name	Junge, Frank
Partei	SPD (Landesliste Mecklenburg-Vorpommern, Platz 2)
Funktion	Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Vorsitzender Unterausschuss Regionale Wirtschaftspolitik und ERP-Wirtschaftspläne, Stellv. Vorsitzender SPD-Mecklenburg-Vorpommern, Vorsitzender SPD-Landesgruppe Ost im Bundestag, Mitglied des Fraktionsvorstandes der SPD-Bundestagsfraktion
Wahlkreis	Ludwigslust-Parchim II – Nordwestmecklenburg II – Landkreis Rostock I
Kontakt	frank.junge@bundestag.de , 030 22773920



Zur Person: Frank Junge war nach seiner Schulzeit in verschiedenen Rollen für die AOK-Mecklenburg-Vorpommern tätig und anschließend für etwas mehr als zehn Jahre Pressesprecher und Leiter des Tourismus- und Stadtmarketingamts von Wismar. Seit Oktober 2013 widmet er sich im Bundestag u.a. dem Thema Tourismus.

Zur Position: „Insbesondere Hoch- und Höchstspannungsleitungen sind erforderlich, um den Strom von Windkraft-Parks im Norden zu den Verbrauchszentren im Süden zu leiten. Nur dann können wir die Ausbauziele bei den regenerativen Energien erreichen.“ (04.04.2019, [Link](#))

Name	Müller, Claudia
Partei	Bündnis 90/Die Grünen (Spitzenkandidatin Landesliste Mecklenburg-Vorpommern, Platz 1)
Funktion	Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Wahlkreis	Vorpommern-Rügen-Greifswald
Kontakt	claudia.mueller@bundestag.de , 030 / 227 72227



Zur Person: Claudia Müller ist gelernte Betriebswirtin. Ihre Themenschwerpunkte sind die maritime Wirtschaft, ostspezifische Themen, mittelständische Unternehmen und EU-Angelegenheiten. Zum Thema EE konnten wir leider keine aktuellen öffentlichen Äußerungen finden, jedoch bietet ihr Themenschwerpunkt maritime Wirtschaft mögliche Anknüpfungspunkte für die Belange der Offshore-Windenergie.

Name	Reinhold, Hagen
Partei	FDP (Landesliste Mecklenburg-Vorpommern, Platz 1)
Funktion	Vorsitzender der Landesgruppe Ost der FDP-Fraktion, Beauftragter für Maritime Wirtschaft der FDP, Mitglied im Bauausschuss, stellv. Mitglied Ausschuss Wirtschaft und Energie
Wahlkreis	Rostock – Landkreis Rostock II
Kontakt	hagen.reinhold@bundestag.de , 030 227 78388



Zur Person: Der in Wismar geborene Reinhold absolvierte eine Ausbildung zum Maurer und Betonbauer. Daran schloss sich eine Meisters Ausbildung im Maurer- und Betonbauhandwerk an, die bis 2001 andauerte. Seit 2002 ist Reinhold Mitglied der FDP. In den Jahren 2005 bis 2021 war er Kreisvorsitzender der FDP Nordvorpommern, von 2007 bis 2011 Generalsekretär der FDP MV. Seit 2017 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages.

Zur Position: Im Juni 2021 hat Reinhold gemeinsam mit weiteren Parteikollegen eine kleine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet. Aus dieser Anfrage geht die Notwendigkeit der CO₂-Speicherung für die Klimaneutralität hervor. Die Fragesteller fragen die Bundesregierung u.a. welche langfristigen Ziele die Bundesregierung bei der Weiterentwicklung von Technologien zur Abscheidung und Speicherung von CCS verfolgt, welchen Beitrag die CCS-Technologien planmäßig zu den CO₂-Reduktionszielen der Bundesregierung leisten sollen und mit welchen Restemissionen an CO₂-Tonnen die Bundesregierung im Jahr 2050 rechnet, die es durch CCS-Technologien auszugleichen gilt. (14.06.2021, [Link](#))

Name	Stein, Peter
Partei	CDU (Landesliste Mecklenburg-Vorpommern, Listenplatz 5)
Funktion	Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Mitglied im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung
Wahlkreis	Rostock – Landkreis Rostock II
Kontakt	peter.stein@bundestag.de , 030 227 73310



Zur Person: Peter Stein war in den Jahren 2006 bis 2011 Abgeordneter im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Er ist seit 2013 Mitglied im Deutschen Bundestag.

Zur Position: „Das Erreichen einer klimaneutralen Wirtschaft bis zum Jahr 2050 ist realistisch, aber wir müssen diesen Weg gemeinsam mit den Verbrauchern und der deutschen Wirtschaft gehen und nicht ideologisch verordnen!“ Politiker aus der Union haben bereits in der Mitte des letzten Jahres mit einem Papier zur "grünen Null" ein Konzept vorgelegt, dass es nun gemeinsam umzusetzen gelte." ([Link](#))

„Wir müssen Lieferketten neu denken, eine nachhaltige Logistik aufbauen, von den Weltmärkten über unsere Seehäfen bis hin zum Verbraucher. Wir müssen unsere Häfen zu Energiehäfen weiterentwickeln, vor allem, wenn wir klimafreundlichen Wasserstoff aus Nordafrika oder Australien importieren wollen. Die Nationale Wasserstoffstrategie muss ein wichtiger Baustein des Konjunkturprogramms und der Transformation der Wirtschaft sein. Wir fördern neue Mobilitätskonzepte sowie Kraftstoff- und Antriebstechnik – und das vollkommen technologieoffen.“ (29.05.2020, [Link](#))

NIEDERSACHSEN

Name	Albrecht, Philipp
Partei	CDU (Direktkandidat)
Funktion	Bundestagskandidat
Wahlkreis	Delmenhorst – Wesermarsch – Oldenburg-Land
Kontakt	kontakt@philipp-albrecht.net ,



Zur Person: Der 1995 geborene Albrecht trat bereits mit 15 Jahren in die Junge Union ein, bevor er zwei Jahre später der CDU beitrug. Im Jahr 2015 wurde Albrecht zum Landesgeschäftsführer der Jungen Union Oldenburg gewählt, 2016 zum stellvertretenden CDU-Kreisvorsitzenden der CDU Vechat, wo er für die Themenbereiche Wirtschaft und Digitalisierung zuständig war. 2020 entschied er sich für die Bewerbung um das Bundestagsmandat in Delmenhorst, in der Wesermarsch und im Landkreis Oldenburg.

Zur Position: „Damit Deutschland klimaneutral werden kann, brauchen wir grünen Strom aus jeder Steckdose. Dafür müssen wir dringen den Fuß von der Bremse nehmen und Verfahren beschleunigen. [...] Die Förderkulisse für den Ausbau erneuerbarer Energien muss langfristig erhalten bleiben. Die Höhe der Förderung sollte sich nach dem Effizienzgrad der verwendeten Technologien in Deutschland richten. Auf der anderen Seite sollten marktbeeinflussende Subventionen in konventionelle Energieträger nur dort

aufrechterhalten werden, wo sie zur Sicherung von Sozialplänen bzw. Anstiegskonzepten benötigt werden. Zur Erhöhung der Akzeptanz von Windkraftanlagen sollten wir stärker auf die Errichtung von Bürgerwindparks wie in der Gemeinde Dötlingen setzen. Wenn Bürger wirtschaftlich von der Energiewende profitieren, steigt die Zustimmung und Planungsverfahren werden beschleunigt. Genehmigungsverfahren für das Repowering bestehender Windkraftanlagen müssen erheblich vereinfacht werden. Durch eine Reform des Baugesetzbuches und des EEG-Gesetzes können wir die Planung beispielsweise erheblich erleichtern. Die vom Umweltministerium angeregte Anpassung des Bundesnaturschutzgesetzes zur Vereinheitlichung von Standards beim Ausbau von Windparks begrüße ich ausdrücklich [...]“ (09.05.2021, [Link](#))

Name	Grundmann, Oliver
Partei	CDU (Landesliste Niedersachsen, Platz 18)
Funktion	Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Wahlkreis	Stade I – Rotenburg II
Kontakt	oliver.grundmann@bundestag.de , 030 227 75875



Zur Person: Der Rechtsanwalt Grundmann war vor seinem Eintritt in die Politik als leitender Syndikus in einer mittelständischen Unternehmensgruppe im Bereich der Umweltdienstleistungen tätig. In den Jahren 2011 bis 2016 war er stellv. Bürgermeister der Hansestadt Stade. Er ist Berichterstatter für neue Antriebsstoffe und Mitglied im Arbeitskreis Küste.

Zur Position: „Deutschland hat ambitionierte klimapolitische Ziele: Die Umwandlung von grünem Strom, zum Beispiel aus überschüssiger Windenergie, in speicherfähiges Gas oder synthetische Kraftstoffe ist ein wesentlicher Baustein, um CO₂ und andere Luftschadstoffe effizient zu vermeiden. Gerade unser Elbe-Weser-Dreieck hat allerbeste Voraussetzungen, eine wegweisende Wind-Wasserstoff-Modellregion zu werden. "CORADIA ILINT", der erste Wasserstoffzug überhaupt, fährt bereits bei uns im Wahlkreis und verbindet die Städte Bremervörde, Cuxhaven, Bremerhaven und Buxtehude miteinander.“ ([Link](#))

„Elektromobilität schön und gut, aber Fakt ist: Verbrenner werden noch eine ganze Weile auf unseren Straßen fahren. Wenn wir auch nur ein Gramm CO₂ einsparen wollen, brauchen wir synthetische Kraftstoffe. Auch hier gilt: weniger Ideologie, mehr Realismus!“ (04.03.2021, [Link](#)) „Wir machen Klimaschutz mit Maß und Mitte, weil wir das Ganze im Blick haben. Wir sind die politische Kraft, die ein solches Riesenvorhaben umsetzen kann. Wir wissen: Dem Klimaschutz ist nicht geholfen, wenn keiner mitmachen möchte und er nur unter Zwang und mit Verboten erreicht werden soll.“ ([Link](#))

Name	Kindler, Sven-Christian
Partei	Bündnis 90/Die Grünen (Landesliste Niedersachsen, Platz 2)
Funktion	Obmann im Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union, Stellv. Mitglied Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, haushaltspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen
Wahlkreis	Hannover-Land II

Kontakt

sven-christian.kindler@bundestag.de, 030 227 74235



Zur Person: Der 1985 geborene Kindler ist seit 2009 Mitglied des Bundestages. Seit 2014 ist er als haushaltspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen tätig sowie seit 2013 als Sprecher der grünen Landesgruppe Niedersachsen, Wahlkreis Hannover-Stadt II.

Zur Position: „Für eine Energiewende auf der Schiene brauchen wir saubere Loks. Das geht am besten über die Elektrifizierung des Streckennetzes. Hier hinkt Niedersachsen massiv hinterher. Gerade einmal 60 Prozent der Schienenstrecken im Land sind elektrifiziert, also mit einer Oberleitung ausgestattet. Vom Bundesziel bis 2025 bei 70 Prozent zu sein ist Niedersachsen noch meilenweit entfernt. Hier ist klar: wir brauchen mehr Tempo bei der Elektrifizierung! Aber es ist weder sinnvoll noch wirtschaftlich auch noch den letzten Kilometer einer Nebenstrecke zu elektrifizieren. Es gibt auch Alternativen: Batteriezüge (E-Loks) und Wasserstoffzüge. Aber damit diese alternativen Antriebe eingesetzt werden können braucht es die entsprechende Infrastruktur. Meine Anfrage an die Bundesregierung hat aufgedeckt: Im ganzen Land gibt es keine Ladestation für batteriegetriebene Elektroloks. Die fallen als Alternative auf den nicht elektrifizierten 1400 Streckenkilometern des niedersächsischen Bahn-Netzes aus. Auch beim Wasserstoff sieht es nicht besser aus: in ganz Niedersachsen gibt es nur eine einzige, mobile Wasserstofftankstelle für H₂-Loks und noch gar keine fest-installierten Tankstellen.“ (14.08.2020, [Link](#))

Name

Dr. Miersch, Matthias

Partei

SPD (Landesliste Niedersachsen, Platz 3)

Funktion

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Tourismus, Sprecher der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion

Wahlkreis

Hannover-Land II (Niedersachsen)

Kontakt

matthias.miersch@bundestag.de, 030 227 71111



Zur Person: Dr. Miersch ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages und war 2005 bis 2009 Sprecher der SPD-Fraktion für nachhaltige Entwicklung sowie 2009 bis 2017 umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Seit Juli 2015 ist er Sprecher der Parlamentarischen Linken (PL) in der SPD-Bundestagsfraktion sowie seit Dezember 2017 stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Umwelt und Energie.

Zur Position: „Ohne einen ambitionierteren Ausbau der erneuerbaren Energien können wir sowohl unsere Klimaziele als auch den Ausstieg aus der Atom- und Kohleenergie schlichtweg vergessen. Besonders in den Bereichen Mobilität und Gebäudewärme müssen wir stärker als bisher auf Erneuerbare setzen. Die Hindernisse für den Ausbau der Windenergie an Land müssen schnell aus dem Weg geräumt werden. Um die Akzeptanz zu erhöhen, wollen wir deshalb die Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen an den Gewinnen der Windkraft Vorort beteiligen. Neue Windkraft- und Solaranlagen produzieren inzwischen günstiger Strom als alle anderen Kraftwerkstypen. Das zeigt, welche Möglichkeiten hier auch zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft bestehen. Diese müssen wir stärker nutzen.“ (07.01.20, [Link](#))

Name	Mohrs, Falko
Partei	SPD (Landesliste Niedersachsen, Platz 19)
Funktion	Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Mitglied der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“, Mitglied des Ausschusses Digitale Agenda
Wahlkreis	Helmstedt - Wolfsburg
Kontakt	falko.mohrs@bundestag.de , 030 227 72430



Zur Person: Der Wolfsburger Falko Mohrs ist Mitglied im Stadtrat und war vor seinem Einzug in den Bundestag lange bei Volkswagen als Fertigungsleiter beschäftigt. Er nimmt daher immer wieder zum Thema Mobilität und Automobilindustrie Stellung. Seit 2017 konzentriert er sich im Bundestag vor allem auf das Thema Digitalisierung.

Zur Position: „Wenn wir auf das Jahr 2030 schauen, dann sehen wir, dass wir die Klimaziele nur dann erreichen, wenn wir – je nachdem, wie die Verschärfung noch ausgeht; ich hoffe, dass wir nicht, wovon manche träumen, auf 60 oder 70 Prozent kommen, ich glaube, 55 Prozent ist schon ambitioniert genug.“ (06.11.2020, [Link](#))

„Natürlich gibt es doch auch angesichts der Klimaveränderungen und der Umweltdebatte die Notwendigkeit, dass Industrie in Deutschland moderner und umweltfreundlicher wird.“ (17.01.2020, [Link](#))

Name	Müller, Carsten
Partei	CDU (Landesliste Niedersachsen, Platz 8)
Funktion	Mitglied Ausschuss Wirtschaft und Energie, Mitglied im Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Stellv. Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Wahlkreis	Braunschweig
Kontakt	Carsten.mueller@bundestag.de , 030 227 73298



Zur Person: Müller war in den Jahren 2005 bis 2009 und erneut seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestags. 1986 trat er der Partei bei. Der selbstständige Rechtsanwalt war zuvor in den Jahren 1991 bis 2001 bei der Deutschen Bahn AG tätig.

Zur Position: „Das Thema Windenergie ist durchaus umstritten. Allerdings – das habe ich eingangs gesagt – haben wir im Bereich der Nettostromerzeugung gerade bei der Windenergie den größten Zuwachs, und wir wollen – das ist auch die Meinung der Union – beim Ausbau der Windenergie keinesfalls zurückfallen. Sie ist auch für mein Herkunftsland Niedersachsen eine ganz wichtige Industriebranche und sichert Beschäftigung und Steuerkraft. Aber wir müssen eines sehen: Wir haben es nicht selten mit mangelnder Akzeptanz zu tun. Insofern muss man sich über kommunale Beteiligungsmodelle genauso Gedanken machen wie beispielsweise über die Frage von Modifikationen bei der Nachtbefuerung. Da sind wir auf einem guten Wege. Das steigert die Akzeptanz.“ (05.03.2020, [Link](#))

Name	Polat, Filiz
Partei	Bündnis 90/Die Grünen (Landesliste Niedersachsen, Listenplatz 1)

Funktion Sprecherin der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für Migration und Integration, Obfrau im Innenausschuss, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Wahlkreis Osnabrück-Land

Kontakt filiz.polat@bundestag.de, 030 227 79456 sowie 0541 2023 7770



Zur Person: 1996 war Polat Mitbegründerin der Grünen Jugend Bramsche und trat im selben Jahr den Grünen bei. Von 2005 bis 2007 war Polat stellvertretende Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen. Der Bundesvorstand der Partei berief sie 2018 in die AG Vielfalt. Kommunalpolitisch war Polat von 1996 bis 2001 als jüngstes Mitglied des Ortsrates Bramsche-Mitte aktiv.

Zur Position: „Die von der Regierung beschlossenen Ausbaumengen für Wind- und Solarenergie reichen vorne und hinten nicht, um die international vereinbarten Klimaschutzziele zu erfüllen. Die Bundesregierung hat erst am Wochenende in Brüssel ein höheres europäisches Klimaziel unterstützt. Die logische Konsequenz wäre, auch für Deutschland die Ausbauziele für Erneuerbare Energien deutlich anzuheben. Doch diese Entscheidung vertagt die Koalition ins nächste Jahr. So verlieren wir erneut wertvolle Zeit beim klimagerechten Umbau unserer Energieversorgung. Wirklich wichtige Verbesserungen für die Energiewende werden von dieser Koalition nur angekündigt, aber nicht umgesetzt. So fehlt auch weiterhin eine verpflichtende Beteiligung der Kommunen an den Einnahmen der örtlichen Windparks, die wir Grüne vorgeschlagen hatten. Viele Gemeinden und Bürger*innen wollen bei der Energiewende mitmachen. Doch statt ihnen den roten Teppich auszurollen, legt diese Regierung ihnen Steine in den Weg. Die Zeit für Innovation und Klimaschutz ist jetzt. Das hat diese Koalition immer noch nicht begriffen.“ (17.12.2020, [Link](#))

Name Saathoff, Johann

Partei SPD (Landesliste Niedersachsen, Platz 11)

Funktion Energiepolitischer Koordinator der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur

Wahlkreis Aurich - Emden

Kontakt johann.saathoff@bundestag.de, 030 227 73155



Zur Person: Johann Saathoff wurde im September 2011 zum Bürgermeister einer Gemeinde im Landkreis Aurich gewählt und zog 2013 als Direktkandidat für den windenergiereichen Wahlbezirk Aurich-Emden in den Bundestag.

Zur Position: „Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts haben wir kurzfristig für das Jahr 2022 Sonderausschreibungen für Windkraft an Land und Photovoltaik vereinbart. Gern hätten wir auch erhöhte Ausbaupfade bis zum Zieljahr 2030 festgelegt, das ließ sich in den Verhandlungen [zu den Ausbauzielen Ende Juli] aber nicht durchsetzen.“ (21.06.2021, [Link](#))

„[...] nicht für die Ewiggestrigen versteht sich; die wollen weiterhin Atomstrom und Kohlestrom und den Leuten suggerieren, das sei alles gesund. Die Stromerzeugung wird sich verändern; sie wird erneuerbar, und sie wird dezentral.“ (28.01.2021, [Link](#))

„Der Bundeswirtschaftsminister muss nun endlich eine langfristige Perspektive für die Branche bieten. Die im Entschließungsantrag zum EEG 2021 vereinbarten vereinfachten

Regelungen zum Repowering und die neuen Ausbaupfade müssen jetzt gesetzlich vereinbart werden." (27.01.2021, [Link](#))

Name	Schröder, Christina-Johanne
Partei	Bündnis 90/Die Grünen (Landesliste Niedersachsen, Platz 3)
Funktion	Referentin für Wohnen und Bauen der Niedersächsischen Landtagsfraktion
Wahlkreis	Wesermarsch
Kontakt	info@cjschroeder.de , https://twitter.com/cj_schroeder



Zur Person: 2017 verpasste Schröder noch knapp den Einzug in den Bundestag, mit Listenplatz 3 scheint ihr Einzug zur Bundestagswahl 2021 jedoch so gut wie gesichert. Ihre politischen Schwerpunkte liegen im Bereich Agrarwirtschaft sowie Bauen und Wohnen.

Zur Position: „Nicht nur Fläche ist endlich, auch Rohstoffe und Baumaterialien sind es. Sanieren muss Priorität gegenüber Neubau haben. Es braucht endlich klare Regeln zum Recycling von Baustoffen. Jedes Haus, welches heute nicht so gebaut wird, dass die Wärmeenergie zu 100 % aus Erneuerbaren stammt, wird statistisch erst in 40 Jahren saniert. Das ist zu spät, wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen! Wir wollen daher die soziale Wärmewende in Gebäuden für den Klimaschutz konsequent vorantreiben.“ (30.4.2021, [Link](#))

Name	Trittin, Jürgen
Partei	Bündnis 90/Die Grünen (Landesliste Niedersachsen, Platz 4)
Funktion	Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, Ausschuss für Europäische Angelegenheiten, stellv. Mitglied Ausschuss Wirtschaft und Energie
Wahlkreis	Göttingen
Kontakt	juergen.trittin@bundestag.de , 030 227 72247



Zur Person: Trittin ist seit 1998 Mitglied des Bundestags und war als Umweltminister der letzten rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder maßgeblich an der Konzeption des EEG beteiligt. Von 2009 bis 2013 war er Fraktionsvorsitzender.

Zur Position: „Als unabdingbarer Teil einer ganzheitlichen Energiewende hin zur vollständigen Klimaneutralität ist die Rolle von Windenergie kaum zu unterschätzen. Der Ausbau der Windkraft dümpelt aktuell vor sich hin. Dies hat in Niedersachsen Tausende von Arbeitsplätzen gekostet. Für einen ausreichenden Klimaschutz müssten jährlich sechsmal mehr Windräder aufgestellt werden, als es in den letzten Jahren der Fall war. Mit der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wurde aber ein staatlich verordnetes Schnecken tempo festgelegt. Die Bundesregierung ignoriert Konflikte, die dringend geführt werden müssen.“ (17.06.2021, [Link](#))

„Wir müssen runter von der Bremse beim Klimaschutz. [...] Wenn wir Klimaneutralität erreichen wollen, dann muss künftig zum Beispiel Stahl mit Wasserstoff statt Kohlenstoff produziert werden. Dafür braucht es Standards, dafür braucht es eine industrielle Revolution, und die muss vor Dumpingkonkurrenz von anderswo geschützt werden. Dafür brauchen wir ein Carbon Border Adjustment.“ (22.04.2021, [Link](#))

„Wollen wir die Klimakrise bekämpfen, müssen wir uns auf den 1,5-Grad-Pfad machen. Deutschland muss dafür: Einen wirksamen CO₂-Preis einführen, fossile Verbrennungsmotoren nicht mehr zulassen, die Geschwindigkeit des Ausbaus Erneuerbarer Energien vervierfachen. Denn 2030 entscheidet. Das geht nur mit den Bürgerinnen und Bürgern.“ (08.12.2020, [Link](#))

Name	Verlinden, Julia
Partei	Bündnis 90/Die Grünen (Spitzenkandidatin Landesliste Niedersachsen, Platz 5)
Funktion	energiepolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, stellv. Mitglied im Ausschuss Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Wahlkreis	Lüchow-Dannenberg – Lüneburg
Kontakt	julia.verlinden@bundestag.de , 030 227 75077 sowie 04131 219 70 93



Zur Person: Julia Verlinden promovierte im Bereich Umweltwissenschaften zum Thema „Energieeffizienzpolitik als Beitrag zum Klimaschutz“. Seit 2013 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestags und Sprecherin für Energiepolitik der grünen Bundestagsfraktion.

Zur Position: „Der Anteil der erneuerbaren Wärme dümpelt nämlich seit Jahren bei 14 Prozent herum. Das ist gerade mal ein Drittel dessen, was wir im Stromsektor bisher geschafft haben. Viele andere europäische Länder haben einen deutlich höheren Anteil erneuerbarer Wärme in ihrem Netz. Hier besteht Handlungsbedarf!“ (05.03.2021, [Link](#))

„In der zukünftigen, klimagerechten Energiewelt wird Energie deutlich effizienter genutzt, der Energiebedarf sinkt. Weil immer weniger Kohle, Öl und Erdgas verbrannt werden, steigt aber selbst bei höherer Energieeffizienz gegenüber heute der Bedarf an sauberem Strom: für Elektromobilität, Wärmepumpen, Grünen Wasserstoff. Deshalb brauchen wir neben dem Ausbau von Solar- und Windenergie an Land natürlich auch mehr Windstrom vom Meer. Das ist nachhaltig und klimaverträglich.“ (05.11.2020, [Link](#))

Name	Westphal, Bernd
Partei	SPD (Landesliste Niedersachsen, Listenplatz 13)
Funktion	Energiepolitischer Sprecher SPD-Bundestagsfraktion, Obmann und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Mitglied Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
Wahlkreis	Hildesheim
Kontakt	bernd.westphal@bundestag.de , 030 227 79115



Zur Person: Bernd Westphal war seit 1993 bei der IG Bergbau und Energie und später bei der IG Bergbau, Chemie und Energie in verschiedenen Rollen tätig. Seit 2013 sitzt er im Bundestag und wurde 2015 zum energiepolitischen Sprecher seiner Fraktion gewählt.

Zur Position: „Und es ist jetzt die kluge und weitsichtige Politik von SPD und Union, die den Ausstieg aus den fossilen Energien organisiert und gleichzeitig den Ausbau der erneuerbaren Energien fördert. [...] Der Beweis, den die Grünen in Baden-Württemberg beim Ausbau der erneuerbaren Energien bringen könnten, bleibt leider aus. Nichts passiert da beim Ausbau der Windenergie.“ (05.03.2021, [Link](#))

„Wir möchten als SPD-Bundestagsfraktion die deutschen und europäischen Klimaziele verlässlich erreichen. Das geht nur mit einem sozialverträglichen sowie energiepolitisch und volkswirtschaftlich verantwortungsvollen Ausstieg aus der Kohle. Parallel dazu müssen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben.“ (13.01.2021, [Link](#))

NORDRHEIN-WESTFALEN

Name	Dött, Marie-Luise
Partei	CDU (Landesliste Nordrhein-Westfalen, Platz 23)
Funktion	Umweltpolitische Sprecherin CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss, gemeinsamer Ausschuss sowie im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Wahlkreis	Oberhausen – Wesel III
Kontakt	marie-luise.doett@bundestag.de , 030 227 73 700



Zur Person: Die gebürtige Niedersächsin ist im Jahr 1984 der CDU beigetreten. In den Jahren 1997-1999 war sie Mitglied im Landesvorstand der CDU Nordrhein-Westfalen. Seit 1998 ist die Unternehmerin Mitglied des Deutschen Bundestages. Hier hat sie eine Vielzahl an Funktionen inne, so ist sie u.a. Vorsitzende der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie stellvertretendes Mitglied der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Zur Position: „Klimaschutz und Energiewende gelingen nur mit einem weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Gerade mit dem Repowering haben wir die Möglichkeit, mehr Ökostrom zu erzeugen und gleichzeitig weniger neue Flächen für Windparks in Anspruch zu nehmen. Mit der Bündelung und Straffung von Verfahren, der Koordinierung aller Zulassungs- und Genehmigungsverfahren über eine einheitliche Stelle in den Bundesländern sowie der Verkürzung von Fristen haben wir wichtige Fortschritte erreicht. Die Bürgerbeteiligung bei der Planung und beispielsweise die Mindestabstandsregelungen zwischen Windrädern und Wohnbebauung werden dabei nicht eingeschränkt oder geändert.“ (25.06.2021, [Link](#))

„[...] Mit Verzicht allein werden wir der globalen Herausforderung Klimawandel nicht begegnen können. Dazu bedarf es mehr. Wir benötigen einen Dreiklang aus CO₂-Vermeidung, Anpassung an den Klimawandel und sogenannte Negativemissionen. Die Vermeidung von Treibhausgasemissionen steht jedoch zu Recht an erster Stelle.“ (05.03.2021, [Link](#))

Name	Dröge, Katharina
Partei	Bündnis 90/Die Grünen (Landesliste Nordrhein-Westfalen, Platz 7)
Funktion	Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Sprecherin für Wirtschaftspolitik, Mitglied, Obfrau und Schriftführerin im Ausschuss Wirtschaft und Energie

Wahlkreis

Köln III

Kontakt

katharina.droege@bundestag.de, 030 227 790 81



Zur Person: Dröge studierte Volkswirtschaftslehre und war bis zu ihrem Einzug in den Bundestag 2013 im Umwelt- und Klimaschutz-Ministerium NRW tätig. Seit 2014 ist sie Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur, seit 2018 parlamentarische Geschäftsführerin und Mitglied des Bundesvorstands.

Zur Position: „[...] Aber dafür braucht man eben auch eine Wirtschaftspolitik, die die Förderung von Grünem Wasserstoff in den Mittelpunkt stellt. Auch da hat diese Bundesregierung nichts geleistet; denn Grüner Wasserstoff ist nur dann Grüner Wasserstoff, wenn er beispielsweise auch netzdienlich hergestellt wird. Dafür bräuchte es zum Beispiel eine Flexibilisierung des Abgaben- und Umlagesystems, um die Herstellung von Grünem Wasserstoff anzureizen. Dies ist bislang nicht geschehen. Dafür bräuchte es eben auch einen Ausbau von erneuerbaren Energien, damit man Grünen Wasserstoff überhaupt produzieren kann. Dafür bräuchte es eine Offensive für faire Energiepartnerschaft mit anderen Ländern der Welt, bei denen es dann nicht nur einfach heißt: „Wir kommen mit unseren wirtschaftlichen Interessen, sondern bei denen wir auch auf die wirtschaftlichen Interessen anderer Regionen dieser Welt achten.“ (21.05.21, [Link](#))

Name

Haßelmann, Britta

Partei

Bündnis 90/Die Grünen (Landesliste Nordrhein-Westfalen, Platz 1)

Funktion

Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, stellv. Mitglied im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

Wahlkreis

Bielefeld – Gütersloh II

Kontakt

Britta.hasselmann@bundestag.de, 030 227745 05



Zur Person: Britta Haßelmann ist seit 1989 für Bündnis 90/Die Grünen kommunal aktiv und seit 1994 Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen. Sie ist seit 2005 Mitglied im Deutschen Bundestag sowie seit 2013 Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Zur Position: „Klimaschutz gibt es mit Union und SPD nur auf dem Papier. Sobald es in die konkrete Umsetzung von Maßnahmen geht, bekommen Union und SPD offensichtlich kalte Füße und schießen gegen die eigenen Beschlüsse. Nicht anders sind die unredlichen Äußerungen von Finanzminister Scholz und Verkehrsminister Scheuer mit Blick auf die CO₂-Bepreisung von Heiz- und Kraftstoffen zu werten. Wer Ängste schürt und Halbwahrheiten verbreitet, untergräbt bewusst die Akzeptanz für die zentrale Zukunftsaufgabe Klimaschutz. Wer sich öffentlich für einen steigenden CO₂-Preis auf die Schulter klopft, muss auch so konsequent sein, den Menschen zu erklären, was das bedeutet. Klimaschutz ohne steigende Preise für fossile Energien wird nicht funktionieren. CDU, CSU und SPD müssen sich ehrlich machen.“ (04.06.2021, [Link](#))

„Wir sehen, dass durch die Vorschläge des Wirtschaftsministers [2019] die Pläne zum Ausbau der Windenergie absolut abgewürgt werden. Seit Tagen gehen sowohl die Arbeitgeber, die Gewerkschaften als auch die Umweltverbände alle auf uns zu und sagen: ›Verhindert aus der Opposition heraus diese Pläne des Wirtschaftsministers.‹“ (26.11.2019, [Link](#))

Name	Krischer, Oliver
Partei	Bündnis 90/Die Grünen (Landesliste Nordrhein-Westfalen, Platz 2)
Funktion	Stellv. Fraktionsvorsitzender, stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, stellv. Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und digitale Sicherheit
Wahlkreis	Düren
Kontakt	Oliver.krischer@bundestag.de , 030 227 72059



Zur Person: Der studierte Biologe ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestags und seit 2013 stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Politischer Koordinator des AK Umwelt, Energie, Agrar, Verkehr und Bau der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Außerdem ist er Mitglied des BUND, des Parlamentarischen Beirates des Bundesverbands Erneuerbarer Energien (BEE) und des Beirats der Unternehmensinitiative Energieeffizienz (DENEFF).

Zur Position: „Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist der Dreh- und Angelpunkt jeder Klimaschutzstrategie. Wenn wir Wasserstoff, E-Fuels, Elektromobilität, Wärmepumpen, was auch immer, wollen, dann müssen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben, dann müssen wir das Ausbautempo in Deutschland vervielfachen.“ (17.12.2020, [Link](#))

„Fossile Energieträger bedeuten Abhängigkeit vom System Putin. Das muss beendet werden mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, mit dem Green Deal in Europa und Deutschland. Das müsste unsere gemeinsame Aufgabe sein, statt beständiger Treueschwüre zu Nord Stream 2 in diesem Deutschen Bundestag.“ (19.11.2020, [Link](#))

Name	Poschmann, Sabine
Partei	SPD (Landesliste Nordrhein-Westfalen, Platz 6)
Funktion	Stellv. wirtschafts- und energiepolitische Sprecherin, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Berichterstatterin für die Themen Mittelstand, Handwerk und Handel
Wahlkreis	Dortmund II
Kontakt	sabine.poschmann@bundestag.de , 030 22778494



Zur Person: Sabine Poschmann war vor ihrem Einzug in den Bundestag für die Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH (DEW 21) unter anderem als Pressesprecherin und Regionalmanagerin tätig. Nach dem Durchlaufen mehrerer Positionen in der Dortmunder SPD gewann sie 2013 den Wahlkreis Dortmund II.

Zur Position: „... Denn um unsere Klimaziele zu erreichen, müssen wir bis 2030 auf 65 % [CO₂-Reduktion] kommen. Das ist noch ein weiter Weg und dafür sind politische Änderungen nötig, damit der Ausbau [der Erneuerbaren] nicht ins Stocken gerät.“ (29.05.2020, [Link](#))

„Diese Forderungen sind mir besonders wichtig: [...] Klimaneutralität bis 2045 + Strom zu 100 % aus Erneuerbaren Energien bis 2040.“ (10.05.2021, [Link](#))

Name	Rimkus, Andreas
Partei	SPD (Landesliste Nordrhein-Westfalen, Platz 19)
Funktion	Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Mitglied des Vorstands Energiedialog 2050 e.V., Mitglied und Initiator des „Parlamentskreises Sektorkopplung“
Wahlkreis	Düsseldorf II

Kontakt



andreas.rimkus@bundestag.de, 030 22778180

Zur Person: Andreas Rimkus ist ausgebildeter Elektromeister und war langjähriger Mitarbeiter und Betriebsrat bei den Stadtwerken Düsseldorf. Vor seinem Einzug in den Bundestag 2013 war er außerdem Mitglied des Rats der Stadt Düsseldorf. Im Bundestag arbeitet er intensiv am Thema Wasserstoff.

Zur Position: „Mit blauem Wasserstoff anfreunden könnten sich auch Politiker der hiesigen Regierungsparteien. Die CCS-Diskussion in Deutschland sei zwar vergiftet, findet SPD-Bundesparlamentarier Andreas Rimkus. Aber im Übergang zur grünen Variante könne Deutschland jahrzehntelang blauen Wasserstoff brauchen. 'Es ist ein kluger Pfad', findet er.“ (08.03.2021, [Link](#))

„Dabei spricht doch niemand vom Verbot für diese Farben. [...] denn die wahre Farbe des Wasserstoffs ist nicht bunt, nicht grün, sondern rot; denn sie schafft Arbeitsplätze.“ (18.06.2020, [Link](#))

Name	Schwabe, Frank
Partei	SPD (Direktkandidatur)
Funktion	Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und digitale Sicherheit, Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Vorsitzender der Fraktion der Sozialisten, Demokraten und Grünen in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Wahlkreis	Recklinghausen I
Kontakt	frank.schwabe@bundestag.de , 030 22773638



Zur Person: Frank Schwabe ist schon seit 2005 Mitglied im Bundestag und war vorher in verschiedenen Rollen in den politischen Gremien der Stadt Castrop-Rauxel tätig. Er widmet sich im Bundestag vor allem dem Thema Menschenrechte, listet aber auch den Klimaschutz als persönlichen Schwerpunkt seiner politischen Arbeit auf.

Zur Position: „Die verlässliche Klimaschutzpolitik ist auch von großer sozialer und wirtschaftlicher Bedeutung. Nutzung erneuerbarer Energien und Energieeffizienzerhöhung erschließen neue Geschäftsfelder, schaffen neue Arbeitsplätze und erhöhen der Lebensqualität. Der Klimawandel ist durch den Menschen verursacht. Nur der Mensch kann ihn aufhalten. Das ist keine technische oder wirtschaftliche Frage, sondern eine Frage des politischen Willens.“ ([Link](#))

„Es gibt aber schon einen substanziellen Unterschied – den muss man auch benennen – zwischen meiner Fraktion, den Sozialdemokraten, und den Grünen, und zwar bei der Frage, wie wir am Ende Klimaschutz, Naturschutz und vieles andere betreiben wollen. Wollen wir das primär über die Preisfrage machen?“ (20.05.21, [Link](#))

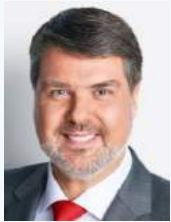
Name	Thews, Michael
Partei	SPD (Direktkandidatur)
Funktion	Stellv. Vorsitzender und Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und digitale Sicherheit, Obmann Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung, Stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Berichterstatter für Abfallpolitik

Wahlkreis

Hamm – Unna II

Kontakt

michael.thews@bundestag.de, 030 22773291



Zur Person: Der studierte Chemie-Ingenieur Michael Thews war vor der Wahl 2013 über zehn Jahre für die Firma Innovatherm als Umweltbeauftragter und später als Prokurist tätig. Im Bundestag widmet er sich dem Thema Nachhaltigkeit und ist Berichterstatter für Abfallpolitik.

Zur Position: „Wenn wir natürliche Ressourcen unserer Ökosysteme und das Klima schützen wollen, dann muss Nachhaltigkeit das zentrale Prinzip des politischen Handelns werden. [...] Mit dem beschlossenen Kohleausstieg, der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und dem Klimaschutzgesetz haben wir den anderen wichtigen Bereich der regenerativen Energien in dieser Legislaturperiode wirklich angepackt und viele Dinge dort auf den Weg gebracht.“ (10.06.2021, [Link](#))

„Genauso können und müssen wir es uns leisten, in Entwicklungs- und Schwellenländern Unterstützung zu geben beim Kampf gegen Umweltzerstörung und Klimawandel.“ (08.12.2020, [Link](#))

Name

Töns, Markus

Partei

SPD (Direktkandidatur/Landesliste Nordrhein-Westfalen, Platz 56)

Funktion

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie; Stellv. Vorsitzender Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Wahlkreis

Gelsenkirchen

Kontakt

markus.toens@bundestag.de, 030 22778442



Zur Person: Markus Töns war seit 2005 Abgeordneter im Landtag von NRW und widmete sich dort verschiedenen Themen, unter anderem der Europapolitik. Zwischen 2015-2017 vertrat er den Landtag NRW im Ausschuss der Regionen. 2017 zog er als Direktkandidat für Gelsenkirchen in den Bundestag ein. Seine Platzierung auf Listenplatz 56 lässt ihn weit abgeschlagen in der aktuellen Wahlkampfsituation.

Zur Position: „Für mich ist klar: Die internationale Gemeinschaft muss beim Klimaschutz Tempo machen. Und Deutschland muss dabei eine Vorreiterrolle einnehmen. Zum einen gehört Deutschland zu den Top Zehn der weltweit größten CO₂-Produzenten. Zum anderen verfügen wir über das technische Know-How und den politischen Einfluss, um die Wirtschaft der Zukunft klimafreundlich zu gestalten.“ (02.12.2019, [Link](#))

RHEINLAND-PFALZ

Name

Klöckner, Julia

Partei

CDU (Landesliste Rheinland-Pfalz, Platz 1)

Funktion

Landesvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft

Wahlkreis

Bad Kreuznach

Kontakt

julia.kloeckner@rlp.cdu.de, 06131 28 47 11



Zur Person: Die Bundesministerin für Ernährung und Wirtschaft war bereits von 2002 bis 2011 Mitglied des Deutschen Bundestags. Seit 2011 ist sie die Landesvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz. Zudem ist sie stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU.

Zur Position: „Die nachhaltige, CO₂-freie Energieversorgung wird nur mit der vermehrten Nutzung von Biomasse gelingen. Sie ist der Alleskönner und den Erneuerbaren Energieträgern: Sowohl Strom, Wärme als auch Treibstoffe können aus fester, flüssiger und gasförmiger Biomasse gewonnen werden – wie Stroh, Biomüll, Mist oder Gülle. Weitere Vorteile: Sie steht flexibel zur Verfügung, ist unabhängig von Wetter und Tageszeit und lässt sich gut speichern. Land- und Forstwirtschaft leisten so einen unverzichtbaren Beitrag zur Energiewende und damit zur Erfüllung der Klimaziele – für die Landwirte kann es eine zusätzliche Einnahmequelle sein.“ (05.05.2021, [Link](#))

„[...] Der Plan, bis zum Jahr 2030 den gesamten Energiebedarf aus regenerativen Quellen abzudecken, ist illusorisch. Wir stehen für eine Energiewende mit Augenmaß. Die Energiewende muss in Abstimmung mit den anderen Ländern und dem Bund erfolgen. Einen planlosen Ausbau der Windkraftanlagen im Land wie unter Rot-Grün wird es mit uns nicht mehr geben. Wir wollen einen durch die Planungsgemeinschaften geordneten Prozess, der Wildwuchs vermeidet. Der Ausbau der erneuerbaren Energien zur Stromproduktion in Rheinland-Pfalz muss nach einem Masterplan in enger Abstimmung mit dem Ausbau der Stromnetze, mit Blick auf die Gewährleistung der Grundlast an elektrischer Energie erfolgen und den Schutz der Natur ebenfalls bedenken. Die Auswahl der Standorte für Windkraftanlagen muss in einem mehrstufigen Verfahren im Rahmen der Regionalplanung des Landes erfolgen, bei dem zunächst die Standorte mit der besten Windhöflichkeit und der Vereinbarkeit mit Landschafts- und Umweltschutz ausgewählt werden. Darüber hinaus dürfen Windkraftanlagen nicht zu einer Beeinträchtigung des Fremdenverkehrs als wichtiger Stütze der Wirtschaft in Rheinland-Pfalz führen.“ (2021, [Link](#))

Name	Mackensen-Geis, Isabel
Partei	SPD (Landesliste Rheinland-Pfalz, Platz 4)
Funktion	Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, stellv. Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion für das Thema „Wald“
Wahlkreis	Speyer
Kontakt	Isabel.mackensen@bundestag.de , 030 22777940



Zur Person: Isabel Mackensen-Geis arbeitet nach ihrem Studium der Politik und Geschichte in verschiedenen Positionen innerhalb der pfälzischen SPD. Ab 2017 war sie im Landtag als Fachreferentin für Umwelt, Energie und Forsten beschäftigt. Seit ihrem Einzug in den Bundestag 2019 setzt sie sich vor allem mit dem Thema „Wald“ auseinander.

Zur Position: „Ich bin der Auffassung, dass wir aus diesem Grund auch energiepolitisch alles dafür tun müssen, dass die grüne Lunge unseres Landes erhalten bleibt. Um die Energiewende voranzubringen und den Klimawandel zu stoppen, muss die Windkraft ausgebaut werden. Dafür müssen wir uns auch mit Möglichkeiten für den Bau von Windrädern im Pfälzerwald auseinandersetzen.“ (10.05.2021, [Link](#))

Name	Metzler, Jan
Partei	CDU (Direktkandidat)
Funktion	Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Mitglied im Unterausschuss Regionale Wirtschaftspolitik und ERP-Wirtschaftspläne
Wahlkreis	Worms-Alzey-Oppenheim
Kontakt	Jan.metzler@bundestag.de , 030 227 72179



Zur Person: Metzler ist Dipl.-Betriebswirt, absolvierte eine Berufsausbildung zum Winzer und ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestags. 2013 gewann er als erster Direktkandidat der CDU den Wahlkreis Worms, der zuvor seit 1949 immer von der SPD gewonnen worden war. Als Ausschussmitglied liegen seine Schwerpunktthemen weniger im Bereich der Energiepolitik als auf der Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, des Mittelstandes im ländlichen Raum sowie auf Industriestrategien.

Zur Position: „Die Lebensbedingungen zwischen großen Städten und ländlichen Regionen haben sich in den vergangenen Jahren auseinanderentwickelt. Wir müssen uns mehr um den ländlichen Raum kümmern, müssen mehr auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse achten. Die ländlichen Räume sind wichtige Kraftzentren unseres Landes. Die Wirtschaftskraft und der gesellschaftliche Zusammenhalt unseres Landes beruhen maßgeblich auf gleichwertigen Lebensverhältnissen!“ ([Link](#))

Name	Ulrich, Alexander
Partei	DIE LINKE. (Spitzenkandidat Landesliste Rheinland-Pfalz, Platz 1)
Funktion	Parlamentarischer Geschäftsführer der Linken, Mitglied und Obmann im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Industriepolitischer Sprecher der Linksfraktion
Wahlkreis	Kaiserslautern
Kontakt	alexander.ulrich@bundestag.de , 030 22772508 sowie 0631 89290211



Zur Person: Alexander Ulrich ist gelernter Werkzeugmacher, war Gewerkschaftsfunktionär und Gründungsmitglied der WASG. Seit 2005 ist er Mitglied des Deutschen Bundestags. Er ist parlamentarischer Geschäftsführer und industriepolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.

Zur Position: „Ja, es werden industrielle Arbeitsplätze verloren gehen. Wenn gleichzeitig neue Produktionskapazitäten in ökologischen und zukunftssicheren Branchen aufgebaut werden, können aber auch sehr viele neue Arbeitsplätze entstehen: z.B. in der Windkraft, bei der Herstellung von Batteriezellen oder auch in der Wasserstofftechnologie. Dafür braucht es aber eine aktive Industriepolitik, die diese Chancen ergreift und unterstützt. [...] Ein großangelegtes sozial-ökologisches Investitionsprogramm mit demokratischer Beteiligung der Beschäftigten und der Zivilgesellschaft ist der Schlüssel für einen gelingenden Wandel.“ (Mai 2021, [Link](#))

Name	Weeser, Sandra
Partei	FPD (Landesliste Rheinland-Pfalz, Platz 4)
Funktion	Obfrau Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Vorsitzende Landesgruppe Südwest der FDP-Fraktion im Bundestag, Mitglied im FDP-Bundesvorstand

Wahlkreis

Neuwied

Kontakt

sandra.weeser@bundestag.de, 030 227 79400



Zur Person: Die ehemalige Leiterin eines Autohauses Sandra Weeser ist seit 2013 stellvertretende Landesvorsitzende der FDP Rheinland-Pfalz. 2017 wurde sie in den Bundestag gewählt und 2018 zur Obfrau im Ausschuss für Wirtschaft und Energie.

Zur Position: „Und so sage ich auch ganz klar: Offshore muss vor onshore stehen. Bei der Windkraft an Land haben wir vielerorts die Schmerzgrenze der Menschen erreicht. Den weiteren Ausbau sehe ich sehr kritisch. Offshore hingegen leistet einen erheblichen Beitrag, um uns sicher mit Energie zu versorgen. [...] Bringen Sie (Minister Altmaier) die europäische Energiewende voran [... und] isolieren Sie uns hier in Deutschland nicht weiter mit Ihrer national ausgerichteten Energiewende.“ (05.11.2020, [Link](#))

„Statt immer neue Ausbauziele für einzelne erneuerbare Technologien politisch festzulegen, sollte der Staat den Rahmen für möglichst effiziente Klimaschutzmaßnahmen schaffen. Denn am Ende zählt die CO₂-Reduktion mit nachhaltigen Technologien. [...] Ich bin deshalb dafür, erneuerbare Energien vollständig in den Wettbewerb zu überführen und die Förderung nach dem EEG auslaufen zu lassen. Statt einzelne Technologien zu fördern braucht es einen echten Wettbewerb emissionsarmer Energieträger und neue Anreize zur Finanzierung erneuerbarer Energien.“ ([Link](#))

Name

Wissing, Volker

Partei

FPD (Landesliste Rheinland-Pfalz, Platz 1)

Funktion

Generalsekretär FDP, Landesvorsitzender FDP Rheinland-Pfalz, Ex-Verkehrsminister Rheinland-Pfalz

Wahlkreis

Südpfalz

Kontakt

volker.wissing@fdp.de, 030 284 95881




Zur Person: Der Jurist Volker Wissing war schon von 2004-2013 für die FDP im Bundestag, u.a. als finanzpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Seit 2011 ist er Landesvorsitzender der FDP Rheinland-Pfalz und von Mai 2016 bis Mai 2021 rheinland-pfälzischer Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft, sowie stellvertretender Ministerpräsident. Seit September 2020 ist er Generalsekretär der FDP im Amt.

Zur Position: „Wir müssen die Klimaziele erreichen, unsere demographische Entwicklung bewältigen, die Transformation unserer Wirtschaft stemmen, die Energiewende zu einem Erfolg machen und unser Land konsequent digitalisieren. [...] Deshalb ist der Klimaschutz für uns die Wahrnehmung von Verantwortung für künftige Generationen. Und dabei sind wir besonders ambitioniert, weil wir die maximal zulässige CO₂-Emissionsmenge gesetzlich vorschreiben wollen. Nur so werden die Klimaschutzziele garantiert und nicht nur eventuell erreicht.“ (15.05.2021, [Link](#))

SAARLAND

Name	Luksic, Oliver
Partei	FPD (Landesliste Saarland, Platz 1)
Funktion	Verkehrspolitischer Sprecher FDP-Bundestagsfraktion, Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, Landesvorsitzender FDP-Saar
Wahlkreis	St. Wedel
Kontakt	Oliver.luksic@bundestag.de , 030 227 72403


 **Zur Person:** Oliver Luksic war freiberuflicher Unternehmensberater und von 2009-2013 schon Mitglied des Bundestags. Seit 2011 ist er Landesvorsitzender der FDP Saar. Seit 2017 ist er wieder verkehrspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion.

Zur Position: „Windräder sind bereits jetzt vielerorts eine starke Belastung für Mensch, Tier und Natur“, sagte Luksic. Gerade im Wald werde wertvoller Naturraum zerstört. [...] „Grundsätzlich wäre es wichtig, die Genehmigung von Windrädern stärker an die Windhöufigkeit der Gebiete zu koppeln, um der schwindende Akzeptanz der Windkraft durch den Ausbau in windschwachen Gebieten entgegenzutreten.“ (28.01.2021, [Link](#))

„Bei Windkraftanlagen im Wald kann es gar nicht schnell genug gehen; da kann man gar nicht genug Bäume fällen. Beim Straßenbau ist das scheinbar ein bisschen anders.“ (07.10.20, [Link](#))

„Heute Show labert von Liberalisierung in Sachen Strompreis, krasse grüne Fake News. Hohe Steuern und Abgaben wie zum Beispiel die EEG-Umlage oder die Netzentgelte dank Energiewende machen rund 2/3 des Strompreises aus.“ (18.09.20, [Link](#))

Name	Lutze, Thomas
Partei	DIE LINKE. (Spitzenkandidat Landesliste Saarland, Platz 1)
Funktion	Mitglied und Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Mitglied im Unterausschuss Regionale Wirtschaftspolitik und ERP-Wirtschaftspläne, stellv. Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, stellv. Mitglied Ausschuss für Tourismus, stellv. Mitglied Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Wahlkreis	Saarlouis
Kontakt	thomas.lutze@bundestag.de , 030 227 72 477 sowie 0681 755 908 05

 **Zur Person:** Lutze ist gelernter Maschinenbauer und seit 1994 Mitglied der PDS (heute Die Linke). Seit 2009 ist er Bundestagsabgeordneter und tritt zur Bundestagswahl als Spitzenkandidat der Saar-Linken an. Er gilt als parteiinterner Widersacher Oskar Lafontaines, der Streit im Landesverband sorgte auch über die Landesgrenzen hinaus für Schlagzeilen.

Zur Position: „Wir brauchen mehr Maßnahmen, die das all-tägliche Autofahren überflüssig machen. Wir müssen den ÖPNV noch stärker fördern, vor allen Dingen auch im ländlichen Raum. [...] Tempo 130 ist eine zwingende Notwendigkeit, und das nicht nur aus Sicht der Verkehrssicherheit. Das gilt im Übrigen auch für Tempo 80 auf Landstraßen und für Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts.“ (21.05.2021, [Link](#))

„Es ist auch müßig, darüber zu debattieren, ob man den herkömmlichen Kraftstoffen Biokraftstoffe beimischt oder nicht und, wenn ja, mit welchem Anteil. Wenn wir die

Klimakrise ernst nehmen, dann helfen uns keine kleinen Bausteine. Das hat uns auch das Verfassungsgericht klar und deutlich attestiert. Doch bei allen Maßnahmen ist es zwingend notwendig, an die Beschäftigten und an ihre Einkommen zu denken. Nur dann wird es eine gesellschaftliche Akzeptanz für diesen Wandel geben." (21.05.2021, [Link](#))

Name	Ortleb, Josephine
Partei	SPD (Landesliste Saarland, Platz 2)
Funktion	Parlamentarische Geschäftsführerin SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Mitglied Gewerkschaft NGG und AWO
Wahlkreis	Saarbrücken
Kontakt	Josephine.ortleb@bundestag.de , 030 227 70660



Zur Person: Josephine Ortleb ist gelernte Gastronomin. Sie begann bereits sehr früh mit ihrem Engagement bei der SPD und wurde 2014 in den Stadtrat von Saarbrücken gewählt. 2015 wurde sie mit dem Helene-Weber-Preis für Kommunalpolitiker und -politikerinnen ausgezeichnet. 2017 zog sie für Saarbrücken direkt in den Bundestag ein und setzt sich dort vor allem für Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit ein.

Zur Position: „Das [EEG] ist ein starkes Signal für Klimaschutz und die Energiewende im Saarland. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien kann nun weiter Fahrt aufnehmen. Und das ist dringend notwendig, um bezahlbaren Strom und eine verlässliche und erneuerbare Stromversorgung zu haben. [...] denn als SPD-Bundestagsfraktion haben wir die Energiewende immer als Mitmachprojekt verstanden. Und deshalb verbessern wir nun auch die finanzielle Beteiligung der Standortkommunen. Das können gute Summen für die kommunalen Haushalte bedeuten.“ ([Link](#))

SACHSEN

Name	Herbst, Thorsten
Partei	FDP (Landesliste Sachsen, Platz 1)
Funktion	Obmann Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, Mitglied des Eisenbahninfrastrukturbeirates der Bundesnetzagentur
Wahlkreis	Dresden I
Kontakt	Torsten.herbst@bundestag.de , herbst@fdp-sachsen.de , 0351 655765-60



Zur Person: Nach einigen Berufsjahren im Bereich Strategische Kommunikation übernahm Thorsten Herbst von 2004 bis 2014 die parlamentarische Geschäftsführung der FDP-Fraktion im sächsischen Landtag. 2017 zog er in den Bundestag ein und ist seitdem Obmann im Verkehrsausschuss.

Zur Position: „Wir können uns nicht nur auf wetterabhängige, volatile Energiequellen verlassen. Selbst wenn wir die Zahl der Windräder an Land verzehnfachen, wird es in Deutschland häufig Tage ohne große Windkraftproduktion geben. Davon profitierte im 1. Quartal dieses Jahres die Kohle.“ (11.06.2021, [Link](#))

„Offenbar ist der schwarz-grün-roten Koalition mit dem neuen Energie- und Klimaprogramm nichts weiter eingefallen als das Motto: ‚Mehr von allem‘. Mehr Windkraft, mehr Photovoltaik – dass das ausgerechnet zwei Energiearten sind, die nicht grundlastfähig sind, übersieht die [sächsische] Staatsregierung geflissentlich. Denn eine Lösung für das Problem der Energiespeicherung in diesen Größenordnungen gibt es derzeit nicht.“ (02.06.2021, [Link](#))

Name	Herrmann, Bernhard
Partei	Bündnis 90/Die Grünen. (Landesliste Sachsen, Platz 2)
Funktion	Sprecher für Stadtentwicklung, Energiepolitischer Sprecher, Sportpolitischer Sprecher im Stadtrat Chemnitz, leitet außerdem Bürgersolarprojekte und engagiert sich für Bürgerenergie
Wahlkreis	Chemnitz
Kontakt	bernhard.herrmann@gruene-chemnitz.de , 0177 817 8510



Zur Position: „Ganz konkret möchte ich mich einbringen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Denn es ist nötig, zur Einhaltung des 1,5 Grad-Klimapfades von Paris die Kohlekraftwerke viel schneller abzuschalten; bis spätestens 2030.“ ([Link](#))

„Und in Deutschland? Hier bricht der Windkraftzubau vollends ein und es droht nun auch noch der Rückbau alter Anlagen. Die #GroKo-Politik ist klima- und #wirtschaftsfeindlich. Ab Herbst braucht es dringend neue Kraft mit frischem Wind.“ (03.07.2021, [Link](#))

„Mit meinen Erfahrungen in der Bürgerenergie möchte ich für eine stark dezentrale Energiewende eintreten, um möglichst viele Menschen zum Mitmachen zu motivieren. Ich möchte mich einsetzen für spezifisch sächsische Interessen und Bedarfe einer weitgehend mittelständischen, kreativen und innovativen Wirtschaft, so dass in Sachsen technologischer Wandel ökologisch und zugleich sozial gelingen kann.“ ([Link](#))

Name	Kasper, Carlos
Partei	SPD (Landesliste Sachsen, Platz 4)
Funktion	Zollbeamter Finanzkontrolle/Schwarzarbeit, Ortsgruppenvorsitzender Gewerkschaft der Polizei
Wahlkreis	Chemnitzer Umland - Erzgebirgskreis 2
Kontakt	spdbtwk163@gmail.com , 0371 4028772



Zur Person: Der 26-Jährige Carlos Kasper ist seit April 2019 Zollbeamter in Dresden. Von 2016 bis 2018 war er Vorsitzender der Jusos Zwickau. Als Jugendlicher war er für die deutsche Juniorennationalmannschaft im Rennrodeln aktiv. Seine Themen sind Umweltpolitik, gute Arbeit und effektive Finanzstrafverfolgung.

Zur Position: „Um die Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen, kommt dem Energiesektor eine Schlüsselrolle zu. Wir müssen den Anteil erneuerbarer Energien enorm steigern, den Energie-Mix weiter ausweiten und die bestehende Abhängigkeit von fossilen Energielieferungen abbauen. [...] dazu benötigen wir: auf jedem geeigneten Dach eine Solaranlage. [...] innovative Formen der erneuerbaren Stromerzeugung [...]“ ([Link](#))

Name	Lay, Caren
Partei	DIE LINKE. (Landesliste Sachsen, Platz 3)
Funktion	Sprecherin für Mieten-, Bau- und Wohnungspolitik der Fraktion DIE LINKE, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, stellv. Fraktionsvorsitzende und Leiterin des Arbeitskreises Struktur- und Regionalpolitik der Fraktion DIE LINKE
Wahlkreis	Bautzen I
Kontakt	caren.lay@bundestag.de , 030 227 74 126



Zur Person: Caren Lay ist Diplom-Soziologin und war ab 2004 bis zu ihrem Einzug in den Bundestag 2009 Mitglied der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag. Sie ist stellv. Fraktionsvorsitzende und Mitglied beim BUND, verdi und attac.

Zur Position: „Der Vergleich zwischen Pandemie und Klimakrise ist nicht ganz leicht. Um die Folgen des Klimawandels einzudämmen, hätten wir schon längst aktiv werden müssen. Corona hingegen kam sehr plötzlich und erforderte ein kurzfristiges und intensives Eingreifen. Dennoch lernen wir aus der Coronakrise, dass ein konsequentes und beherztes Eingreifen möglich und auch nötig ist. Ja, wir müssen auch über Verbote sprechen. Wenn der Markt es allein richten soll, wird es nie einen Ausstieg aus der Kohleverstromung geben.“ (25.6.2020, [Link](#))

Name	Michel, Kathrin
Partei	SPD (Landesliste Sachsen, Platz 2)
Funktion	Vorsitzende SPD-Ortsverein Kamenz & Umgebung, Führungskraft BASF Schwarzheide
Wahlkreis	Bautzen I
Kontakt	michelspd@gmx.de , team@michel-kathrin.de , 03578 783415



Zur Person: Kathrin Michel arbeitet seit ihrer Ausbildung zur Industriekauffrau bei BASF in Schwarzheide. Sie konzentriert sich im Wahlkampf auf gute Arbeit, Gleichstellung und den Strukturwandel in der Lausitz.

Zur Position: „Es darf eben nicht den Strukturbruch geben, wie in den 90er Jahren. Die Lausitz muss eine Energieregion mit zukunftstauglichen industriellen Arbeitsplätzen bleiben. Unsere Region besitzt alle Voraussetzungen dafür, ein Vorbild für den Umbau von einer fossilen zu einer innovativen und klimafreundlichen Energiewirtschaft zu werden. [...] Meine Vision: Energie steht stabil zur Verfügung, ist für jedermann bezahlbar und das Klima wird nachhaltig geschützt.“ ([Link](#))

SACHSEN-ANHALT

Name	Brehmer, Heike
Partei	CDU (Landesliste Sachsen-Anhalt, Platz 1)
Funktion	Mitglied im Ältestenrat, Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Wahlkreis	Harz
Kontakt	heike.brehmer@bundestag.de , 030 227 77177



Zur Person: Heike Brehmer trat im Jahr 1989 der CDU bei. Sie ist bereits seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestags. Seit 2010 ist sie die stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Sachsen-Anhalt sowie seit 2018 Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Zur Position: „Der Gesetzesentwurf, den wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen, dient unter anderem der Umsetzung von Verfahrensvorgaben aus der EU-Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (RED II). Änderungen erfolgen im Bundesimmissionsschutzgesetz, im Wasserhaushaltsgesetz und im Bundeswasserstraßengesetz. Beim Ersetzen alter Windkraftanlagen ist künftig im Genehmigungsverfahren maßgeblich, ob durch die neue Anlage zusätzliche Belastungen entstehen. Bislang wurde die Vorbelastung durch die bereits bestehende Windenergieanlage nicht berücksichtigt und viele Projekte wurden dadurch unnötig verhindert. Wir bringen so das Ziel einer erfolgreichen Energiewende für mehr Klimaschutz sowie den Lärm- und Artenschutz zu einem pragmatischen Ausgleich. Uns ist wichtig, dass bereits vorhandene Windstandorte mit modernster Anlagentechnik genutzt werden können, denn auf diese Weise kann deutlich mehr Strom auf gleicher Fläche erzeugt werden.“ ([Link](#), 25.06.2021)

Name	Lemke, Steffi
Partei	Bündnis 90/Die Grünen (Spitzenkandidatin Landesliste Sachsen-Anhalt, Platz 1)
Funktion	naturschutzpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Wahlkreis	Dessau–Wittenberg
Kontakt	steffi.lemke@bundestag.de , 030 227721 20



Zur Person: Steffi Lemke studierte Agrarwissenschaften und gehörte 1990 zu den Gründungsmitgliedern der Grünen in Sachsen-Anhalt. Sie war von 1998 – 2002 und ab 2013 erneut Mitglied des Deutschen Bundestags.

Zur Position: „Der Druck auf die deutschen Meeresgebiete nimmt seit Jahrzehnten unaufhörlich zu. Hier sind vor allem die Fischerei und die Schifffahrt zu nennen, aber auch der klimapolitisch dringend notwendige Ausbau der Offshore-Windenergie. Die Zustandsberichte über unsere Meere zeigen aber, dass deren Belastungsgrenze ganz klar erreicht ist.“ (24.09.2020, [Link](#))

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Name	Damerow, Astrid
Partei	CDU (Landesliste Schleswig-Holstein, Platz 2)
Funktion	Stellv. Vorsitzende im Ausschuss für Tourismus, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Mitglied im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Wahlkreis

Nordfriesland – Dithmarschen Nord

Kontaktastrid.damerow@bundestag.de, 030 227 71149

Zur Person: Die geschäftsführende Gesellschafterin einer Unternehmensberatung war in den Jahren 2009 bis 2017 Mitglied des Landtags Schleswig-Holsteins. Dort war sie seit 2012 stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Im Oktober 2017 wurde sie Mitglied des Deutschen Bundestags. Hier ist sie u.a. Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz sowie im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung.

Zur Position: „Im Genehmigungsverfahren für den Austausch alter Windkraftanlagen ist künftig maßgeblich, ob durch die neue Anlage zusätzliche Belastungen entstehen. Bislang wurde die Vorbelastung durch die bereits bestehende Windenergieanlage nicht berücksichtigt. Dadurch wurden viele Projekte unnötig verhindert. Uns war es wichtig, dass bereits vorhandene Windstandorte mit modernster Anlagentechnik genutzt werden können, denn auf diese Weise kann deutlich mehr Strom auf gleicher Fläche erzeugt werden.“ (24.06.2021, [Link](#))

„Die Energiewende ist ein Aufbruch in das Zeitalter der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz. Diese Entscheidung stellt unser Land vor eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Sie ist aber auch viel mehr als eine Herausforderung: Die Energiewende beinhaltet die große Chance, der Welt ein Beispiel zu geben, wie Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit in einer führenden Industrienation vereinbart werden können. Hier kann Deutschland eine Vorreiterrolle in Europa und der Welt einnehmen. Dieser Umbruch erfordert einen grundlegenden Umbau der bisherigen Energieversorgungssysteme, der uns alle vor ökonomische und technologische Herausforderungen stellt.“ (2021, [Link](#))

Name

Gösta Beutin, Lorenz

Partei

DIE LINKE. (Landesliste Schleswig-Holstein, Platz 2)

Funktion

Energie- und klimapolitischer Sprecher Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, stellv. Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Natur und nukleare Sicherheit

Wahlkreis

Kiel

Kontaktlorenz.beutin@bundestag.de, 030 227 77447

Zur Person: Lorenz Gösta Beutin wurde 1978 in Hamburg geboren und lebt in Kiel. Zwischen den Jahren 1992 und 1999 war er Mitglied der Grün-Alternativen Jugend. Sein Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik absolvierte er in Hamburg. Seit 2015 ist Gösta Beutin Landessprecher der Partei DIE LINKE. Schleswig-Holstein. Im September 2017 wurde er über die schleswig-holsteinische Landesliste in den Deutschen Bundestag gewählt.

Zur Position: „In einer Art wahlkämpferischer Panikattacke hat jetzt die Bundesregierung die Erhöhung der Klimaziele auf den Weg gebracht. Das ist nicht unterfüttert durch ausreichende Maßnahmen. Wir sehen, wie Söder in Bayern weiterhin daran festhält, die Windkraft auszubremsen. Wir sehen, wie Laschet weiterhin Dörfer abbaggern lässt, Menschen enteignet und vertreibt. In der Bundesregierung sitzen mit Herrn Altmaier und mit Herrn Scheuer weiterhin personifizierte Klimaschutzbremsen. Und in Brandenburg, liebe

Annalena Baerbock, habt ihr zusammen mit CDU und SPD größere Windkraft-Abstände vereinbart: bis zu 1 500 Meter. [...] Wir müssen Klimagerechtigkeit wagen. Wir müssen den sozialökologischen Umbau dieser Gesellschaft wagen. Nur so können wir die Demokratie und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft erhalten.“ (zur Novelle des Klimaschutzgesetzes, 07.05.2021, [Link](#))

Lorenz Gösta Beutin kommentiert in einem Pressestatement, die Bedingungen für den Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein seien „so und so schon schlecht genug. So besteht seit Beginn der Jamaika-Koalition ein Moratorium für den weiteren Ausbau. Der Bau neuer Anlagen ist bereits fast zum Erliegen gekommen. Jetzt wirft auch noch die Bundesregierung der Windenergiebranche im Land, in der in den letzten Jahren immer mehr Arbeitsplätze vernichtet wurden, weitere Knüppel zwischen die Beine. Man muss den Eindruck gewinnen, dass die Bundesregierung überhaupt nicht vorhat ihre Klimaziele zu erreichen. Ihr scheint es wichtiger zu sein einer kleinen, oft politisch rechts angehauchten Gruppe von Windkraftgegnerinnen und Windkraftgegnern ihre Wünsche zu erfüllen, als die notwendigen Bedingungen für eine Zukunftstechnologie mit großer Bedeutung für die Klima- und Energiewende zu schaffen.“ (28.11.2019, [Link](#))

Name	Habeck, Robert
Partei	Bündnis 90/Die Grünen (Landesliste Schleswig-Holstein, Platz 2)
Funktion	Parteivorsitzender der Grünen und Spitzenkandidat zur Bundestagswahl 2021, gemeinsam mit Annalena Baerbock
Wahlkreis	Flensburg
Kontakt	robert.habeck@gruene.de , 030 284420



Zur Person: Robert Habeck ist seit 2018 gemeinsam mit Annalena Baerbock Bundesvorsitzender der Grünen und tritt zur Bundestagswahl als Spitzenkandidat an. Er promovierte im Fach Philosophie und war seit 2018 stellv. Ministerpräsident in Schleswig-Holstein und Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung.

Zur Position: „Es ist notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Das ist Leitlinie GRÜNER Politik und klar in unserem Programmentwurf zur Bundestagswahl festgehalten.“ (21.03.2021, [Link](#))

„Um das Prinzip Verantwortung in die Energiepolitik zu tragen, müssen wir die Offshore-, Wind- und Solarkraft ausbauen, Stromtrassen legen, Speicher klug nutzen – und das europaweit und vernetzt. Dafür müssen wir aber die Menschen vor Ort ins Boot holen und aus Betroffenen Beteiligte machen. Wenn wir gemeinsam um die besten Lösungen ringen, dann bauen wir die Stromnetze im Konsens und dadurch besser geplant und schneller.“ ([Link](#))

Gemeinsam mit dem energiepolitischen Sprecher der Grünen Oliver Krischer und Nabu-Präsidenten Jörg-Andreas Krüger veröffentlichte Habeck Anfang Dezember ein Positionspapier zur Beschleunigung eines naturverträglichen Ausbaus der Windenergie. Mehrere Monate hatte die Partei mit dem Nabu über das Papier verhandelt, der BWE lobte das Papier ausdrücklich. ([Link](#))

Name	Helfrich, Mark
Partei	CDU (Direktkandidat)
Funktion	Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Mitglied des Vorstandes Wirtschaftsrat der CDU e.V., Sektion Dithmarschen und Mitglied des Vorstandes des Landesverbandes SH.
Wahlkreis	Steinburg – Dithmarschen Süd
Kontakt	mark.helfrich@bundestag.de , 030 227 78174



Zur Person: Helfrich trat 1995 der Jungen Union und 2002 der Steinburger CDU bei, wo er auch seit 2014 als stellvertretender Kreisvorsitzender tätig ist. Der studierte Betriebswirt hatte ab 2005 verschiedene kaufmännische Funktionen in der Energiewirtschaft inne, zuletzt bei der Hamburg Netz GmbH. 2013 zog er erstmals in den Deutschen Bundestag ein.

Zur Position: „Generell schreiben wir ehrgeizige, aber erreichbare Klimaziele fest [...] Um diese Ziele zu erreichen, müssen viele Bausteine ineinandergreifen und Regelungen immer wieder angepasst werden. Ein gutes Beispiel ist die Neuregelung für das Repowering von Windkraftanlagen. Bisher spielte es für Planungsverfahren keine Rolle, ob bestehende Anlagen durch leistungsfähigere ersetzt oder neue Windräder aufgestellt werden sollten. Diese unnötige Bremse beim Ausbau der Windenergie haben wir nun beseitigt und dem Repowering Vorfahrt eingeräumt. Der Austausch seit 20 Jahren bestehender Anlagen dürfte bei Anwohnern auf größere Akzeptanz stoßen als ein Neubau „auf der grünen Wiese“. Gleichzeitig ist es natürlich sinnvoll und wirtschaftlich, bereits bestehende Infrastruktur und Netzanbindungen weiter zu nutzen.“ (25.06.2021, [Link](#))

„Anders als beim Windkraftausbau ist beim Netzausbau das gesamte Bundesgebiet betroffen. Als Schleswig-Holsteiner kann ich von beidem ein Lied singen. Ich möchte Ihnen gleichwohl in Erinnerung rufen, welchen Beitrag die Menschen in Schleswig-Holstein zur Energiewende leisten. Allein in meinem Wahlkreis landen die Stromleitung NordLink aus Norwegen sowie zahlreiche Offshore-Anbindungsleitungen an. Beide SuedLink-Leitungen starten bei uns. Und zudem hat Schleswig-Holstein bundesweit die größte Windkraftanlagendichte pro Quadratkilometer.“ (28.01.2021, [Link](#))

Name	Dr. Nestlé, Ingrid
Partei	Bündnis 90/Die Grünen. (Landesliste Schleswig-Holstein, Platz 3)
Funktion	Deutschen Bundestagsmitglied im Ausschuss Wirtschaft und Energie, Sprecherin für Energiewirtschaft der Grünen Fraktion
Wahlkreis	Steinburg - Dithmarschen Süd
Kontakt	ingrid.nestle@bundestag.de , 030 227 72460



Zur Person: Dr. Ingrid Nestle war von 2009 bis 2013 Mitglied des Bundestags und ab 2013 Staatssekretärin für Energiewende und technischen Umweltschutz im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein. 2017 zog sie über die Landesliste erneut in den Bundestag ein. Sie ist Diplom-Wirtschaftsingenieurin.

Zur Position: „Es ist sinnvoll, den Erneuerbaren und fossil-freier Steuerungstechnik ihren Teil der Verantwortung für Regelernergie und Co. nicht erst dann zu übertragen, wenn die Kohle-

und Atomkraftwerke abgeschaltet sind und Gaskraftwerke nur noch unterstützend einspringen. Die Erneuerbaren können schon heute viel mehr." (07.07.2021, [Link](#))

„Dank des erfolgreichen Ausbaus der Windenergie im Norden hat Schleswig-Holstein die besten Voraussetzungen große Mengen grünen Wasserstoff zu produzieren und systemdienlich einzusetzen. Grünen Strom nutzen statt abschalten könnte im Norden eine wirtschaftliche Chance sein. Dieser Standortvorteil muss endlich unkompliziert ermöglicht werden.“ (24.06.2021, [Link](#))

„Wir können schon jetzt sehen, dass Sie beim nächsten NEP, dem nächsten Netzentwicklungsplan, sagen werden: Oh, so viele Erneuerbare können wir leider nicht annehmen, weil die ja irgendwie nicht ankommen können. – Sie nehmen immer an, dass Sie das, was gerade zu schnell ausgebaut wird, bremsen müssen. Das ist armselig; denn der Ausbau der Erneuerbaren und der Stromleitungen muss viel, viel schneller vorangehen.“ (28.01.2021, [Link](#))

Name	Dr. Scheer, Nina
Partei	SPD (Landesliste Schleswig-Holstein, Platz 2)
Funktion	Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und digitale Sicherheit, Stellv. Vorsitzende im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung, Stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Stellv. Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur, Stellv. Vorsitzende des Parlamentarischen Beirates im Bundesverband Erneuerbare Energie e.V., Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd
Wahlkreis	
Kontakt	nina.scheer@bundestag.de , 030 227 73537



Zur Person: Die Tochter des ehemaligen langjährigen SPD-Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer ist studierte Violinistin und promovierte Rechtswissenschaftlerin. Nach einem Jahr im Bundestagsbüro von Marco Bülow war sie von 2007 bis 2013 Geschäftsführerin von „Unternehmensgrün“. 2013 zog sie über die Landesliste Schleswig-Holstein in den Bundestag ein.

Zur Position: „Umstieg auf vorrangig heimische Erneuerbare Energien unter Einbeziehung von Speichern und Energieeffizienz bis spätestens 2040 [...], [...] bis spätestens 2040 Klimaneutralität zu erreichen und die heutigen Energiemengen aus der Kohleverstromung durch einen entsprechenden Ausbau Erneuerbarer Energien bis 2030 zu ersetzen. [...] Wir wollen bestehende Beschränkungen der Ausbaumengen für Erneuerbare Energien und unverhältnismäßige Genehmigungshemmnisse sofort beseitigen.“ (09.05.2021, [Link](#))

„Windenergie und Solarenergie sind die Säulen der Energiewende. Der Windenergieausbau ist in den letzten Jahren massiv eingebrochen –auf Kosten von vielen Akteuren und Akteursvielfalt; Deutschland hat hierbei auch als Technologiestandort verloren. Wir wollen Rahmenbedingungen für Windenergie so verändern, dass zusätzliche Standorte, aber auch der Ersatz von Altanlagen durch neue Anlagen (Repowering) unbürokratisch und zügig möglich wird. Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt und vereinfacht werden, ohne Schutz und Sicherheitsansprüche aufzugeben.“ (21.03.2021, [Link](#))

THÜRINGEN

Name	Hennig-Wellsow, Susanne
Partei	DIE LINKE. (Spitzenkandidatin Landesliste Thüringen, Platz 1)
Funktion	Co-Parteivorsitzende DIE LINKE, Partei- und Fraktionsvorsitzende in Thüringen
Wahlkreis	Erfurt
Kontakt	hennig@die-linke-thl.de , 0361 3 77 23 18



Zur Person: Hennig-Wellsow studierte Pädagogik und zog 2004 erstmals in den Thüringer Landtag ein. Seit 2013 war sie Landesvorsitzende für die Linke in Thüringen, bis zu ihrer Wahl zur Bundesparteivorsitzenden 2021 gemeinsam mit Janine Wissler.

Zur Position: „Die Sanierung von Schulen und Brücken, der Neubau preiswerter Wohnungen, der ökologische Umbau der Industrie von grünem Stahl bis hin zu Elektromobilität, der Ausbau der erneuerbaren Energien, eine leistungsfähige digitale Infrastruktur, ein lückenloser öffentlicher Verkehr, die Verlagerung von Frachttransport auf die Schiene – die to do-Liste ist lang. Hier massiv mit öffentlichen Geldern zu investieren, wäre gut für die Konjunktur, den Klimaschutz und auch für den sozialen Wohlstand. Denn öffentliche Investitionen in Zukunftsfelder sichern Arbeitsplätze und Einkommen und eröffnen damit Lebenschancen für breite Teile der Bevölkerung.“ (26.5.2021, [Link](#))

„Die CDU schlägt in keiner Sekunde vor, wie sie sich vorstellt, den Klimawandel in irgendeiner Form zu bekämpfen.“ Die Bundestagswahl am 26. September sei entscheidend, wenn es darum gehe, die vereinbarten Ziele des Pariser Klimaabkommens „nicht zu reißen“, betonte Hennig-Wellsow. Die CDU trete faktisch als Klimaleugner auf. Die Linke dagegen verstehe die Klimakrise auch als soziale Frage. (26.06.2021, [Link](#))

Name	Kaiser, Elisabeth
Partei	SPD (Landesliste Thüringen, Platz 2)
Funktion	Mitglied im Ausschuss für Inneres und Heimat, Mitglied im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen, Sprecherin SPD-Landesgruppe Thüringen, Politischer Beirat im Wirtschaftsforum der SPD e.V., Mitglied der Naturfreunde Gera e.V.,
Wahlkreis	Gera – Greiz – Altenburger Land
Kontakt	Elisabeth.kaiser@bundestag.de , 030 227 78450



Zur Person: Die gebürtige Geraerin Kaiser war nach ihrem Studium der Politik- und Verwaltungswissenschaften einige Zeit bei Beratungsunternehmen in Berlin tätig, anschließend Pressesprecherin der Thüringer SPD-Landtagsfraktion und zog 2017 in den Bundestag ein. Dort ist sie u.a. Mitglied im Bau- und Wohnausschuss und äußerte sich zum Thema CO₂-Kosten beim Heizen.

Zur Position: „Der Klimawandel ist da und vor allem in Thüringen ist er durch das Fichtensterben unmittelbar und drastisch sichtbar. In den nächsten Jahren werden Wetterextreme wie Hitzewellen und Starkniederschläge zunehmen.“ (09.06.2021, [Link](#))

„Das Mindeste wäre eine hälftige Übernahme der Mehrkosten aus der Co₂-Bepreisung durch die Vermieterinnen und Vermieter! Bei Häusern mit älteren Heizungen sollte der Anteil des


Vermieters höher sein, um den Anreiz zu erhöhen, ältere Immobilien mit neuen Heizsystemen auszustatten. Die Klimawende muss auch sozial gerecht sein, sonst wird sie nicht akzeptiert." (11.01.2021, [Link](#))

Name	Lenkert, Ralph
Partei	DIE LINKE. (Landesliste Thüringen, Platz 2)
Funktion	Umweltpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Wahlkreis	Jena – Sömmerda – Weimarer Land I
Kontakt	ralph.lenkert@bundestag.de , 030 227 726 36 sowie 03641 23 16 06

 **Zur Person:** Lenkert ist Maschinenbautechniker und war lange Zeit bei Carl Zeiss beschäftigt. Er trat der Partei Die Linke erst 2011 bei, 2009 wurde er ohne Parteizugehörigkeit oder parlamentarische Erfahrung von der Linken zum Spitzenkandidaten für Thüringen aufgestellt und gewann außerdem das Direktmandat in seinem Wahlkreis. Seit 2014 ist er Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für DIE LINKE.

Zur Position: Der Abgeordnete spricht sich kritisch gegenüber einem forcierten Netzausbau aus und plädiert für ein dezentrales Energiesystem, das flexiblen Stromverbrauch und fluktuierende Erzeugung miteinander verbindet und Speicherkapazitäten ausbaut. Außerdem kritisiert er die Industrieprivilegien beim Strompreis und spricht sich bei der Windenergie für eine stärkere Förderung von Bürgerenergiegenossenschaften und der Akzeptanz vor Ort aus. (30.10.2020, [Link](#))

Name	Ullrich, Gerald
Partei	FDP (Landesliste Thüringen, Platz 1)
Funktion	Obmann Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Stellv. Landesvorsitzender FDP Thüringen, Vorsitzender Liberaler Mittelstand Thüringen, Mitglied FDP-Bundesvorstand
Wahlkreis	Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen – Sonneberg
Kontakt	Gerald.ullrich@bundestag.de , 030 227 74363

 **Zur Person:** Gerald Ullrich ist studierter Ingenieur und gründete 1990 einen Kunststoffverarbeitungsbetrieb, den er bis zu seinem Einzug in den Bundestag 2017 führte. 2020 wechselte er den Bundestagsausschuss und ist jetzt ordentliches Mitglied im Energieausschuss.

Zur Position: „Die Energiewendepolitik der GroKo ist gescheitert. Sie ist ökologisch nicht sinnvoll und ökonomisch eine Katastrophe. Das undurchsichtige Gewirr aus dem Erneuerbare-Energie-Gesetz, Stromsteuern, Vorrangregelungen, Offshore-Umlagen und Ausnahmen muss abgeschafft und unter Berücksichtigung der technischen Aspekte der modernen Energieerzeugung und Verbrauchersparung mit klaren, einfachen und gerechten Regeln neugestaltet werden.“ ([Link](#))

Haftungsausschluss

Die in dieser Broschüre enthaltenen Angaben und Informationen sind nach bestem Wissen erhoben, geprüft und zusammengestellt. Eine Haftung für unvollständige oder unrichtige Angaben, Informationen und Empfehlungen ist ausgeschlossen, sofern diese nicht grob fahrlässig oder vorsätzlich verbreitet wurden. BWE und BEE bemühen sich, dass die bereitgestellten Informationen den aktuellen Wissensstand der Verbände vollständig, evidenzbasiert und nicht irreführend widerspiegeln.

Responsible Lobbying

BWE und BEE stehen für eine verantwortungsbewusste und transparente Interessenvertretung. Alle hier zusammengetragenen Inhalte und Positionen sind im Internet frei verfügbar. Ebenso sind alle biographischen Angaben auf den Internetseiten der Bundestagskandidatinnen und -kandidaten nachzulesen. Die Verbände sprechen zudem keine Wahlempfehlung aus und stehen den hier zusammengetragenen Positionen von Bundestagskandidatinnen und -kandidaten neutral gegenüber. Aus Sicht der Verbände fördert die Zusammenstellung von Positionen (Stakeholdermapping) demokratische Prozesse und politische Dialoge.

Weitere Materialien

BWE-Stellungnahme – zum Kabinettsbeschluss eines Änderungsantrages zum Gesetzentwurf der Bundesregierung (06/2021), [Link](#)

BWE-Faktencheck – Windenergie und Infraschall (05/2021), [Link](#)

BWE Stellungnahme – Dringende Änderungen im EEG 2021 - Forderungen für ein „Reparaturgesetz“ des EEG 2021 (03/2021), [Link](#)

BWE-Arbeitspapier – BWE-Vorschläge zur Beschleunigung und Erleichterung des Repowering von Windenergieanlagen (03/2021), [Link](#)

BWE-Stellungnahme – Fachliche Empfehlungen für avifaunistische Erfassung und Bewertung bei Windenergieanlagen-Genehmigungsverfahren – Brutvögel, LAG VSW 2020 (02/2021), [Link](#)



Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE)
EUREF-Campus 16
10829 Berlin
info@wind-energie.de